NEUE ZEIT

AUGUST 1980

34

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str.
Fernruf 24305

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

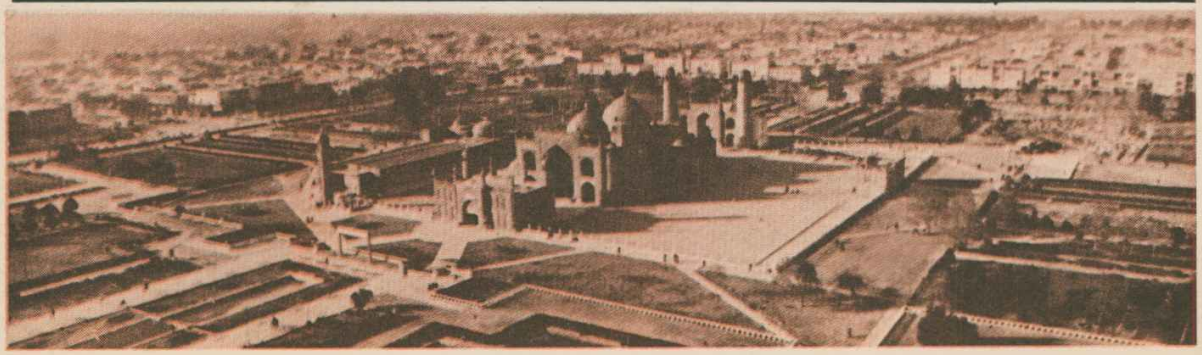
Datum ____ Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



AFGHANISTAN ARBEITET UND KÄMPFT







Einrichtung des Hauses eines russischen Übersiedlers in Sibirien



Mitarbeiter des Museums in burjatischer Festtracht



So wohnten Altgläubige



Zusammenbau einer Kirche aus dem 19. Jh.

SOWJETUNION IM BILD

Die Zeiten, da die Völkerschaften in den entfernten Regionen des zaristischen Rußland dem Vergessen und dem Aussterben preisgegeben waren, gehören der Vergangenheit an. Unter der Sowjetmacht haben diese Völkerschaften ihre eigene staatliche Organisation erlangt und einen hohen Lebensstandard erreicht. Selbst jene Völker, die nicht einmal eine eigene Schrift besaßen, schufen ihre Literatur, ihr Theater. Der ganze Alltag, das geistige Leben der Menschen haben sich grundlegend geändert.

Doch die Vergangenheit wird in ethnographischen und historischen Museen sorgfältig bewahrt.

Auch das Ethnographie-Museum der Völker Transbaikaliens in Ulan-Ude legt Zeugnis ab für die Nachwelt. Dieses Museum wurde auf Initiative von Akademiemitglied Alexej Okladnikow, einem bekannten Sibirienforscher, eingerichtet. Die Exponate des Museums — hölzerne Bauten und Nomadenzelte, Privat- und Haushaltsgegenstände, Kleidung und Jagdausrüstung — vermitteln ein ausgezeichnetes Bild von einem Leben, das jetzt bereits in ferner Vergangenheit liegt. Jurten der Burjaten und Hütten russischer Altgläubiger, die vor den Verfolgungen der Behörden flohen, sind auf Taigalichtungen angeordnet. Museumsführer in Nationaltracht strahlen zusätzliches Geschichtskolorit aus.



Die Dorfstraße läßt russische Bauten des 19. Jh. wiedererstehen



Eine Mitarbeiterin des Museums zeigt burjatische Kopfbedeckungen

Fotos: N. Bobrow

DIE ZEIT DRÄNGT

Man kann sich nur wundern, wenn man sieht, wie unterschiedlich der gleiche amerikanische Machtapparat bei fremden Friedensinitiativen oder aber bei den eigenen friedensfeindlichen Aktionen anläuft. Im ersten Fall vollzieht sich alles im Schneckentempo — man macht sich in aller Ruhe mit den Vorschlägen vertraut, dann studiert man sie gründlicher, betrachtet sie von allen Seiten, verliert sich in Details und schiebt in der Regel die Antwort auf die lange Bank. Im zweiten Fall hat man — ohne da lange zu fackeln — diverse Pläne, Reports, Untersuchungen, Haushaltsvoranschläge und schließlich Präsidentendirektiven und -doktrinen parat.

Kürzlich wurde die Welt erneut mit einem schlagenden Beispiel einer derartigen Doppelgleisigkeit des Weißen Hauses und der anderen westlichen Machtzentralen konfrontiert. Vor fast einem Jahr — am 6. Oktober 1979 in Berlin — hatte Leonid Breshnew die Bereitschaft der UdSSR erklärt, die Zahl der Kernwaffenträger mittlerer Reichweite im Westen der Sowjetunion abzubauen, wenn in Westeuropa derartige Nuklearträger nicht zusätzlich stationiert werden. Im Juni d. J. begrüßte die Weltöffentlichkeit eine neue sowjetische Initiative: Indem wir unsere wiederholt dargelegte Haltung zu den besten Wegen für eine Lösung der Frage der Mittelstreckenraketen in Europa bekräftigten, schlugen wir im Interesse von Frieden und Sicherheit vor, an die Erörterung der Frage solcher Waffen gleichzeitig und in organischem Zusammenhang mit der Frage der amerikanischen nuklearen Forward Based Systems zu gehen. Über den Vorschlag vom 6. Oktober wurde im Westen lange debattiert. Auch die endlosen Wortgefechte der Entspannungsgegner zu der neuen sowjetischen Initiative, die bei dem Gipfeltreffen mit Helmut Schmidt ergriffen wurde, öden schon an. Doch dafür hat die US-Administration im Dezember v. J. ihre Verbündeten raffiniert dazu genötigt, der Stationierung von ca. 600 Mittelstreckenraketen in Westeuropa „zuzustimmen", und Anfang August d. J. erließ sie die Direktive Nr. 59 über eine „neue Nuklearstrategie". Damit hatte man es so eilig, daß nicht einmal der US-Außenminister informiert wurde. Er erfuhr erst aus der Zeitung von der neuen gefährlichen Wende in der amerikanischen Politik!

Was über die skandalöse Entstehungsgeschichte dieser Direktive auch gesagt werden mag, welche Lobeshymnen Pentagon-Spezialisten und Generalstäbe dem französischen „Figaro" zufolge auch auf einen „rationellen Einsatz von Kernwaffen" anstimmen mögen — all das ist, so der „Figaro", zumindest „verwirrend". Und ob! Die neue Doktrin eines „begrenzten" Nuklearkrieges, der Senkung der Nuklearschwelle, macht die Verbündeten der USA in Europa zu amerikanischen Geiseln.

Bei einem Studium der Direktiven Nr. 58 und Nr. 53, die der Direktive Nr. 59 vorausgingen, wird der Zynismus der Verfasser besonders deutlich. Dort stößt man der amerikanischen Presse zufolge auf „Pläne für eine Evakuierung der militärischen und zivilen Führung aus Washington in Krisenzeiten, für eine Festigung der Bunker hoher Funktionsträger".

Bereits 1977/78 wurden also Manöver abgehalten, bei denen Präsident Carter die „Fähigkeit" demonstrierte, einen „längeren Nuklearkrieg" zu führen: Per Hubschrauber wurde er aus dem Weißen Haus evakuiert, um sich mit der Bedienung der Präsidentenkommandostelle in einer Boeing 747 vertraut zu machen. Wie recht hat doch Gus Hall, der Führer der amerikanischen Kommunisten, wenn er darauf verweist, daß „die US-Politik der militärischen Überlegenheit und der nuklearen Erstschlagskapazität zu einem atomaren Holocaust führen kann. Ein militärisches Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR ist der einzige Weg zu Abrüstung, Entspannung und zur Bewahrung des Weltfriedens".

Dieses Gleichgewicht besteht jetzt. Kürzlich wurde das auch vom britischen Außenminister Lord Carrington zugegeben. Allerdings stellte er die Dinge auf den Kopf, als er aus seinem Eingeständnis den völlig falschen Schluß zog, der Verlust der einstigen militärischen Überlegenheit der USA habe einen thermonuklearen Konflikt wahrscheinlicher werden lassen. Offenbar teilt Lord Carrington nicht die Meinung des französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing, daß die atlantische „Solidarität kein Synonym für Unterwerfung ist".

Die nukleare Rüstungsspirale dreht sich immer schneller, während die Abrüstungsverhandlungen stagnieren. Jeder für Verhandlungen verlorene Tag bedeutet neue Ausgaben für immer teurere Waffensysteme, bedeutet immer größere Probleme für die bereits laufenden und geplanten internationalen Verhandlungen.

Die Zeit drängt!

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 34 AUGUST 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Zeit drängt 1
W. Komlew — Neues bei den Wiener Verhandlungen 5
I. Ornatski — Wirtschaftsquerelen am East River 7
W. Dolgow — El pueblo unido! 9
J. Gudkow — USA. Im Zeichen des Esels 10
D. Wolski — Makabre Allianz 11
K. Karagesian — Doppelbeschluß — Doppelbetrug 12
J. Botschkarjow — Horn von Afrika. Gefährliche Abmachung 12
N. Lossinski — Tokios Ziele 13
E. Kowaljow — Portugal. Vor entscheidenden Kämpfen 14
L. Skuratow — Um Jerusalem 15
Notizen ◆ Glossen 16
S. Mirski — Terrorismus und Bourgeoisie 18
A. Pin — Rumänien im August 20
J. Saweljew — Ägypten. „Holde Eintracht" 23
J. Jerschow — Drogen und Wind 26
Biographisches: Masayoshi Ito 26
J. Knorre — Sonne und Lebensrhythmen 27
Diskussion mit dem Leser 31
PS 32



Das afghanische Volk geht trotz der äußeren Aggression und der Umtriebe der Konterrevolution unbeirrt den Weg der Aprilrevolution.

Titelbild: Neue Wohnhäuser in Kabul — Sowjetische „Belarus"-Traktoren werden an Mechanisatoren der Provinz Baglan übergeben — Studenten als Revolutionsgardisten — Das mit Hilfe der UdSSR errichtete Werk für Stickstoffdünger — Mazar-i-Sharif, ein politisches und wirtschaftliches Zentrum Nordafghanistans

Fotos: TASS

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■

Am 14. August fand auf der Krim ein freundschaftliches Treffen Leonid Breshnews mit Kaysone Phomvihane, Generalsekretär des ZK der Revolutionären Volkspartei von Laos und Ministerpräsident der VDR Laos, statt. Leonid Breshnew und Kaysone Phomvihane konstatierten, daß sich die sowjetisch-laotische Zusammenarbeit allseits erfolgreich entwickelt, und hatten einen Meinungsaustausch zu einem weiten Kreis internationaler Fragen. Sie verliehen ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die friedliebenden Staaten genug Kraft und Einfluß haben, um der gefährlichen Verstärkung der internationalen Spannung erfolgreich entgegenzuwirken und die Weltlage zu stabilisieren.

■

Am 18. August fand auf der Krim eine freundschaftliche Begegnung Leonid Breshnews mit Jumshagijn Zedenbal, Erster Sekretär des ZK der MRVP und Vorsitzender des Präsidiums des Großen Volks-Churals der Mongolei, statt, der zur Erholung in der UdSSR weilt. Leonid Breshnew und Jumshagijn Zedenbal erörterten die Entwicklung der sowjetisch-mongolischen Beziehungen sowie einen weiten Kreis internationaler Fragen, wobei asiatischen Problemen die besondere Aufmerksamkeit galt. Beide Staatsmänner verwiesen auf die gefährlichen Aktivitäten der Kräfte, die der Sache der Freiheit der asiatischen Völker feind sind. Die US-Imperialisten und die chinesischen Hegemonisten vergiften jeder auf seine Art die internationalen Beziehungen auf dem Kontinent, wobei sie alles tun, um die Konflikte zu schüren und zu verschärfen. Die UdSSR und die Mongolei treten für die Normalisierung der Lage und gutnachbarliche Beziehungen überall in Asien ein.

■

Anläßlich des 35. Jahrestages der Befreiung Koreas durch die Sowjetarmee richteten Leonid Breshnew und Alexej Kossygin am 15. August Glückwünsche an Kim Il Sung, Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der KVDR, sowie an Li Jong Ok, Premier des Verwaltungsrates der KVDR. Sie bekundeten ihre Überzeugung, daß sich die traditionellen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien, Staaten und Völkern auf der Grundlage der Ideen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zum Wohl der Völker unserer Länder, im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion, für den Triumph des Sozialismus und Kommunismus ständig weiterentwickeln werden.

Kim Il Sung übermittelte im Namen





Die von Washington ausgehaltene Junta El Salvadors sucht mit Folterung und Mord den Freiheitskampf des Volkes zu unterdrücken. Unsere Bilder: Juntaopfer; Demonstration in New York für das Volk von El Salvador.

Fotos: UPI—TASS und TASS

des ZK der PdA Koreas, der Regierung der KVDR, des koreanischen Volkes und in seinem eigenen Namen Leonid Breshnew und in seiner Person dem ZK der KPdSU, der Sowjetregierung und dem sowjetischen Brudervolk herzliche Grüße zum 35. Jahrestag der Befreiung Koreas und verlieh der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien, Ländern und Völkern auch weiter festigen und entwickeln werden.

■

Am 15. August beging das indische Volk den Tag der Unabhängigkeit. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten Glückwünsche an Sanjiva Reddy, den Präsidenten der Republik Indien, und an Premierminister Frau Indira Gandhi. „Wir bekunden unsere feste Überzeugung, daß die Sowjetunion und Indien auf dem bewährten Weg der Freundschaft und Zusammenarbeit neue Erfolge erzielen werden. Die Gewähr dafür sind der sowjetisch-indische Vertrag von 1971, die gesamten langjährigen Erfahrungen unserer gemeinsamen Arbeit zur Festigung und Entwicklung der vielfältigen Verbindungen zwischen der UdSSR und der Republik Indien."

■

Am 19. August beging das afghanische Volk seinen Unabhängigkeitstag. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten Glückwünsche an Babrak Karmal, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei von Afghanistan, Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident der DR Afghanistan. In der Grußbotschaft werden „weitere Erfolge bei der Gewährleistung einer selbständigen und unabhängigen Entwicklung Afghanistans, bei der Konsolidierung der sozialen und politischen Errungenschaften der Aprilrevolution, bei der Abwehr der Aggressionsakte von außen, bei der Schaffung der Voraussetzungen für ein friedliches und schöpferisches Leben" gewünscht.

■

Leonid Breshnew und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt tauschten Grußbotschaften anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-bundesdeutschen Vertrages vom 12. August 1970 aus. Willy Brandt konstatierte, daß der Vertrag die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion auf eine neue Grundlage gestellt und zur Schaffung einer Stabilität in Europa beigetragen hat, die sich in kritischen Situationen bewährte. Leonid Breshnew bedankte sich für die Glückwünsche und verwies darauf, daß der Abschluß des Moskauer Vertrages tiefreichende positive Wandlungen nicht nur in den sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen, sondern auch auf dem europäischen Kontinent insgesamt eingeleitet hat.

■

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten am 13. August an Denis Sassou-Nguesso, Vorsitzender des ZK der Kongolesischen Partei der Arbeit, Präsident und Vorsitzender des Ministerrats der VR Kongo, und an Louis Sylvain Goma, Ministerpräsident der VR Kongo, Glückwünsche zum Nationalfeiertag der VR Kongo und zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit.

■

Vom 13. bis 17. August fand in Antananarivo der IX. Parteitag der Kongreßpartei der Unabhängigkeit Madagaskars statt. Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an den Parteitag.

■

Am 17. August wurde in der sowjetischen Presse Andrej Gromykos Brief an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim veröffentlicht. Darin schlägt die UdSSR vor, die Frage „Über die historische Verantwortung der Staaten für die Bewahrung der Natur der Erde für die jetzige Generation und künftige Generationen" auf die Tagesordnung der 35. UNO-Vollversammlung zu setzen. Dem Brief liegt der Entwurf einer entsprechenden Vollversammlungsresolution bei.

■

Am 13. August überreichte das UdSSR-Außenministerium der USA-Botschaft in Moskau eine Note mit entschiedenem Protest gegen den empörenden Willkürakt der amerikanischen Behörden gegenüber der Familie der Sowjetbürger M. und A. Polowtschak, die sich auf Einladung von Verwandten in den USA aufhalten. Die US-Behörden verhinderten die Rückkehr ihrer minderjährigen Kinder in die Heimat. Das UdSSR-Außenministerium besteht darauf, daß die ganze Familie Polowtschak ungehindert in die Sowjetunion zurückkehren kann.

■

Am 17. und 18. August fand in Casablanca eine Sondertagung des Jerusalem-Komitees statt (gebildet auf Beschluß der Islamischen Konferenz). Das Komitee war auf Antrag des PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat zu der Tagung einberufen worden (siehe S. 15).

■

Anfang August verübten chinesische Soldaten wiederholt Überfälle auf vietnamesisches Territorium, auf Ortschaften in den Provinzen Caobang, Ha

Tuyen und Quang Ninh. Chinesische Schiffe drangen wiederholt in die SRV-Territorialgewässer ein. Die Pekinger Behörden sind dazu übergegangen, verstärkt Diversanten und Spione, die friedliche Einwohner und Vertreter der Volksmacht in den Grenzgebieten morden, nach Vietnam einzuschleusen.

■

Die thailändischen Behörden verletzen weiterhin die Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas. Flugzeuge der thailändischen Luftwaffe drangen wiederholt in den Luftraum Kampucheas ein, und Armee-Einheiten nahmen Grenzgebiete in der Provinz Battambang unter Artilleriebeschuß. Es sind Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen (siehe S. 11).

■



In den USA verstärkt der Ku-Klux-Klan mit offiziellem Segen seine Umtriebe. Unser Bild: Marsch von Ku-Klux-Klan-Anhängern unter Polizeischutz durch die Straßen eines Afroamerikanerviertels von Montgomery (Bundesstaat Alabama).

Foto: AP—TASS

■

Vom 13. bis 16. August führten die Werktätigen von El Salvador einen Generalstreik gegen die volksfeindliche Junta durch (siehe S. 9).

■

Am 13. August begann ein Streik der französischen Fischer. In den nachfolgenden Tagen nahm er gesamtnationale Ausmaße an, erfaßte die über 1500 km lange West- und Südküste Frankreichs sowie Korsika. Die Fischer blockierten mit ihren Kuttern die 15 größten Häfen des Landes, u. a. Boulogne, Cherbourg, Calais, Saint-Malo und Le Havre. Die Streikenden verlangen höhere Aufkaufpreise für Fisch und protestieren gegen die Absicht der Fischereiunternehmer, Massenentlassungen unter den Kutterbesatzungen vorzunehmen.

■

Am 14. August ging der Konvent der Demokratischen Partei der USA in New York zu Ende. Carter wurde als Präsidentschaftskandidat und Mondale für das Amt des Vizepräsidenten nominiert sowie die Wahlplattform der Partei bestätigt (siehe S. 10).

■

Kürzlich wurden in einer Woche 6 US-Flugzeuge von asozialen Elementen, die sich aus Kuba in die USA abgesetzt hatten, nach Havanna entführt. Als sie in den USA keine Arbeit fanden, wollten sie mit allen Mitteln zurückkehren.

■

Der Nachrichtenagentur Pars zufolge wurde in der iranischen Stadt Sari eine konterrevolutionäre Verschwörung aufgedeckt. Alle ihre Teilnehmer wurden verhaftet. Der Anführer der Verschwörung, Oberst Zal Naderi, hatte in Israel und in den USA eine Sonderausbildung durchgemacht.

■

Der US-Kommentator Jack Anderson teilte mit, daß das Weiße Haus Meldungen aus Quellen des Kongresses und der Administration zufolge einen weiteren bewaffneten Einfall in den Iran für Mitte Oktober unter der Codebezeichnung „Positive Leap 80", viel größer als das gescheiterte Kommandounternehmen vom April, plant.

■

In Südkorea wurde mit weiteren „Umbesetzungen" der höchsten Machtorgane begonnen. Am 16. August erklärte Interimspräsident Choi Kyi Hah seinen Rücktritt. Der Chef des Nationalen Sicherheitsrates, General Chou Du Hwan, verantwortlich für die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in Kwangdschu und anderen Städten, will das Präsidentenamt und die ganze Macht im Staate an sich reißen.

■



„Laßt unsere Brüder frei!" — unter dieser Forderung wurde vor einem Londoner Gericht demonstriert, wo man gegen iranische Studenten verhandelte, die von der Polizei bei einer kürzlichen Massenkundgebung gegen die Verfolgung iranischer Bürger in den USA verhaftet wurden.

Foto: UPI—TASS

NZ POST

Nie werde ich die Eröffnungsfeier der XXII. Olympiade in Moskau vergessen! Herzlichen Dank den sowjetischen Menschen, dem Moskauer Stadtsowjet und der UdSSR-Regierung für die hervorragende Organisation der Spiele! Die Olympiade '80 hat ein weiteres Mal das internationale Ansehen der UdSSR gehoben und eine neue Etappe der olympischen Bewegung eingeleitet. Die Sportler der meisten Länder sind nach Moskau gekommen und haben so ihre Ablehnung des Carter-Boykotts deutlich gemacht.

Günter HÄSELBARTH
Gera, DDR

Seitdem das afghanische Volk die Sowjetregierung um Hilfe gebeten hat, verstärken die USA immer mehr ihre Militärpräsenz in Asien, wobei die Ereignisse um Afghanistan nur als Vorwand dienen. Die USA wollen durch die Ausnutzung der Angstpsychosen der Regierungen einiger westeuropäischer Länder eine Atmosphäre schaffen, die die Aufstellung neuer US-Raketen dort begünstigt. Da die UdSSR angeblich nach Pakistan vordringen will, verhandeln die USA mit der pakistanischen Regierung über Waffenlieferungen. Washington hilft allen reaktionären Regimes, doch trommelt es zugleich, die Russen strebten nach „Weltherrschaft". Welche Heuchelei! Wir Einwohner Nordirlands wissen sehr wohl, wie gleichgültig die amerikanischen Politiker der Ulsterfrage gegenüber sind. Wo waren denn eigentlich diese Menschenrechtsapostel, als das Blut Unschuldiger in Derry floß.

L. McDAID
Derry, Nordirland

Ich kann dem Leser J. Schuschkewitsch (Heft 29) nicht ganz zustimmen. Zweifelsohne macht nicht die Gestaltung vor allem den Wert der Zeitschrift aus. Doch eine solide, seriöse Publikation bleibt sie auch dann, wenn sie besser aufgemacht wäre. Was die Beiträge als solche angeht, so ist Ihre Zeitschrift auch weiterhin hervorragend. Wie schön wäre es, nicht nur eine inhaltlich interessante, sondern auch hervorragend gestaltete Zeitschrift in die Hand zu nehmen!

K. BOGDANOW
Leningrad

NEUES BEI DEN WIENER VERHANDLUNGEN

Wladimir KOMLEW

Am 24. Juli schloß die jüngste Runde der Wiener Abrüstungsgespräche. Sie verlief im Zeichen der von den sozialistischen Staaten am 10. Juli 1980 eingebrachten neuen wichtigen Vorschläge. Diese schaffen alle Voraussetzungen dafür, ohne weitere Verzögerungen mit der Abfassung des Abkommens zur ersten Etappe der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa zu beginnen.

Was ist der Sinn der neuen Vorschläge?

Die sozialistischen Länder erklärten, daß sie es als notwendig erachten, die Anstrengungen der Verhandlungsteilnehmer auf die Formulierung des Abkommens zur ersten Etappe zu konzentrieren; ein sehr wichtiger Bestandteil dieses Abkommens soll die Reduzierung der sowjetischen und der amerikanischen Truppen in Mitteleuropa sein. Vorgeschlagen wurde, auf der ersten Etappe 20 000 sowjetische und 13 000 amerikanische Militärangehörige abzuziehen, nicht mitgerechnet die 20 000 sowjetischen Soldaten und Offiziere, die die UdSSR aus der DDR von sich aus schon abberufen hat. Somit wird die UdSSR ihre Truppen um insgesamt 40 000 Mann kürzen.

Das ist ein großes Zugeständnis der sozialistischen Staaten an den Westen. In den letzten Jahren, d. h. schon zur Zeit der Wiener Verhandlungen, stockten die USA ihre Streitkräfte in Mitteleuropa, hauptsächlich das Heer und die Luftwaffe, fortwährend auf. Das bestätigen amtliche Angaben, die die westliche Seite bei den Verhandlungen vorlegte, zahlreiche offizielle Dokumente und Erklärungen führender USA-Politiker. Deshalb wäre ein Vorschlag der sozialistischen Länder durchaus begründet gewesen, die USA-Truppen auf der ersten Etappe in größerem Umfang zu reduzieren. Aber um einen merklichen Fortschritt bei den Verhandlungen zu erzielen, erklärten sie sich mit der von der westlichen Seite selbst vorgeschlagenen Kürzungszahl von 13 000 Mann für die USA-Truppen einverstanden.

Die Anzahl der sowjetischen Soldaten in Mitteleuropa wurde, schon während die Verhandlungen liefen, wesentlich vermindert, weil die UdSSR von sich aus bis zum 1. August d. J. 20 000 sowjetische Militärangehörige aus der DDR abberufen hat. Deshalb hätten die sozialistischen Länder mit Recht verlangen können, dieses Kontingent als Teil der auf der ersten Etappe zu kürzenden sowjetischen Streitkräfte zu betrachten. Doch verzichteten die sozialistischen Länder darauf, um eine Vereinbarung rascher herbeizuführen, und erklärten sich bereit, nicht 30 000, wie es im Juni 1978 vorgeschlagen wurde, sondern 40 000 sowjetische Militärangehörige abzuziehen. Demgemäß wird bei der Einschränkung der sowjetischen Truppen in diesem Raum von einem niedrigeren Stand ausgegangen.

Bei dieser kühnen politischen Entscheidung müssen die sozialistischen Staaten jedoch die Gewißheit haben, daß besagter Schritt nicht ihre Sicherheit beeinträchtigt. Deshalb erwarten sie, daß dieses Entgegenkommen letztendlich wettgemacht wird und daß die Truppen aller direkten Verhandlungsteilnehmer, einschließlich der UdSSR und der USA, nach Reduzierung auf beiden Etappen annähernd proportional zu ihrer Gesamtzahl in Mitteleuropa abgebaut sein werden.

Ein bedeutendes Zugeständnis an den Westen ist auch, daß die sozialistischen Staaten bereit sind, nach den beiden Reduzierungsetappen einen Mechanismus zu akzeptieren, der eine gleiche zahlenmäßige Gesamtstärke der zu den entsprechenden militärpolitischen Gruppierungen gehörenden Streitkräfte aufrechterhalten soll: Die Truppenzahl eines Landes in Mitteleuropa darf nicht mehr als 50% der Gesamtstärke (900 000 Mann für jedes militärpolitische Bündnis) betragen.

Die Warschauer Vertragsstaaten schlugen in Wien einen gründlich ausgearbeiteten Regulierungsmechanismus für solche Höchststärken schon im Juni 1978 vor. Vorgesehen war u. a. folgende Regel: Sollte ein Staat seine Truppen einseitig kürzen, so darf kein anderer Staat, der Teilnehmer des Abkommens und Mitglied derselben Gruppierung ist, seine Truppen um mehr als die Hälfte der von seinen Bündnispartnern gekürzten Truppenbestände erhöhen und unter keinen Umständen durch eine solche Erhöhung die Stärke seiner Truppen, wie sie vor der Einschränkung bestand, wiederherstellen oder gar übertreffen. Ein solches Verfahren hätte allen Teilnehmern des Abkommens hinreichende Beweglichkeit gesichert, die kollektive Höchststärke der Streitkräfte zu erhalten. Doch die NATO-Länder stritten diese offensichtliche Tatsache ab. Völlig haltlos behaupteten sie, der Vorschlag der sozialistischen Staaten vom 8. Juni 1978 sei ein getarnter Versuch, nationale Beschränkungen für die Truppen der westlichen Seite einzuführen.

Die sozialistischen Länder prüften den Standpunkt des Westens (wenn sie auch sahen, daß ihre Position mißdeutet worden war) und nahmen eine wesentliche Veränderung an ihrem Vorschlag vor. Unseres Erachtens macht sie alle früheren Vorbehalte der westlichen Teilnehmer gegenstandslos. Jetzt wird nämlich die Möglichkeit zugelassen, daß einzelne Staaten ihre Truppenzahl vergrößern, wenn einer oder mehrere ihrer Partner aus dem militärpolitischen Bündnis, aus welchen Gründen auch immer, einseitig die eigenen Truppen abbauen. In der Praxis könnte eine solche Vergrößerung erheblich sein und allen direkten Verhandlungsteilnehmern die Möglichkeit geben, den nationalen Istbestand in Mitteleuropa beträchtlich zu erhöhen. (Selbstverständlich gilt das nur, wenn die Truppenstärke keines einzigen direkten Verhandlungsteilnehmers über die Hälfte der für jedes der Bündnisse festgelegten Gesamtstärke von 900 000 Mann ausmacht.) Das Zugeständnis der sozialistischen Staaten in dieser Frage könnte eines der großen Hindernisse beseitigen, die der Westen einer Vereinbarung in den Weg legt.

Mittlerweile bringen einige Presseorgane Westeuropas Artikel, in denen der Sinn auch dieses Vorschlags entstellt wird. So behauptete die „Süddeutsche Zeitung" (BRD), seine Realisierung räume der UdSSR ein Mitspracherecht über die Stärke der Bundeswehr ein, da diese Stärke angeblich nicht über 350 000 liegen dürfte. Das ist eine Unterstellung, da die gegenwärtig von den sozialistischen Ländern vorgeschlagene 50%-Klausel die Gesamtstärke nicht der Landstreitkräfte (je 700 000 Mann), sondern der gesamten Streitkräfte (je 900 000 Mann) betrifft. Anders gesagt, kann die Höchststärke der Streitkräfte jedes Teilnehmers 450 000 erreichen. Sollte jemand im Westen auch noch gegen diesen großzügigen Vorschlag Einwände erheben, so zeugt das nur von militaristischen Ambitionen und dem Wunsch, das bestehende Kräfteverhältnis zugunsten der NATO zu verändern.

Das Abkommen in Wien kann natürlich nicht Ergebnis der Zuge-

ständnisse nur der einen Seite sein. Dazu bedarf es schon beiderseitiger Bemühungen. Niemand wird doch glauben, daß die einen Staaten ihre Truppen und Rüstungen auf vertraglicher Grundlage reduzieren würden, wenn die anderen sie fortwährend vergrößern. Ebenso unrealistisch wäre die Hoffnung, daß die sozialistischen Länder, die auf der ersten Etappe die Hauptkomponente ihres Verteidigungssystems — die sowjetischen Streitkräfte — wesentlich kürzen, ohne Information darüber würden verbleiben wollen, wann, ungefähr in welchem Umfang und nach welchem Verfahren die anderen westlichen Staaten (neben den USA) ihre Truppen reduzieren werden. Schon das allein macht es notwendig, Kriterien für die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen auf der zweiten Etappe auszuarbeiten.

Diese Kriterien sind auch nötig, damit jeder Staat entsprechend seinem Militärpotential zur Erreichung gleicher kollektiver Höchststärken beiträgt. Ferner sollten sich die westeuropäischen Länder und Kanada nach dem Beispiel der sozialistischen Staaten bereit erklären, in der Zeit zwischen den beiden Etappen die Stärke ihrer Truppen in Mitteleuropa einzufrieren, und es akzeptieren, daß gleichzeitig mit dem Abbau des Heeres eine Höchstgrenze für das Personal der Luftstreitkräfte beider Seiten festgelegt wird.



Die Hofburg zu Wien, Ort der Truppenabbaugespräche. *Foto: TASS*

Ein weiteres Ereignis der eben abgeschlossenen Verhandlungsrunde war der von den sozialistischen Ländern initiierte Austausch erneuerter Angaben über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Seiten mit Stand vom 1. Januar 1980. Dieser Austausch, der nach den gleichen Kennwerten wie der von 1976—1978 erfolgte, informiert mit hinreichender Vollständigkeit über die zahlenmäßige Gesamtstärke der Streitkräfte beider Bündnisse und die der Armeen der einzelnen Länder. Jetzt verfügen die Verhandlungsteilnehmer über Zahlenmaterial, das bei der Abfassung des Abkommens benutzt werden kann. Die neuen Angaben lassen auch auf die wichtigsten Entwicklungstendenzen der Land- und der Luftstreitkräfte beider militärpolitischen Bündnisse in den vergangenen vier Jahren schließen. Das ist wichtig, um die militärstrategische Situation in Mitteleuropa richtig zu beurteilen.

Erstens bestätigen die neuen Zahlenangaben (und dies entgegen den Behauptungen des Westens), daß im Reduzierungsraum eine annähernde Gleichheit in der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Vertrages besteht.

Zweitens bestätigen sie, daß im Unterschied zu den westlichen Staaten die sozialistischen Länder ihre Truppen nicht vergrößert, sondern vermindert haben, weil die UdSSR von sich aus 20 000 sowjetische Militärangehörige aus der DDR abberufen hat.

Drittens veranschaulichen sie, daß die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte fast aller NATO-Länder wesentlich zugenommen hat, vor allem durch Aufstellen großer Formationen der Land- und der Luftstreitkräfte. In all diesen Jahren wurden USA-Truppen in Mitteleuropa aufgestockt. Wie USA-Verteidigungsminister Brown in seinem Jahresbericht an den Kongreß über den Militäretat für das Finanzjahr 1981 mitteilte, stieg ihre zahlenmäßige Stärke allein auf dem BRD-Territorium in den letzten vier Jahren um 26 000 Mann.

Zustand und Entwicklungstendenzen der Streitkräfte beider Seiten im Reduzierungsraum zeugen, wie die ausgetauschten Zahlenangaben beweisen, erneut davon, wie haltlos die Behauptungen der westlichen Vertreter sind, die sozialistischen Länder wären der NATO militärisch überlegen. Mehr noch, schon die erste Analyse der neuen Zahlen ergibt, daß der Westen die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte des Warschauer Vertrages absichtlich zu hoch, die seiner eigenen Truppen dagegen mit ebenso wenig Grund zu niedrig angibt. So wird das Personal der westdeutschen „Pershing"-Raketentruppen, der zonalen Luftverteidigung und der Hubschraubereinheiten der NATO-Länder noch immer unrechtmäßig zu den Luftstreitkräften gerechnet, während die analogen Bestandteile der Streitkräfte der sozialistischen Staaten als die zu reduzierenden Landstreitkräfte geführt werden. Überdies haben die NATO-Länder bis jetzt ihre überhöhten Einschätzungen der zahlenmäßigen Stärke der Truppen der sozialistischen Länder nicht einmal in den Fällen überprüft, da absolut genau bekannt ist, daß mehrere Kategorien von ihnen entgegen den bestehenden Auffassungen eingestuft wurden. Es handelt sich u. a. um das Personal eines polnischen Küstenschutzverbandes sowie von Pionierbau,- Eisenbahnbau- und Straßenbaueinheiten der Territorialverteidigung der VR Polen.

Infolge dieser Haltung des Westens büßt die Diskussion um die Zahlenangaben allmählich ihren Sinn ein. Auf jeden Fall kann ihre vorsätzliche Verlängerung aus Verschulden des Westens nicht die Weigerung rechtfertigen, die Schlüsselfragen bei der Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu lösen und endlich mit der Abfassung des ersten Abkommens zu beginnen.

Nun haben die westlichen Teilnehmer das Wort. Von ihnen hängt in vollem Maße ab, ob die Wiener Truppenabbaugespräche auch weiterhin auf der Stelle treten oder ob eine Wende herbeigeführt wird, die den Frieden und die Sicherheit in Europa festigen kann.

■

WIRTSCHAFTSQUERELEN AM EAST RIVER

Igor ORNATSKI

In New York beginnt die XI. Sondertagung der UNO-Vollversammlung, die Weltwirtschaftsproblemen gewidmet ist. Diesen Problemen galten schon die VI. und die VII. Sondertagungen der UNO-Vollversammlung (1974 bzw. 1975.) Sie beschlossen die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die eine Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vorsieht. Von den Entwicklungsländern vorgeschlagen, bezweckt eine solche Umgestaltung vor allem die Verbesserung ihrer eigenen Lage in der Weltwirtschaft. Die Hauptaufgabe der am 25. August beginnenden Sondertagung besteht darin, zu prüfen, was für eine Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung erreicht worden ist, und Maßnahmen festzulegen, um den wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer und die internationale Wirtschaftszusammenarbeit zu fördern.

Zur Geschichte der Frage

Nicht sofort erkannten die Entwicklungsländer die Notwendigkeit, die bestehenden Weltwirtschaftsbeziehungen zu verändern. Dafür gab es historische, politische und wirtschaftliche Gründe. Als die UNO entstand, waren die meisten Entwicklungsländer noch Kolonien der imperialistischen Mächte. Auf dem Kapitalmarkt und bei der Übermittlung von Technologien herrschten die westlichen Monopole praktisch unumschränkt. Internationale Organisationen für einzelne Bereiche der Wirtschaft (Währung, Finanzen, Handel, Nahrungsmittel) wurden von der westlichen Diplomatie in einer Form geschaffen, die den imperialistischen Staaten, vor allem den USA, die Kontrolle sichern sollte.

Die Befreiung der einstigen Kolonien, das wachsende Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer, der zunehmende internationale Einfluß der sozialistischen Staaten, die den antiimperialistischen Kampf der jungen Staaten konsequent und prinzipienfest unterstützen, andererseits aber die Schwächung der internationalen Positionen des Imperialismus, auch in der UNO, schufen Voraussetzungen dafür, daß die Entwicklungsstaaten immer beharrlicher forderten, ihre Entwicklungsbedingungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft zu verändern.

Auf Initiative der sozialistischen Länder und der Entwicklungsstaaten wurde 1964 die 1. Tagung der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) einberufen, auf der die Entwicklungsstaaten mit ihren wirtschaftlichen Forderungen hervortraten. Im Zuge der UNCTAD-1 entstand die „Gruppe 77", die allmählich ihre gemeinsame Linie formulierte. Heute zählt diese Gruppe über 100 Staaten. Ende 1965 beschloß die UNO-Vollversammlung, im UNO-Rahmen eine Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) ins Leben zu rufen. Die Entwicklungsstaaten stellten immer beharrlicher Fragen, die die Finanzierung ihrer Wirtschaftsentwicklung, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, die Überwindung des Analphabetentums u. a. betrafen. Die 60er Jahre wurden von der UNO zu einer Entwicklungsdekade erklärt, dann entstand eine internationale Entwicklungsstrategie für die 70er Jahre, die von der UNO-Vollversammlung angenommen wurde. Wirtschaftsprobleme nahmen auf der Tagesordnung der UNO-Vollversammlungen immer größeren Raum ein.

Anfang der 70er Jahre setzte die Nichtpaktgebundenenbewegung das Ziel, eine Konzeption für eine beschleunigte Wirtschaftsentwicklung auszuarbeiten, die praktisch alle Aspekte der Teilnahme der jungen Staaten an den Weltwirtschaftsbeziehungen umfassen würde. Die VI. Sondertagung der UNO-Vollversammlung (1974) vollendete die Formulierung einer solchen Konzeption und nahm eine Deklaration und ein Aktionsprogramm für die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung an. Diese Dokumente betreffen fast alle Hauptprobleme der Weltwirtschaftsbeziehungen und sind von eindeutigem antiimperialistischem Charakter. Eine wichtige Urkunde, die eine Art Rechtsgrundlage für die künftige neue Weltwirtschaftsordnung bildet, ist die Charta der Wirtschaftsrechte und -pflichten der Staaten. Sie wurde in der UNO jahrelang erörtert und trotz des Widerstands der westlichen Staaten auf der XXIX. UNO-Vollversammlung (Dezember 1974) angenommen.

Seit Annahme der erwähnten Dokumente ist genügend Zeit vergangen, um ein Fazit zu ziehen. Das wird das Anliegen der XI. Sondertagung der UNO-Vollversammlung sein. Im Einklang damit soll sie eine neue internationale Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre beschließen sowie Termin und Rahmen „globaler" Verhandlungen über die internationale Wirtschaftszusammenarbeit zum Zwecke der Entwicklung festlegen.

Wie wird die internationale Entwicklungsstrategie?

Eine bestimmte Antwort darauf läßt sich vorläufig kaum geben, denn das vor mehr als zwei Jahren eingesetzte Vorbereitungskomitee, das eine solche Strategie ausarbeiten und der Sondertagung der Vollversammlung vorlegen sollte, hat diese Aufgabe wegen zahlreicher wesentlicher Differenzen zwischen dem Westen und den Entwicklungsstaaten nicht erfüllt. Die westlichen Diplomaten wollen verhindern, daß in dieses Dokument Klauseln aufgenommen werden, die die Vorherrschaft der westlichen Monopole in der kapitalistischen Weltwirtschaft einschränken oder gar schwächen könnten.

Die Entwicklungsstaaten ihrerseits sind gewillt, die Strategie für das bevorstehende Jahrzehnt maximal zu konkretisieren, Ziele zu setzen und Maßnahmen zu ihrer Erreichung vorzusehen, die ihren wirtschaftlichen Fortschritt real beschleunigen könnten. Hierbei können sie natürlich nicht die traurigen Erfahrungen der vorausgegangenen zwei Dekaden vergessen. Die Programme und Ziele, die im UNO-Rahmen für die 60er und 70er Jahre vorgemerkt waren, sind im Grunde nicht erfüllt. Mehr noch, die Lage der meisten Entwicklungsstaaten ist in den vergangenen 20 Jahren in bezug auf mehrere wichtige Kennziffern noch schwieriger geworden.

Nach Angaben der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die kaum zur Schwarzmalerei neigt, leben heute 800 Millionen Personen in den Entwicklungsländern (40% ihrer Bevölkerung) im Elend, 500—600 Millionen in diesen Ländern hungern ständig; jährlich sterben dort 20—25 Millionen Kinder im Alter bis zu 5 Jahren. Im Jahre 1950 bestand die erwachsene Bevölkerung der Entwicklungsstaaten zu zwei Dritteln aus Analphabeten; 1975 waren es noch immer fast 50% der erwachsenen Bevölkerung.

Die wirtschaftlichen Überproduktionskrisen, die chronische Inflation, die Währungslabilität und der Handelsprotektionismus in der entwickelten kapita-

listischen Welt wirken sich schlimm auf die Entwicklungsstaaten aus. Aus diesen Gründen haben die meisten von ihnen ihre wirtschaftlichen Entwicklungsaufgaben in den letzten Jahren nicht bewältigen können. Die Verschlechterung der Bedingungen ihres Handels mit den kapitalistischen Industrieländern hat die Ausgaben für den Import von Energie und Industrieerzeugnissen rasch erhöht. Die Auslandsschulden haben bedrohliche Ausmaße angenommen. Auch das allgemeine Entwicklungstempo sinkt: von 6% im Zeitraum 1967—1972 auf 5% Mitte der 70er Jahre, und in den letzten drei Jahren ist diese Kennziffer noch weiter zurückgegangen. Besonders schwer haben es die Länder mit den niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen. Als Folge all dieser Faktoren nahm die Spanne zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsstaaten in den 70er Jahren nicht ab, sondern zu.

Die Verschlechterung der Lage der Entwicklungsstaaten im letzten Jahrzehnt und die gebieterische Notwendigkeit einer neuen Strategie machten die Kontroversen um die Entwicklungskonzeption der 80er Jahre noch heftiger. Über internationale Organisationen, vor allem über die IAO, brachte die westliche Diplomatie die Formel „vorrangige Befriedigung der größten Bedürfnisse" in Umlauf. Sie orientierte die Entwicklungsstaaten auf einen minimalen Bedarf der Bevölkerung und auf die Produktion der elementarsten Konsumtionsgüter. Dafür war die Anbahnung der eigenen Produktion von Produktionsmitteln in den jungen freien Staaten überflüssig oder bestenfalls zweitrangig. Diese Staaten lehnten eine solche Formel ab, erkannten sie doch dahinter das Bestreben, sie zu ständiger Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren zu verurteilen und von der Aufgabe der selbständigen Entwicklung, auch von der Schaffung einer eigenen Industrie, abzulenken.

Heute setzen sich die Entwicklungsstaaten dafür ein, daß die Entwicklungsstrategie Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft vorsieht, die ihnen eine gleichberechtigte und wirksame Beteiligung an der Formulierung und Annahme aller Beschlüsse über die Zusammenarbeit zwecks Entwicklung sichern würden. Das Hauptziel sehen sie darin, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten. Vorgesehen ist ferner, daß jeder Entwicklungsstaat, ausgehend von seinen konkreten Bedingungen, ein eigenes Wirtschaftsprogramm für die 80er Jahre festlegt.

Verzögerungstaktik

Begreiflicherweise findet dieser Standpunkt bei den westlichen Ländern kein Verständnis, denn für sie bedeutet er einen Anschlag auf das heutige kapitalistische Weltwirtschaftssystem. Deshalb zögert der Westen absichtlich die Ausarbeitung des Dokuments über die internationale Entwicklungsstrategie hinaus.

Die führenden kapitalistischen Staaten (USA, EG-Länder, Japan) akzeptieren z. B. die Vorschläge der Entwicklungsstaaten nicht, ein differenziertes und günstigeres Finanzgebaren im Handel mit den Entwicklungsstaaten zu entwikkeln, tarifmäßige und sonstige Hindernisse sowie andere protektionistische Maßnahmen gegenüber den Exportartikeln dieser Staaten zu vermindern und zu beseitigen, eine Welthandelskonferenz abzuhalten und die bestehenden Beschränkungen für Ankäufe in den Entwicklungsstaaten aufzuheben.

Die westlichen Länder sind gegen eine radikale Reform des internationalen Währungssystems unter Berücksichtigung der Interessen anderer Staatengruppen und weigern sich, den Entwicklungsstaaten größere Finanzhilfe zu erweisen. Zugleich verlangen sie ein günstiges Klima für ausländisches Privatkapital in den Entwicklungsstaaten und für die eigene Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern. Kurz, der Westen ist weder gewillt noch bereit, die Weltwirtschaftsbeziehungen grundlegend neuzugestalten. Da die westlichen Länder Einwände und Vorbehalte buchstäblich zu allen Abschnitten des in Arbeit befindlichen Dokumentes äußern, kann das Vorbereitungskomitee der Sondertagung der UNO-Vollversammlung kein vereinbartes Dokument vorlegen.

Die Sowjetregierung hat ihren Standpunkt zu den Entwicklungsproblemen klipp und klar in ihrer Erklärung „Über eine Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen" dargelegt, die auf der XXXI. UNO-Vollversammlung verbreitet wurde. Darin heißt es u. a.: „Gemäß ihrem stetigen Kurs auf Festigung des Friedens und die Vervollkommnung des gesamten Systems der Weltwirtschaftsbeziehungen setzt sich die UdSSR konsequent für ihre demokratische und gerechte Umgestaltung ein... Die sozialistischen Staaten treten entschieden gegen die Diskriminierungspolitik in allen ihren Erscheinungsformen und gegen die Ausbeutung der Entwicklungsstaaten auf."

Nach Ansicht der sowjetischen Vertreter kann die Vorbereitung des Dokuments für die internationale Entwicklungsstrategie in den 80er Jahren im UNO-Rahmen ferner nur dann Nutzen bringen, wenn darin unmißverständlich die größten Hindernisse für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Entwicklungsstaaten genannt werden: Kolonialismus, ausländische Aggression, Okkupation, Rassismus und Apartheid, kurz, alle Formen der fremdländischen Herrschaft und Ausbeutung.

„Globale Verhandlungen"

Neben der internationalen Entwicklungsstrategie muß die UNO-Vollversammlung auf ihrer Sondertagung auch über „globale Verhandlungen" beraten. Die Frage ist nicht neu: Als die Vollversammlung im Dezember 1977 beschloß, ihre Sondertagung für 1980 einzuberufen, wurde fixiert, daß im UNO-Rahmen globale Verhandlungen über die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung durchgeführt werden sollen. Durch denselben Beschluß wurde das sogenannte Plenarkomitee der UNO-Vollversammlung geschaffen, das den Verlauf solcher Verhandlungen kontrollieren, die Sondertagung 1980 vorbereiten und als Forum für den Meinungsaustausch über die Weltwirtschaftsprobleme dienen soll.

Das Komitee erhielt den Auftrag, Empfehlungen für die Sondertagung vorzubereiten, die das Verfahren, den Zeitraum und die ausführliche Tagesordnung der „globalen Verhandlungen" betreffen. Im Februar 1980 präzisierte die Vollversammlung in ihrer Resolution 34/138, daß die „globalen Verhandlungen" die Hauptprobleme in den Bereichen Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung, Währung und Finanzen umfassen und die Realisierung der internationalen UNO-Strategie für die 80er Jahre fördern sollen. Die Resolution betonte erneut, daß diese Verhandlungen im UNO-Rahmen stattfinden müssen.

Das war kein Zufall. Als die Entwicklungsstaaten diese Bedingung 1977 erstmalig stellten, standen sie noch unter dem frischen Eindruck des gescheiterten Nord-Süd-Dialogs, der über zwei Jahre lang (April 1975—Juni 1977) in Paris gedauert hatte. Sie verlief außerhalb der UNO, in engem Kreis (nur 27 Staaten) und ohne die sozialistischen Länder. In ihrem Zuge bemühten sich die führenden Westmächte, für sie vorteilhafte Beschlüsse, in erster Linie über Energieprobleme, durchzudrücken, fanden sich jedoch zu keinen Kompromissen in Fragen bereit, die die Entwicklungsstaaten aufgeworfen hatten. (Absatz von Rohstoffen, Beschleunigung und Finanzierung der Entwicklung, Teilnahme an den internationalen Valutageschäften u. a.). Die Pariser Konferenz überzeugte die Entwicklungsstaaten davon, daß die Erörterung in engem Rahmen ihnen keinen Erfolg bringen kann, und jetzt hoffen sie, ihre Ziele bei „globalen Verhandlungen" im UNO-Rahmen zu erreichen.

Doch zeigten einige Tagungen des Plenarkomitees, daß die westlichen Vertreter nach wie vor den Entwicklungs-

staaten nicht entgegenkommen wollen. Nach der Tagung des Komitees im Juni und Juli d. J. hat sich die Vorbereitung zu den „globalen Verhandlungen" im Grunde festgefahren.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Entwicklungsstaaten und dem Westen betreffen den Inhalt und wichtige organisatorische Aspekte. Es geht immer noch um dieselben Fragen: um den Schutz der Kaufkräftigkeit der Exportwaren aus den Entwicklungsstaaten, um eine Reform des Währungssystems, die Finanzierung der Entwicklung, die Energieversorgung und die strukturmäßige Umgestaltung von Welthandel und Weltindustrie. Nach Ansicht der Entwicklungsstaaten müsse in der UNO ein zentrales Organ für die gesamte Organisation „globaler Verhandlungen" eingesetzt werden. Der Westen dagegen meint, ein solches Organ dürfte nur die Tagesordnung der Verhandlungen vorbereiten und dann die Probleme an die entsprechenden spezialisierten UNO-Organe weiterleiten. Nach dem westlichen Schema darf das zentrale Organ an den Verhandlungen nicht teilnehmen, vielmehr nur Beschlüsse abstempeln, die andernorts gefaßt werden. Somit will der Westen die Vorrechte der von ihm kontrollierten Organisationen (IBRD, IWF) unangetastet belassen sowie die Verhandlungen auf verschiedene UNO-Organe streuen, in denen die westliche Diplomatie eine größere Manöverfreiheit und mehr Möglichkeiten für günstige Kompromisse haben wird.

Nur im beharrlichen Kampf

Die Sondertagung der UNO-Vollversammlung tritt also in einer Situation von Unbestimmtheit und Gegensätzen zusammen. Es geht natürlich nicht nur darum, daß man sich bei den Entwürfen der entsprechenden Dokumente nicht einig werden konnte. Nicht minder wichtig ist das Weltklima, das durch das Handeln der imperialistischen Kreise, vor allem in den USA, geschaffen wird: Dieses Handeln hat den Zweck, die Entspanung zu unterminieren, die Atmosphäre von Vertrauen und Zusammenarbeit der Staaten zu vergiften. Der aggressive Kurs des Imperialismus wirkt sich auch auf die Weltwirtschaftsbeziehungen aus. So benutzt der Westen den Handel zum politischen Druck auf andere Länder, verstößt gegen seine Verpflichtungen aus internationalen Abkommen und drosselt die Beziehungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Zu demselben Zweck werden unzulässigerweise internationale Organisationen, die sich mit Problemen der Wirtschaftshilfe zu befassen haben, unter Druck gesetzt.

Deshalb schlugen die sowjetischen Vertreter vor, im Dokument über die internationale Entwicklungsstrategie festzustellen, daß „Versuche, das Problem der Weltwirtschaftsbeziehungen von der Position der Stärke und des Diktats aus sowie durch rechtswidrigen Wirtschaftsboykott und ebenso rechtswidrige Blockade zu lösen, unvereinbar sind mit den Prinzipien der neuen Weltwirtschaftsordnung und mit den Zielen, den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage und zum Nutzen aller daran beteiligten Länder zu entwickeln".

Der Kampf für die Minderung der internationalen Spannungen steht in direktem Zusammenhang mit dem Kampf gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeit in den Weltwirtschaftsbeziehungen. Bei ihrer Vertiefung kann die Entspannung die Souveränität und Unabhängigkeit der Völker zuverlässiger sichern und Langzeitprogramme der Zusammenarbeit fester untermauern. Unmittelbar damit verbunden ist auch das kardinale Problem unserer Zeit: Einstellung des Wettrüstens und Abrüstung. Wenn die durch Abrüstung eingesparten Mittel wenigstens zum Teil den Entwicklungszielen zugeführt werden könnten — die UdSSR schlug dies in der UNO wiederholt vor —, wäre das ein bedeutender Beitrag zur Vergrößerung der Hilfe an die Entwicklungsstaaten.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der die sogenannte unabhängige Kommission für Fragen der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit leitet, unterstreicht im Vorwort zu ihrem Bericht, daß sich die Völker über das Junktim zwischen Entwicklungs- und Abrüstungsproblemen klar sein müssen. Offenbar muß dieses Junktim auch im Dokument über die internationale Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre zum Ausdruck kommen.

Selbstverständlich würden die imperialistischen Mächte auf ihre Vorrechte und ihre Profite von der Plünderung der Rohstoff- und Menschenressourcen in den Entwicklungsländern nicht freiwillig verzichten. Die Forderung nach der Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen bedroht diese Vorrechte ernsthaft. Ebendeshalb zieht die westliche Diplomatie die Verhandlungen über die entsprechenden Probleme absichtlich in die Länge, ebendeshalb will sie die Entwicklungsstaaten zersplittern und ihren Forderungen die antiimperialistische Spitze abbrechen. Aber wie die Erfahrung zeigt, macht eine versöhnlerische Politik die Imperialisten nicht nachgiebiger.

Ihre Umgestaltung ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Trotz der zahlreichen multilateralen Unterredungen im UNO-Rahmen wird den Hauptforderungen der Entwicklungsstaaten noch immer nicht nachgegeben. All das zeugt davon, daß die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung ein komplizierter und langwieriger Prozeß ist. Erfolge auf diesem Weg können nur in einem konsequenten und beharrlichen antiimperialistischen Kampf erzielt werden.

■

NZ KOMMENTAR

EL PUEBLO UNIDO!

Bolivien und El Salvador machen dramatische Zeiten durch. Zwar besteht zwischen den dort herrschenden reaktionären Junten ein feiner Unterschied — der salvadorianischen Junta gehören neben den Militärs auch christdemokratische Politiker an. Doch beide Terrorregimes haben zu brutalen Repressalien gegriffen: Die Gegner beider Terrorregimes werden ins Gefängnis geworfen, gefoltert und erschossen. Als Pate der beiden Regimes standen die USA. Jetzt suchen sie sich zu rechtfertigen, wollen sich von der Repressionspolitik beider Junten „distanzieren", spielen sich als Menschenrechtsapostel auf. Doch wer, wenn nicht sie, beliefern nach wie vor die Armeen dieser beiden Länder mit Waffen! Wer, wenn nicht das Pentagon, hat die Offiziere, die jetzt in beiden Ländern die Macht usurpiert haben, an seinen Militärakademien hochgepäppelt!

Washington unterstützt die aus Militärs und Zivilisten bestehende Junta in El Salvador ganz offen auch finanziell und militärisch. Mit Schützenhilfe der USA hat der salvadorianische Militärklüngel dem eigenen Volk den Krieg erklärt. Eine solche Politik hat auch die reaktionären Generale in Bolivien „ermutigt", die rechtmäßige Regierung Lidia Gueilers zu stürzen und Siles Zuazo, den Sieger der Präsidentschaftswahlen vom Juni und Vertreter der Koalition der Linkskräfte, am Amtsantritt zu hindern.

Vom 13. bis 16. August kam in den Städten El Salvadors die Arbeit der Industriebetriebe, Behörden und Geschäfte zum Erliegen. Aufgerufen von der revolutionär-demokratischen Front, wurde ein Generalstreik gegen die volksfeindliche Politik der Regierungsjunta proklamiert. Den Arbeitern und den Angestellten in den Städten schlossen sich die Bauern an. Auch in Bolivien setzt das Volk ausländischen Pressemeldungen zufolge seinen bewaffneten Widerstand gegen die Militärjunta fort. In den Bergbauzentren Potosi und Oruro errichten die Kumpel Barrikaden. Im Untergrund konstituierte sich eine Regierung unter dem rechtmäßig gewählten Präsidenten Siles Zuazo.

Der Kampf der Volksmassen Boliviens und El Salvadors, mit denen die demokratische Weltöffentlichkeit solidarisch ist, wird — je furchtbarer die Reaktion in diesen Ländern wütet — immer intensiver.

W. DOLGOW

IM ZEICHEN DES ESELS

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Die Hauptfernsehzeit, die sonst immer für die teuersten Reklamesendungen reserviert ist, widmeten alle drei kommerziellen Hauptprogramme in der vergangenen Woche fast ausschließlich dem Konvent der Demokratischen Partei im New-Yorker Madison Square Garden. Und das US-Fernsehen tat natürlich alles, um aus diesem Anlaß eine große Show abzuziehen — so wie die Konventsorganisatoren vom Nationalkomitee der Demokraten.

Vor 20 Jahren durften sich Reporter und Kameraleute während der Sitzungen im Saal selbst nicht blikken lassen: Die Delegierten hatten zu arbeiten. Jetzt aber nahmen die 3531 Delegierten knapp die Hälfte der Sitze im Saal ein. Alle demokratischen Kongreßabgeordneten, die Gouverneure und ihre Stellvertreter, Funktionäre örtlicher Parteigruppen und großer Organisationen, ihre Angehörigen und Bekannten, 470 TV-Reporter und 250 Presseleute, 150 Serviceleute bei den Delegationen der Bundesstaaten und 100 Pförtner hatten Saalausweise.

Im Saal selbst herrschten Heidenlärm, Gedränge, ein fortwährendes Kommen und Gehen. Die Menschen diskutierten grüppchenweise, gingen an die Snackbar, gaben Interviews, pennten vor sich hin, hüteten Kinder, posierten vor TV-Kameras oder Fotoobjektiven, umarmten Bekannte. Die Reden liefen nach einem bestimmten Ritual ab, doch störten sie offenbar niemanden.

Für den Außenstehenden ist diese viertägige Show langweilig, ja sinnentleert. Fielen ja bei aller zur Schau gestellten Hektik die eigentlichen Entscheidungen nicht im Sitzungssaal, sondern z. B. im Sheraton Center (Carters Hauptquartier), im Waldorf Astoria (Kennedy) und im Statler Hilton, wo sich der Vorstand der Demokratischen Partei eingerichtet hatte. Der Ausgang des Konvents stand bereits am ersten Tag fest, als über folgende neue Prozedurregel abgestimmt wurde: „Alle Delegierten des Nationalkonvents sollen gebunden sein, für den Präsidentschaftskandidaten zu stimmen, zu dessen Unterstützung zumindest bei der ersten Konventsabstimmung sie gewählt wurden, bis der Kandidat sie schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet."

Sollte der Konvent diese Prozedur der Nominierung Carters, der die meisten Delegiertenstimmen bei den Primaries erhielt, bestätigen, wäre seine Aufstellung gesichert gewesen. Carter hat schon vor zwei Jahren mit seinem Wahlkampf begonnen. Die Annahme einer neuen Prozedurregel, die den Konvent an die Ergebnisse der Primaries bindet, war ein geschickter Coup, insbesondere angesichts der großen Möglichkeiten, die das Präsidentenamt für einen Sieg in der ersten Phase des Wahlkampfes bietet. Carter hat von diesen Möglichkeiten ausgiebig Gebrauch gemacht.

Die Entlassung der Delegierten aus ihrer Verpflichtung, entsprechend den Ergebnissen der Primaries zu stimmen, oder ein „offener Konvent" wäre Edward Kennedys einzige Nominierungschance gewesen. Doch es geht hier weniger um Kennedy als vielmehr darum, daß sich der Präsident und die anderen Spitzenpolitiker der Demokraten in den wichtigsten Fragen der Außen- und Innenpolitik als nicht überzeugend erwiesen haben. Dem Weißen Haus werden Führungsschwäche und Inkompetenz vorgeworfen.

Carter hat seinen Wahlsieg von 1976 vor allem Watergate zu verdanken, doch nahm er Rücksicht auch auf die Stimmungen der Wähler — daher die Versprechen, die Rüstungsausgaben zu kürzen, das Wettrüsten unter Kontrolle zu bringen und die Politik der Entspannung mit der Sowjetunion fortzuführen.

Jetzt, gegen Ende seiner vierjährigen Amtszeit, ist die Bereitschaft Carters, gegebene Versprechen zu „vergessen", geradezu sprichwörtlich geworden. Statt Rüstungskontrolle haben die USA eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet, wie der Beschluß für die Produktion und Stationierung der MX-Raketen und der Cruise Missiles, die Aufstellung der Eingreiftruppe und der rapide Anstieg der Rüstungsausgaben zeigen.

Die gleiche Militaristenlogik durchzieht auch die neue Nuklearkriegsdoktrin, die eine Woche vor Eröffnung des Konvents publik wurde. Die „Direktive 59" des Präsidenten verstärkt nicht nur die atomare Bedrohung und macht „das Undenkbare denkbar", sondern forciert auch das atomare Wettrüsten noch mehr, da sie, wie ihre Kritiker konstatieren, „erheblich größere und raffiniertere Kampfkräfte als die bestehenden verlangt".

Ebenso verheerend sind auch die Folgen der Wirtschaftspolitik der Administration. Carter, der sich vier Jahre später wieder um die Präsidentschaft bewirbt, hat der Nation „Vollbeschäftigung mit Preisstabilität" versprochen. Heute sind 8,2 Millionen Amerikaner (7,8 Prozent) erwerbslos. Da die Arbeitslosigkeit bei den Afroamerikanern und den anderen nationalen Minderheiten zumindest doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt, erlebte die kürzliche Jahreskonferenz der Nationalen Städteliga, einer großen afroamerikanischen Organisation, eine wahre Parade von Präsidentschaftskandidaten. Auf der Konferenz schwangen sich Reagan, Carter, Kennedy und der „unabhängige" Kandidat Anderson aufs Rednerpult. Sie alle versprachen Arbeit, doch kaum jemand glaubte ihnen.

Um die Politik des Weißen Hauses

Dieses Foto wurde in Süd-Bronx, einem Viertel von New York, gemacht, wo überwiegend Afroamerikaner leben. Die Fassade einer Ruine trägt die Aufschrift: „Gebrochene Versprechen". Hier hat sich unter Carters Präsidentschaft nichts geändert: Seine Wahlkampfreden blieben nur leere Worte.

Foto: TASS



ging es auch auf einem „Volkskongreß" in der New-Yorker Charlotte Street in Bronx vor dem Tagungsort der Demokraten. Dort appellierte man, eine gesamtnationale Bewegung für die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu bilden. Hat ja Carter gerade dort vor drei Jahren den Unterprivilegierten der Großstädte Hilfe versprochen. Bronx symbolisierte stets den Niedergang der Städte und die massive Verletzung der Rechte der nationalen Minderheiten. Und so ist es bis heute geblieben. Wo Carter 1977 stand, ist heute ein einfacher Sarg mit der Aufschrift „Die Versprechen Carters. 1977—1980" zu sehen.

Daß Washingtons Außenpolitik sogar in den USA selbst abgelehnt wird, machen auch Meinungsumfragen deutlich. Kurz vor dem Konvent sprachen sich nur 22% der Wähler für Carter aus — fürwahr ein Rekord der letzten Jahrzehnte! Nixon hatte vor seinem Rücktritt die Unterstützung von 25 Prozent der Wähler. Johnson zog seine Kandidatur zurück, als er bei Umfragen nur 32 Prozent erreichte.

Carter, der aus den Primaries als Sieger hervorgegangen war, hatte zum Zeitpunkt des Konvents paradoxerweise das Vertrauen der meisten Demokraten verloren. Deshalb waren die Forderungen nach einem „offenen Konvent" eine Art Meuterei, ein Versuch, in letzter Minute doch noch einen anderen Kandidaten zu finden. Die Spaltung in der Partei wegen Carters Kandidatur wurde für alle sichtbar, als diese Forderung von 40 namhaften demokratischen Kongreßabgeordneten unterstützt wurde. Das wiederholt vorgebrachte Argument aber, die Delegierten müßten den „Wählerwillen vollstrecken", hielt einer kritischen Betrachtung einfach nicht stand. Dem bekannten Publizisten und Historiker Theodor White zufolge wurden nur 18 Prozent der Delegierten in offener Abstimmung gewählt, die übrigen von den Parteibonzen der Demokraten ernannt.

Die Schlüsselrolle dabei spielte der bislang niemandem bekannte Tom Donilon, der speziell beim Weißen Haus angestellt wurde, um die Wahl der „nötigen" Konventsdelegierten zu gewährleisten und sie politisch „richtig" einzustimmen. Im März 1979 war er mit Hilfe des weitverzweigten Apparats der Demokratischen Partei und von 6000 Bürgermeistern, Gouverneuren und anderen Funktionsträgern tätig geworden, die durch Präsident Carter zu Amt und Würden gelangt waren.

Donilons Liste wies 1985 Delegierte auf — die absolute Mehrheit, die man nicht aus den Augen ließ. Als die Meuterei auf dem Konvent ihren Höhepunkt erreichte, wurden alle aufgeboten, um die Delegierten mit Zuckerbrot und Peitsche zu bearbeiten: der Präsident selbst und Mitglieder seiner Familie, das gesamte Kabinett, Parteiführer und -funktionäre sowie 350 Einpeitscher im Saal. In einem Trailer neben dem Saal hatte Carters Wahlkampfleiter Robert Strauss sein Büro.

Am gleichen Abend, an dem man über die Prozedurfrage abgestimmt hatte, gestand Kennedy seine Niederlage ein. Doch dabei verlangte er, daß der Konvent drei Zusatzanträge zum Parteiprogramm billigt. Einer von ihnen sah vor, 12 Md. Dollar für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm bereitzustellen. Dieses Amendement wurde vom Konvent gebilligt, doch von Carter abgelehnt, der sich nur allgemein positiv dazu äußerte, ohne dabei irgend etwas konkret zu versprechen. Ferner wurde der Zusatzantrag vorgeschlagen, auf die Produktion und Stationierung der MX-Raketen zu verzichten, „die ein neues Risiko schaffen, das schwerer wiegt als die militärischen Vorteile". Diesmal betätigte sich Verteidigungsminister Brown als Einpeitscher der Regierung. Letztlich wurde auch dieser Zusatzantrag niedergestimmt.

Carters Schlußrede gab keine Antwort auf die immer größeren Befürchtungen der Amerikaner und polierte das Image des Präsidentschaftskandidaten nicht auf. Setzt ja Carter darauf, den Wählern mit noch extremistischerem Programm der Republikaner Angst zu machen. Das zeigt nur ein weiteres Mal, daß die Demokraten kein eigenes positives Programm haben, das den Amerikanern Lösungen für die Lebensfragen der Nation offeriert.

New York, im August

NZ KOMMENTAR

MAKABRE ALLIANZ

Man sollte meinen, die Washingtoner Politiker könnten die Kampucheaner, die nach mehr als drei Jahren des Pol-Pot-Terrors endlich wiederaufatmen können, nun in Ruhe lassen. Selbst die westliche Presse gesteht ein, daß Kampuchea vor unseren Augen aus Ruinen wiederaufersteht, daß „die Menschen wieder lernen, zu lächeln". Doch manchen wären Tränen lieber.

Es wird immer deutlicher, daß nicht nur Peking, das die Pol-Pot-Henker hochpäppelte, jetzt auf diese Banden setzt. Das hat auch der Korrespondent der britischen Wochenzeitschrift „New Statesman" bei einem Thailandbesuch bemerkt. In Aranyaprathet an der kampucheanisch-thailändischen Grenze agiert eine amerikanische „Kambodscha-Notgruppe", [„KEG"], die dort tätige Pol-Pot-Banden unter ihren Schutz genommen hat. Über sie erhalten die Banditen Waffen und Ausrüstungen.

Warum haben die Amerikaner eine Rolle übernommen, die die „Times of India" zu Recht als „schändlich" bezeichnet! Um so zu versuchen, gemeinsam mit Peking eine umfassende strategische Konzeption in Indochina zu realisieren.

Die chinesischen Hegemonisten wagen einstweilen nicht, einen direkten Angriff auf Vietnam zu wiederholen. Sie fürchten, dabei eine noch schwerere Niederlage zu erleiden als 1979. Statt dessen will Peking Vietnam und die mit ihm befreundeten Staaten Laos und Kampuchea von hinten in eine strategische Zange nehmen, wobei die Spannungen in der Region durch massive Grenzprovokationen gehörig am Sieden gehalten werden. Darauf spekuliert auch der US-Imperialismus.

Ebendeshalb wird Thailand durch die gemeinsamen Anstrengungen Pekings und Washingtons zu einem Aufmarschgebiet für Aggressionsakte gegen die VR Kampuchea — ebenso wie Pakistan durch eben deren Bemühungen zum Ausgangspunkt für Operationen gegen Afghanistan wurde. Für die Drahtzieher der sich abzeichnenden Allianz ist es weniger wichtig, wozu ihre Konzeptionen aufrufen — zum Koran, zum Schatten Maos oder zu antikommunistischen Emotionen —, wenn sie die Menschen nur quälen und töten. Von Bedeutung ist für sie nur, durch Blutvergießen ihr frisch aus der Taufe gehobenes Bündnis zu festigen, das immer mehr nicht nur das Schicksal einzelner Völker, sondern den Frieden in ganz Asien bedroht.

D. WOLSKI

BRD

DOPPELBESCHLUSS—DOPPELBETRUG

Der den diplomatischen BRD-Kreisen nahestehende „Auslandskurier" teilt mit: „Der Westen nimmt die Antwort ernst, die Moskau jetzt mit erheblicher Verspätung auf sein Verhandlungsangebot zur Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa gegeben hat."

Der Autor soll die Bemerkung über die „Verspätung" und die Darstellung des Westens als Initiator mit seinem Gewissen abmachen. Wir wollen nur daran erinnern, daß der erste sowjetische Vorschlag zu den Mittelstreckenraketen schon am 6. Oktober v. J. an den Westen erging, während das NATO-Angebot, von dem der „Auslandskurier" schreibt, am 12. Dezember, d. h. neun Wochen später, gemacht wurde. Aber der Raketenbeschluß untergrub ja die eigentliche Verhandlungsgrundlage, und nur der gute Wille der UdSSR rettete die Lage: Sie war bereit, den von kalten Kriegern gebundenen gordischen Knoten mit neuen Vorschlägen zu lösen.

Ist es nicht klar, wem die Initiative gehörte? Aber nein, die bürgerliche Presse hält sich nach wie vor an die NATO-Formel, laut der der Block am 12. Dezember nicht nur die Stationierung neuer nuklearer US-Raketen in mehreren westeuropäischen Ländern guthieß, sondern auch einen sogenannten Doppelbeschluß faßte. Dessen zweiter Teil ist eben das Verhandlungsangebot an die Warschauer Vertragsländer.

Aber selbst gemäß dieser nicht eben wahrheitsgetreuen Formel ist der Westen jetzt am Zug. Anderthalb Monate sind seit Schmidts Moskaubesuch vergangen, man hört aber von den NATO-Ländern nur vage Versprechungen, die sowjetischen Vorschläge „in einem konstruktiven Geist" zu prüfen. Inzwischen haben die offenen und weniger offenen Entspannungsgegner ihre Umtriebe verstärkt. Die einen reden der Öffentlichkeit schon ein, die sowjetischen Vorschläge seien „unzureichend". Andere — wie der CSU-Führer Franz Josef Strauß — schokken damit, die UdSSR wolle den „Verteidigungswillen" des Westens einschläfern.

Selbst wenn die NATO im Dezember einen Doppelbeschluß faßte, scheint sein zweiter Teil schon eingefroren zu sein. Was dagegen die Pläne für die Produktion von US-Raketen und ihre Unterbringung in Europa angeht, so ist hier eine große Belebung festzustellen. Der westdeutschen Presse zufolge wird in vielen Gebieten der Bundesrepublik mit Volldampf die Dislozierung der neuen US-Raketen vorbereitet.

HORN VON AFRIKA

GEFÄHRLICHE ABMACHUNG

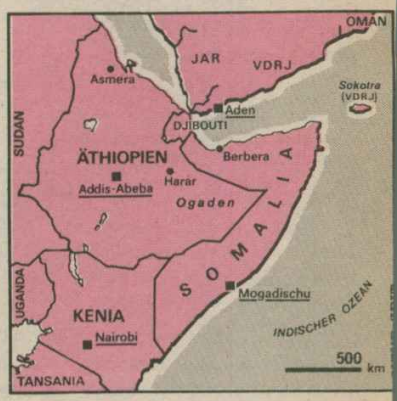
Die Lage am Horn von Afrika hat sich in letzter Zeit wieder zugespitzt. Laut Radio Addis Abeba führen Verbände der äthiopischen Revolutionsarmee und die Volksmilizen Operationen zur Bekämpfung von Einheiten der regulären somalischen Armee durch, die in Äthiopien eingedrungen sind. Im vorigen Heft der „Neuen Zeit" schrieben wir, daß das Streben der USA nach Militärstützpunkten in Somalia die Lage am Horn von Afrika hochgradig destabilisiert. Heute weiß man Näheres.

Washington träumt davon, den Indischen Ozean zu einem „Mare nostrum" zu machen, und so sucht der USA-Imperialismus unter den Küstenländern nach Verbündeten, die bereit wären, für ein geringes Entgelt ihr Territorium zur Anlegung von USA-Militärstützpunkten zu überlassen. Auch am Horn von Afrika hat er sich einen Verbündeten gefunden. In Washington erwartet man gegenwärtig eine somalische Delegation, um mit ihr Einzelheiten eines im Prinzip schon erreichten Abkommens zu erörtern, das dem Pentagon einen Militärstützpunkt in Somalia zusichert.

Was hat die somalische Führung dazu bewogen? Nun, die USA-Imperialisten versprechen laut Abkommen 40 Mio Dollar jährlich zur Bezahlung von Waffenlieferungen; eine verhängnisvolle Rolle spielten die Expansionsbestrebungen Mogadiscios in bezug auf die Nachbarstaaten, in denen ein Teil der Bevölkerung Somali spricht.

Mit der Verwirklichung ihrer ehrgeizigen Pläne begannen die somalischen Führer 1977, als sie in Ogaden einfielen. Sie benutzten den Umstand, daß Äthiopien, in dem kurz zuvor eine Revolution vollzogen und das feudale Regime gestürzt worden war, noch nicht stark genug war, die Aggressoren zurückzuschlagen. Es gelang den Somali, Ogaden zu okkupieren. Aber 1978 brachte Äthiopien den Aggressoren eine vernichtende Niederlage bei und vertrieb sie vom besetzten Territorium.

Nach der Zurückschlagung der Intervention trat das äthiopische Regime mit konkreten Vorschlägen zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität am Horn don Afrika hervor. Es forderte den Nachbarstaat auf, sich in ihren zweiseitigen Beziehungen an die Prinzipien der Unantastbarkeit der Grenzen, der Nichtanwendung von Gewalt und der Nichteinmischung zu halten.



Die weitaus meisten afrikanischen Länder unterstützten die Position Äthiopiens und bewerteten die Handlungen Somalias als Aggression. In den Ansprüchen auf Ogaden sahen sie den Verstoß gegen ein Hauptprinzip der OAU (Organisation der Afrikanischen Staaten): Wie die nationalen Grenzen auch beschaffen sein mögen, dürfen sie nicht durch Gewalt verändert werden. In Afrika, wo die Grenzen noch zur Zeit seiner Aufteilung zwischen den Kolonialmächten gezogen wurden, sind viele ethnische Gemeinschaften infolge dieser Willkür zuerst in verschiedene Kolonien und dann in Staaten geraten. Man kann sich denken, welch schwere Folgen Versuche hätten, die

Dieser Tage wurden die Einwohner von Donnersberg durch die Nachricht alarmiert, ganz in der Nähe seien 200 Munitionsbunker im Entstehen. Schon sind 40 ha Wald abgeholzt worden. Die Einwohner des Städtchens sind überzeugt, daß an dieser Stelle ein Wald von „Pershing"-Raketen wachsen wird. In Rheindalen an der holländischen Grenze, wo die NATO ihr Hauptquartier hat, werden 52 neue Lager gebaut.

Auf eine Anfrage der DKP-Sektion Mönchen-Gladbach antwortete ein NATO-Vertreter, die Lager seien für „leichte Militärtechnik" bestimmt. Hier wird nicht ausgeschlossen, daß die Rede von mobilen Startrampen für Cruise missiles ist.

Seit einem halben Jahr versichern die rechten BRD-Politiker, am NATO-Raketenbeschluß seien beide Aspekte — sowohl die Stationierung als auch die Verhandlungen — gleich wichtig. Aber Fakten zeugten davon, daß der zweite nur dazu diente, den ersten zu tarnen.

Die Wechselfälle der Raketenverhandlungen beunruhigen die Öffentlichkeit. Bundeskanzler Schmidt fühlte sich deshalb veranlaßt, den „Nürnberger Nachrichten" ein Interview zu geben, um einiges zu erläutern. Die europäischen NATO-Länder seien seit seiner Rückkehr aus Moskau an der Vorbereitung der Verhandlungen beteiligt: „Ich rechne im Spätherbst oder Winter mit offiziellem Verhandlungs- oder Gesprächsbeginn zwischen West und Ost".

Die Führung der Bundesrepublik hält es für nötig, vor den Wahlen noch einmal den Zusammenhang zwischen der Zukunft des Landes und der Entspannung hervorzuheben. So denken hier nämlich die meisten Wähler, die eine konstruktive Antwort des Westens auf die sowjetischen Vorschläge erwarten.

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Bonn, im August

Grenzen der afrikanischen Länder unter dem Vorwand, die zersplitterten ethnischen Gruppen im Rahmen des einen oder anderen Staates zu vereinigen, mit bewaffneter Gewalt umzumodeln.

Trotz der Niederlage 1978 und der Verurteilung durch die OAU lehnten die somalischen Führer die friedensdienlichen Vorschläge Äthiopiens ab. Somalia erhielt große Partien von USA-Waffen und ging im Mai d. J. erneut zu direkten aggressiven Handlungen über. An einzelnen Gefechten, zu denen es in Ogaden im Juni und Juli kam, nahmen somalischerseits bis zu 14 000 Soldaten teil, die mit modernsten Waffen ausgerüstet waren. Die Aggressoren wichen vor den Schlägen der äthiopischen Armee zurück und ließen zahlreiche Geschütze, Panzerwagen, Raketenwaffen aus den USA, anderen NATO-Ländern und aus China auf dem Schlachtfeld. In Addis Abeba betrachtet man das als einen Beweis für die Abmachung Somalias mit dem internationalen Imperialismus, der seine Expansionsgelüste fördert, um die eigenen strategischen Ziele zu erreichen und die Lage in Äthiopien zu destabilisieren.

In den USA verhehlt man nicht mehr, daß eine solche Abmachung in der Tat besteht. Somalia, schreibt die „Washington Post" im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch der somalischen Delegation, befinde sich näher zum Persischen Golf als Kenia (wo die USA ebenfalls nach Militärstützpunkten gieren). Außerdem habe Somalia eine Betonpiste von 15 000 Fuß und Hangars. All das veranlasse die USA „zu einer potentiellen Teilnahme ... am anhaltenden bewaffneten Kampf zwischen Somalia und Äthiopien", und zwar durch Gewährung von Krediten für den Ankauf von Munition und „Verteidigungswaffen". Das Wörtchen „Verteidigung" kann natürlich niemanden irreführen, den Mogadisciu benötigt Offensivwaffen.

Die offene Unterstützung, die Washington der Expansionspolitik Mogadiscius erweist, beunruhigt Afrika ernst. Die Wochenschrift „Afrique nouvelle" (Senegal) schreibt: Die „Verstärkung des Militärpotentials des somalischen Regimes" durch die USA werde unvermeidlich einen neuen militärischen Konflikt entfachen, da Somalia auch auf Territorien in Kenia scharf sei.

Am 18. August trat in Lagos (Nigeria) ein OAU-Sonderausschuß für Beilegung des somalisch-äthiopischen Konfliktes zusammen. An den Sitzungen nehmen acht Staaten und beide Interessenten teil. Die äthiopische Delegation berichtete ausführlich über die andauernde Intervention Somalias gegen Äthiopien und legte den Standpunkt Addis Abebas zur Situation dar.

J. BOTSCHKARJOW

NZ KOMMENTAR

TOKIOS ZIELE

Vor kurzem veröffentlichte das japanische Verteidigungsministerium ein von der Regierung bestätigtes Weißbuch und ein Sonderausschuß des japanischen Außenministeriums fast gleichzeitig einen Bericht über Probleme der Landessicherheit im laufenden Jahrzehnt.

Seit Monaten wird in Japan heftig über militärische Fragen diskutiert. Der Grund ist, daß Washington in letzter Zeit die japanische Regierung unerhört unter Druck setzt, um von seinem Partner einen größeren „Verteidigungsbeitrag" zu erzwingen. In Japan selbst aktivieren sich Kräfte, die sich seit langem mit den Plänen einer beschleunigten Militarisierung tragen.

Eine Analyse beider Dokumente zeigt: Die herrschenden Kreise Japans gehen das Risiko ein, sich in den 80er Jahren in das Wettrüsten einzuschalten. Das Weißbuch sieht weitere Bewilligungen für den Ausbau und die Modernisierung der Streitkräfte, für ihre Ausrüstung mit modernsten Waffen vor. Wie die Zeitung „Asahi" mit Recht schreibt, „empfindet man darin eine beträchtliche Abweichung vom Entspannungskurs". Die Pläne der militärischen Kreise werden schon in die Tat umgesetzt. In Tokio heißt es, daß das Militärbudget im nächsten Finanzjahr um 9,7 höher liegen und 2446 Md. Yen [!] betragen wird. Das Land einer „friedlichen Verfassung", das formal nicht eine Armee, sondern nur „Selbstschutzkräfte" besitzt, steht bald, was seine Militärausgaben beträgt, an 6. Stelle in der Welt. Wie aus dem Dokument des Außenministeriums hervorgeht, wird sogar erwogen, entgegen der Verfassung japanische Truppen ins Ausland zu schicken.

Die Ausarbeitung der militaristischen Pläne wird von einer lauten Propagandakampagne begleitet. Ihr Angelpunkt sind die Lügenmärchen von einer „sowjetischen Bedrohung". Das Weißbuch strotzt von solchen Erfindungen. Es ist kein Zufall, daß sich die führenden Oppositionsparteien Japans bei allen Unterschieden ihrer politischen Plattform im Urteil über das Weißbuch einig sind. Laut „Yomiuri" betrachten sie es als ein Programm „dafür, die Streitkräfte zu vergrößern und Japan in die antisowjetische USA-Strategie einzubeziehen".

Das Weißbuch ist kurz vor dem 35. Jahrestag des Zusammenbruchs des japanischen Militarismus veröffentlicht. Wie man sieht, vergessen gewisse Leute in Tokio allmählich die Lehren der Geschichte.

N. LOSSINSKI

VOR ENTSCHEIDENDEN KÄMPFEN

Eduard KOWALJOW

In diesem Herbst stehen in Portugal fällige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bevor, die die dortige Entwicklung wesentlich beeinflußen werden. Das Land wird die Schwierigkeiten der letzten Monate überwinden und den am 25. April 1974 eingeschlagenen Weg der Demokratie und des sozialen Fortschritts weitergehen, wenn es den Feinden der Aprilrevolution standhalten kann. Andernfalls droht Portugal eine Rückentwicklung.

Die Lage ist verwickelt und gefährlich, da die Bedrohung von rechts immer akuter wird. Die Reaktion will das demokratische Regime vernichten, während die Werktätigen fest entschlossen sind, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

Die für den 5. Oktober — den Tag der Ausrufung der Republik — anberaumten allgemeinen Parlamentswahlen gewinnen eine außerordentliche Bedeutung.

Das neue Parlament soll über die gewöhnlichen legislativen Funktionen hinaus noch das Recht haben, die bestehende Verfassung zu revidieren, die den Rechtskreisen, weil fortschrittlich, nicht in den Kram paßt.

Am Wahlkampf beteiligen sich im Grunde drei politische Gruppierungen. Die eine ist die „Demokratische Allianz" (AD), eine regierende Koalition bourgeoiser rechtszentristischer Parteien; der zweiten Gruppierung, der von den Sozialisten vor einigen Wochen gebildeten „Republikanischen sozialistischen Front", gehören außer der SP die „Bewegung der linken Sozialisten und Demokraten" (UESD) und die „Association der unabhängigen Sozialdemokraten" an. Es heißt, man könne die Reaktion erfolgreich ohne Zusammenarbeit mit den Kommunisten bekämpfen. Die SP-Führer liieren sich mit ihnen nahestehenden Links- und Rechtsgruppierungen und wollen so wieder die führende Rolle übernehmen, die sie nach der vernichtenden Niederlage bei den Zwischenwahlen im Dezember 1979 einbüßten. Die Wähler haben sich damals von der SP abgewandt, weil deren antikommunistisch gesinnten Führer vor den Rechten kapitulierten.

Die Interessen der Werktätigen vertritt das Bündnis für die Einheit des Volkes (APU), dem die Portugiesische Kommunistische Partei und die Portugiesische Demokratische Bewegung angehören. Die beiden politischen Kräfte vereinigen Vertreter der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz. Das APU-Wahlprogramm zielt darauf ab, die revolutionären Errungenschaften und die fortschrittliche Verfassung zu behaupten, die demokratische Ordnung zu konsolidieren.

Im Oktober werden sich 7 Millionen Wähler dazu äußern, was sie von der neunmonatigen Tätigkeit der Rechte-Zentrums-Regierung und davon halten, wie sie ihren Versprechen gerecht wurde. Bekanntlich hat der AD im Dezember 1979 die großspurige Wahllosung über die Notwendigkeit günstiger „Umgestaltungen" für die gesamte Nation zur Macht verholfen. Was da nicht alles versprochen wurde: Einhaltung der Verfassung und der bestehenden Gesetze, „wirksame Besserstellung der Bevölkerung", Schaffung einer „neuen Wirtschaft" und eines „demokratischen, dezentralisierten und wirksamen Staatsapparats", der „den sozialen Frieden, die Freiheit und den Fortschritt" fördern würde. Die Wähler sollten endlich „Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und Zukunftsgewißheit" bekommen.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus?

In demokratischen Kreisen sagt man, die Regierung habe die Gesetze nicht beachtet und mehrere Verfassungsbestimmungen im eigenen Interesse mißbraucht. Die Wirtschaftspolitik sei zugunsten des Großkapitals ausgerichtet, was die Lebensbedingungen der Werktätigen und vieler Vertreter der Mittelschichten jäh verschlechterte. Die Regierung habe sich nur darum bemüht, die Herrschaft der Monopole und der Latifundisten im ökonomischen und politischen Leben wiederherzustellen.

Die „Allianz" versuchte, die portugiesischen Schlüsselindustrien zu reprivatisieren, in der Folge auch die Banken, Versicherungsgesellschaften, Hütten-, Zement-, Petrolchemie- und Düngemittelbetriebe sowie andere Industrien. Das sollte nicht durch eine offene Reprivatisierung geschehen, sondern dadurch, daß dem großen Privatkapital, auch dem fremden, gestattet würde, neue Privatunternehmen zu gründen, die dann die verstaatlichten erdrosseln könnten. Die Pläne der Rechtskräfte wurden jedoch von dem Verfassungsausschuß, dem Revolutionsrat und vom Präsidenten der Republik durchkreuzt, was die Werktätigen, ihre politischen und Gewerkschaftsorganisationen mit Genugtuung wahrnahmen.

Auch ist die AD-Regierung gegen die Bodenreform vorgegangen. Oberstleutnant Melo Antunes, ein Mitglied des Revolutionsrates, sagte, das sei eine Tätigkeit zur „Wiederherstellung des durch die Revolution vernichteten Latifundiensystems".

Im Zuge der Bodenreform wurden 550 landwirtschaftliche Genossenschaften gegründet, die die Regierung jetzt abschaffen will. Den Bauern der Provinzen Alentejo, Ribatejo und Estremadura, die nach der Bodenreform 1,2 Mio ha Boden bekamen, wurden mehr als 380 000 ha wieder abgenommen. Dafür bekamen unter Sa Carneiro die ehemaligen Latifundienbesitzer 250 000 ha Ländereien zurück. Viele von ihnen konnten ihren Landbesitz fast gänzlich wiederherstellen, indem sie Hintertürchen benutzten, die das neue Agrargesetz offenläßt.

Das Kabinett steuert auf eine allmähliche Liquidierung der demokratischen Ordnung zu. Das PKP-Wahlprogramm stellt fest, daß die Regierungsmitglieder ihr „totalitäres und diktatorisches Gebaren" bewiesen haben, daß ferner die Politik der Behörden die sozialen und politischen Konflikte zugespitzt und zu neuen Konflikten sowie zu Reibungen in den Organen der Staatsmacht geführt habe, unter anderem zu Kollisionen zwischen dem Präsidenten und der Regierung. Eine strenge Zensur wurde eingeführt. Man verfolgt Andersdenkende; im Staatsapparat und in den Massenmedien werden Säuberungen vorgenommen, um Unerwünschte auszubooten.

Man kann viele Beispiele anführen, wie es in Portugal zugeht. So bekam Frau Pintassiglo, die bis Dezember 1979 Ministerpräsidentin war, ihre frühere Stellung als Portugals Vertreterin in der UNESCO nicht wieder, weil die AD-Führer dagegen waren. Aus demselben Grunde konnte sich auch Melo Antunes um den Posten des stellvertretenden UNO-Generalsekretärs für Wissenschaft

und Technik nicht bewerben, obwohl sich Kurt Waldheim für seine Kandidatur ausgesprochen hatte. In mehreren Ländern wurden die portugiesischen Botschafter gewechselt. Im ersten Monat der AD-Regierung wurden bereits die Verwaltungsräte in Funk und Fernsehen vollkommen neu besetzt und in den Redaktionskollegien von 3 großen Lissabonner Zeitungen Umbesetzungen vorgenommen.

Die Politiker von der „Allianz" streben auch in den Streitkräften antidemokratische Änderungen an. Sie wollen den revolutionär gesinnten Offizieren politisch unreife und sogar reaktionäre Militärs entgegenstellen. Der Höhepunkt dieser Wühlkampagne ist die Aufstellung der Kandidatur des Generals Soares Carneiro (der denselben Namen trägt wie der jetzige Ministerpräsident) für die Präsidentschaftswahlen im Dezember. Die AD bemüht sich, mit dieser Person alle Gegner der Revolution zu vereinigen. Die linken Kreise erinnern warnend daran, daß der berüchtigte General für die Aprilrevolution nichts übrig hat, daß er mit dem gestürzten Regime eng verbunden war und nach der Revolution sogar wegen seiner Wühlarbeit verhaftet worden war. General Carneiro ist mit dem rechtszentristischen Kurs voll einverstanden und befürwortet eine gründliche Revision der Verfassung.

Die „Allianz" hat den Wahlkampf gestartet. Sie wirbt für General Soares Carneiro und stellt ihn dem jetzigen Präsidenten, General Ramalho Eanes, gegenüber, wobei die mit so viel Mühe erlangte Einheit in der Armee untergraben wird. Die Rechten verfolgen das weitreichende Ziel, die Streitkräfte zu spalten und jene Militärs zu isolieren, die den April-Idealen treu bleiben; sie rechnen damit, auf diese Weise die nach der Revolution vollzogenen politischen, sozialen und ökonomischen Umgestaltungen leichter rückgängig zu machen.



Vor kurzem fand in Lissabon eine Demonstration statt, deren Teilnehmer Informationsfreiheit und Abschaffung der Zensur forderten.
Aus „Avante" (Portugal)

Auch die Außenpolitik des Landes hat sich von Grund auf geändert, weil die AD Lissabon zu einem eifrigen NATO-Partner machen, seine militärischen Anstrengungen aktivieren und die normalen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern verderben will. Die Linkskräfte halten diesen Kurs für unheilbringend, unter anderem weil er Portugal in eine „neue Isolation" von den meisten Ländern Westeuropas bringt, die die Entspannung befürworten.

Portugals Volk kann bei den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der Reaktion Widerstand leisten und die Errungenschaften der Revolution in Schutz nehmen, wenn sich alle Kräfte der Demokratie und des sozialen Fortschritts vereinigen. Das ist der einzig richtige Weg. In der Rede anläßlich des Pressefestes der Zeitung „Avante" sagte Alvaro Cunhal, der Generalsekretär der PKP: „Deshalb schlagen die Kommunisten als Alternative zur reaktionären Regierung nach wie vor Einvernehmen, Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen aller demokratischen Kräfte vor, in erster Linie der PKP und der SP."

So könnte zum Parlament eine demokratische Mehrheit gewählt und auf dieser Grundlage eine neue Regierung gebildet werden, die Portugal eine Entwicklung im Sinne der Revolution der roten Nelken sichern würde. ■

NZ KOMMENTAR

UM JERUSALEM

Der Beschluß der Begin-Regierung, Jerusalem zur „ewigen und unteilbaren" Hauptstadt Israels zu erklären, und die „Bestätigung" dieses Beschlusses durch die Knesset haben in der arabischen Welt eine stürmische Reaktion ausgelöst. In der Presse des Nahen Ostens werden Befürchtungen laut, diese Aktion könne Begin, falls ungestraft, dazu veranlassen, jetzt alle besetzten Gebiete, einschließlich des von seinen Marionetten kontrollierten Teils Libanons, Israel einzugliedern. Angesichts einer solchen Entwicklung hat sich Saudi-Arabien an die islamischen Länder mit dem Aufruf gewandt, den „heiligen Krieg" „als einzig mögliche Antwort auf die Unversöhnlichkeit der Zionisten" zu erklären. Die islamischen Länder, die dem Jerusalem-Komitee angehören, riefen auf seiner Sondersitzung in Casablanca zum politischen und wirtschaftlichen Boykott all jener Staaten auf, die Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennen.

Doch offenbar wollen die Akteure von Camp David nicht mit der Haltung der islamischen Staaten rechnen. In der Plattform, die die Demokratische Partei der USA auf ihrem Konvent annahm, findet die Proklamierung Jerusalems zur „Hauptstadt Israels" sogar Unterstützung. Und Sadat hat seinen Briefwechsel mit Begin wiederaufgenommen, in dem er diesen anflehte, die Jerusalemfrage für spätere Verhandlungen offenzulassen. Begin hingegen erklärt in seinen Antwortschreiben, das „wiedervereinigte" Jerusalem müsse die „ewige Hauptstadt Israels bleiben" und die jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland würden nie geräumt werden.

Sadat paßt offenbar vor der Frechheit Begins. Er hat nichts besseres gefunden, als vorzuschlagen, die festgefahrenen Gespräche bis zum Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu unterbrechen. Doch im Weißen Haus, wo man Camp David als einzigen diplomatischen Erfolg Carters ansieht, möchte man auf keinen Fall deutlich werden lassen, daß die Gespräche in einer Sackgasse sind. Carter entsendet als seinen Sondervertreter S. Linowitz in den Nahen Osten, um so beide Seiten doch noch dazu zu bringen, den Jerusalem-Streit beiseite zu schieben und die Verhandlungen über eine „Palästinenserautonomie" wiederaufzunehmen. Die Weltöffentlichkeit verlangt eindringlich, daß Tel Aviv endlich gezügelt wird. Eine Explosion im Nahen Osten muß verhindert werden!

J. SKURATOW

NUR NEUAUFLAGE

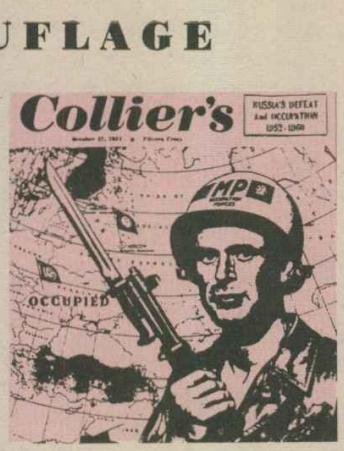
Manche Politiker sind geistig so minderbemittelt, daß sie „neue" Ideen nur aus alten Kommoden hervorzaubern können.

Die Welt ist alarmiert über die „neue Nuklearstrategie" der USA, die in der „Präsidentendirektive Nr. 59" dargelegt ist. Gewisse Leute überlegen schon, welche Städte und Militärobjekte der Sowjetunion „Erstschlagsobjekte" der US-Nuklearstreitkräfte werden können. Eine neue schmutzige Welle der Kriegspsychose hat eingesetzt, um das Ansehen der jetzigen Administration zu heben, die angeblich das neueste Mittel der amerikanischen Politik gefunden hat.

Doch was heißt hier eigentlich neu? Kritische westliche Beobachter erinnerten daran, daß Varianten einer solchen Strategie bereits in den 60er Jahren auftauchten. Doch man kann und muß weiter zurückgehen, in die 50er Jahre. Kürzlich erschien im „Houston Chronicle" ein Artikel des Geschichtsprofessors Francis Loewenheim, eines Experten für die Außenpolitik der Zeit Trumans und Eisenhowers. Prof. Loewenheim konnte die Tagebücher von Präsident Truman einsehen, die lange Zeit in den geheimsten Privatarchiven des Ex-Präsidenten aufbewahrt und erst jetzt zugänglich wurden.

Der Fund ist durchaus bemerkenswert. Zweimal — am 27. Januar und am 18. Mai 1952 — befaßte sich der Präsident direkt mit der Möglichkeit eines „präventiven" Atomschlages gegen die Sowjetunion und China. In einer Notiz aus der Zeit des Koreakrieges schrieb er: „...Jetzt wäre ‚ein zehntägiges Ultimatum' an die Sowjetunion die ‚richtige Entscheidung,' wenn aber das Ultimatum wirkungslos bliebe, dann ‚werden wir alle Häfen oder Städte, die zur Erreichung unserer friedlichen Ziele notwendig sind, zerstören'."

Und weiter: „Das bedeutet den totalen Krieg. Das bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Peking, Schanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa,



Titelblatt der US-Zeitschrift „Collier's", die im Oktober 1951 den Plan eines Nuklearangriffs auf die UdSSR enthüllte

Stalingrad und viele Industriebetriebe in China und in der Sowjetunion vernichtet werden. Das ist die letzte Chance der Sowjetregierung, zu entscheiden, ob sie überleben will oder nicht."

Das waren nicht nur Gedankenspiele eines Präsidenten, dessen Geographiekenntnisse auf dem Stand einer amerikanischen Provinzschule geblieben sind. General Thomas Power, ehemals stellvertretender Oberbefehlshaber der strategischen Luftwaffe, schrieb in seinen Memoiren: „1952 sollte ich erfahren, wie nah wir daran waren, Atombomben einzusetzen, um unsere Truppen zu retten... Ich wurde damals beauftragt, Einheiten des strategischen Luftwaffenkommandos für solche Aktionen in Einsatzbereitschaft zu versetzen."

Nicht 1952, sondern viel früher schon begann Präsident Truman derartige entsetzliche Pläne auszubrüten. In unserer Zeitschrift (Heft 7—9, 1980) wurden US-Dokumente von 1945 mit einem detaillierten Plan für die atomare Zerstörung 20 sowjetischer Städte veröffentlicht. Später nahmen diese Pläne die Gestalt der berüchtigten O an. Und obg diese Codebe enthüllte die lier's" im Ok eines für Atomkrieges Die Urheber schen Plans alle „Folgen" zu ... Olymp einem von U Moskau...

Präsident C wenige „Vork er seinen Pla schlag jetzt hinstellt, wu von Truman ausgeführt. I Wahlkampfs Präsident un türlich nicht bewenden la en einmal üb denken, die seine Nachfo ten, derartige ne zu verwir

LACHENDE FISCHE

Die „Washington Post" verbreitet gern Sensationen, besonders solche antisowjetischer Art.

Kürzlich unternahm sie einen weiteren derartigen Versuch — diesmal bei den sowjetisch-japanischen Fischereibeziehungen. Der Korrespondent des Blattes, W. Chapman, ging auf Sensationsjagd, und zwar auf Hokkaido, dem Zentrum der Fischereiindustrie Japans. Der Korrespondent bereiste Fischersiedlungen auf der Suche nach „Repressalien der Russen gegen japanische Fischer", nach einer „Bedrohung" der Insel, doch die Wirklichkeit wollte sich absolut nicht in dieses Schema pressen lassen.

W. Chapman mußte also widerwillig eingestehen, daß „Sektionen der japanisch-sowjetischen Freundschaft eine sehr verbreitete Erscheinung auf ganz Hokkaido sind", die Russen „die Herstellung kultureller und Handelsbeziehungen" anstreben und die Japaner, die an der Entwicklung des Handels und der Fischerei interessiert sind, „ihnen dabei entgegenkommen, indem sie Zentren für Freundschaft und kulturelle Verbindungen errichten". Aus einer antisowjetischen Sensation wurde nichts.

Kein Wunder: Die UdSSR berücksichtigt die Interessen der japanischen Fischer, indem sie ihnen den Fischfang in von ihr kontrollierten Gewässern ermöglicht — anders als z. B. die USA, die die Japaner aus den traditionellen Fischfanggebieten vor der amerikanischen Küste vertreiben wollen. Die gutnachbarliche Haltung der UdSSR wurde übrigens bei den japanisch-sowjetischen Fischereiverhandlungen in diesem Frühjahr bekräftigt. Und das weiß man gerade auf Hokkaido sehr wohl.

Doch die „Washington Post" scherte sich gar nicht um Tatsachen. Sie läßt Mr. Chapman gegen die Bewegung der japanisch-sowjetischen Freundschaft, gegen die japanischen Fischer hetzen. An allem sei ja die „Fisch-gegen-Freundschaft-Kampagne" schuld. Man müsse der Gesellschaft für japanisch-sowjetis treten, um ungestört dem Fischfan nen. Das Mitgliedsbuch der Ges den japanischen Fischern eine „w lung durch die Russen und wende ger Haft auf Sachalin oder in Sibi Mr. Chapmans Gesprächspartner dustrielle Muto aus Kushiro dera schieden zurückweisen, stört das keineswegs. Will er ja die Sektio gesellschaft selbst diskreditieren.

Der „Washington Post" zufolge paner gegen Fischfangrechte als kann da natürlich keine Fakten of los wird behauptet: „Bekanntlich Angaben über Zahl, Bewegung, tionen der japanischen Selbstverte Hokkaido". Nach derartigen Erdi mige Auslassungen schon nicht m lich, „der wirtschaftliche Druck de könne zusammen mit der Verstär Militärpotentials ... allmählich schüchtern und ihn zu einer umfa an Moskau bringen". Wieder ein einer „Totalinfiltration" durch die sen" eingeschüchtert werden.

Die „Washington Post" geht n antisowjetischen Fischfang. Sein (Heft 28, 1978) eine Falschmeldu die „Spionage" sowjetischer Fisc schen Küste. Diesmal reizte die her. Ihre Phantastereien über die litik wurden reichlich mit Hetze Fischer gewürzt — in der eindeut terentwicklung der gutnachbarlic schen der UdSSR und Japan zu st derartigen Lügenartikel lachen ja

n „Dropshot"
nur wenige
ung kannten,
hrift „Col-
951 den Plan
vorgesehenen
die UdSSR.
provokatori-
buchstäblich
us, bis hin
Spielen in
pen besetzten

hat also nicht
". Selbst wenn
einen Erst-
was „Neues"
ser Gedanke
en Memoiren
Hitze des
es der Herr
Berater na-
nem Plagiat
och sie soll-
Gründe nach-
und später
ran hinder-
balische Plä-

ESYMENSKI

ndschaft bei-
ehen zu kön-
allein sichere
nde" Behand-
fahr langjähri-
Und obgleich
bekannte In-
ndungen ent-
rrespondenten
Freundschafts-

n manche Ja-
ne". Das Blatt
doch skrupel-
einige Schiffe
g und Opera-
streitkräfte auf
sind langat-
erlich erstaun-
auf Hokkaido
sowjetischen
l Japans ein-
n Annäherung
der Leser mit
ckischen Rus-

erstenmal auf
nthüllten wir
Zeitung über
ler amerikani-
ton Post" hö-
che Japanpo-
e japanischen
icht, die Wei-
ehungen zwi-
ch bei einem
e Fische.

LOBANOW

UNDANKBAR

Bekanntlich hat Nikaraguas Ex-Diktator Anastasio Somoza seit August 1979 Unterschlupf in Paraguay gefunden, wo er zusammen mit seinen nächsten Angehörigen und Parasiten auf persönliche Einladung Stroessners lebt. Eine langjährige Freundschaft verbindet die beiden Diktatoren. Doch es sieht ganz so aus, als sei es damit jetzt vorbei.

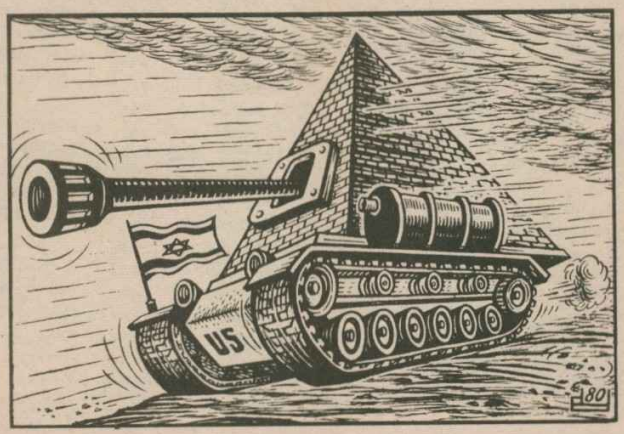
Somoza ist nach seiner „Vertreibung" endgültig ein gewöhnlicher Trunkenbold und Radaubruder geworden. „Newsweek" zufolge hausen Somoza und seine Mafia wie ständig besoffene Wilde. Somoza tituliert seinen ehemaligen Beschützer, den US-Präsidenten, jetzt nur „Bastard", und die Mitarbeiter des State Department sind für ihn eine „Betrügerbande".

Höchst undankbar ist er auch für die ihm erwiesene Gastfreundschaft. Die Somoza-Bande, die nach ihrer Ankunft eine Luxusvilla in einem aristokratischen Vorort von Asunción bezog, hat diese in einen Augiasstall verwandelt. „Sie haben Tomaten an die Wände geschmissen, die Möbel demoliert und den Garten verwüstet", klagt man in der Hauptstadt.

Kürzlich wollte Somoza die Freundin eines Ex-Schwiegersohns Stroessners, Chefredakteur eines der größten Blätter von Asunción, verführen. Doch der verpaßte Somoza einen Denkzettel. Wenig später kam es zu einem anderen Skandal, bei dem diesmal Somoza jun. die Hauptrolle spielte. Auf einem Empfang setzte er einer Unbekannten zu, die sich dann als Stroessners Schwiegertochter entpuppte. Am nächsten Morgen mußte der Möchtegerncasanova das Land verlassen.

Die Paraguayer würden auch von Somoza selbst gern Abschied nehmen, schreibt „Newsweek" — und übrigens von Stroessner auch.

S. MICHAILOW



Der unter Kontrolle der USA geschlossene ägyptisch-israelische „Friedensvertrag" legt das Fundament zu einer gegen die arabischen Länder gerichteten Militärallianz

„Made in Camp David"

Zeichnung: W. Tschakiridis

BERUHIGUNGSKUGELN

Kürzlich beklagte sich der Polizeipräsident von Bremen über einen akuten Mangel an Waffen zum Einsatz gegen „militante" Demonstranten.

Problematisch ist nur, daß weder die Firma noch die Polizei den erforderlichen „Sicherheitsabstand" zwischen den Demonstranten und



Doch die Firma Heckler & Koch will da für Abhilfe sorgen. Ihre Großkaliberpistole HK69A1 arbeitet leise und hat einen schwachen Rückstoß. Sie ist leicht zu bedienen und von einfacher Konstruktion. Zwei durch eine Nylonfaser verbundene Gummikugeln teilen sich mit hoher Präzision bei Erreichen des Ziels und werfen dem Gegner eine Art Lasso über.

einem mit einer solchen Pistole bewaffneten Polizisten zu gewährleisten vermag. Aus zu geringer Entfernung können die Beruhigungskugeln Demonstranten ins Jenseits befördern.

L. SMIRNOWA

Foto: „Der Spiegel"

SKLAVENHANDEL

„Rule, Britannia, rule the waves, Britons never will be slaves." Doch die Zeiten ändern sich. Heute herrscht Großbritannien nicht mehr über die Meere, und die Briten werden manchmal quasi als „Sklaven" gehandelt.

In der holländischen Stadt Nimwegen (unweit der bundesdeutschen Grenze) wurden britische Arbeitslose verkauft. Hergelockt von allerlei Versprechungen, müssen sie jetzt Hungerlöhne und erbärmlichste Arbeitsbedingungen akzeptieren.

Die Sklavenhändler dieses Sklavenmarktes werden von zahlreichen Leibwächtern abgeschirmt. Die holländische Polizei rät, sich besser nicht mit ihnen einzulassen. So wurde ein britischer Erwerbsloser, der ohne Vermittler Arbeit finden wollte, von diesen bedroht. Ein holländischer Journalist wurde gewarnt, seiner Familie werde ein „schreckliches Unglück" passieren.

Trotz allem wagten Reporter der Londoner „Sunday Times" zu recherchieren: Einige Anreißer waren vorbestraft. Für jeden „Sklaven" erhalten sie zwischen 100 und 250 DM. Wieviel der Boss der „Firma" von den Arbeitgebern zugeschanzt erhält, blieb ein Geheimnis.

W. ROSEN

Terrorismus und Bourgeoisie

Sinowi MIRSKI

Am 6. August, als ganz Italien den 80 Opfern der neofaschistischen Terroristen in Bologna das letzte Geleit gab (weitere 200 waren bei der von ihnen verursachten Explosion auf dem Bahnhof schwer verwundet), wurde in Palermo der Oberstaatsanwalt der Stadt Gaetano Costa, ein überzeugter Antifaschist, von Rechtsextremisten erschossen. Er war der 14. unter den hohen Gerichtsbeamten, die die Extremisten in Italien in den letzten 9 Jahren ermordet haben.

Am Tag darauf erfuhr man, daß BRD-Rechtsextremisten die antifaschistische Ausstellung in einer Schule von Rinteln (Niedersachsen) demoliert und viele Dokumente vernichtet hatten, die die Umtriebe der Neofaschisten in Westdeutschland enthüllten. Zugleich brachte die britische Zeitschrift „Searchlight" einen Beitrag, in dem sie ein Abkommen zwischen den britischen Neonazis und der neofaschistischen Partei „Italienische soziale Bewegung — Nationale Rechtskräfte" über Personenaustausch publik machte. Die „Gäste" aus Italien sollen in einem paramilitärischen Lager der britischen Neonazis untergebracht werden.

In den gleichen Tagen berichtete die türkische Presse über eine Operation von Armeeverbänden unter Einsatz von Kampfhubschraubern, die in der Provinz Tuncela gegen extremistische Gruppen vorgingen. Diese hatten in letzter Zeit eine ganze Reihe bewaffneter Überfälle auf Staatsämter und öffentliche Einrichtungen verübt. Der Terror hat in der Türkei beispiellose Ausmaße angenommen. In erster Linie handelt es sich dabei um paramilitärische Trupps der neofaschistischen Organisationen. Allein in der ersten Jahreshälfte 1980 kamen mehr als 1700 Menschen von der Hand der Terroristen um, darunter die Schriftsteller U. Koftancioglu und D. Tütengil und der Chefredakteur der Zeitung „Milliyet" A. Ipeçi. Fast über ein Drittel der türkischen Provinzen ist seit Monaten das Kriegsrecht verhängt. In den ersten 8 Monaten d. J. haben die Behörden über 10 000 Personen verhaftet, die diversen terroristischen Gruppierungen neofaschistischer und ultralinker Sorte angehörten. Aber der Terrorismus weitet sich aus, und dies nicht nur in der Türkei. Immer frecher gehen unterschiedliche Terroristenbanden in Frankreich, den Niederlanden, in Belgien, den skandinavischen Ländern, in Japan und den USA vor.

Ende der 70er Jahre, die in den westlichen Ländern im Zeichen ausgedehnten Terrorismus sowohl linker als auch rechter Extremisten standen, meinten viele politische Beobachter, daß die 80er Jahre in dieser Hinsicht noch schlimmer sein könnten. Nach allem zu urteilen, trifft diese Prophetie ein, ja die Wirklichkeit kann noch düsterer, noch dramatischer werden, als man hätte annehmen können. Auf jeden Fall bestätigt das Blutbad in Bologna solche Vermutungen. Dieses grauenhafte Verbrechen, diese Massenvernichtung schuldloser Menschen wurde von Neofaschisten — den Extremrechten — verübt. Aber ist es Zufall, daß ihrer Aktivierung Ausschreitungen der Ultralinken aus den „roten Brigaden" vorausgingen?

Der Linksextremismus und der Terrorismus der Neofaschisten scheinen genetisch und ideologisch unterschiedlich zu sein. In Wahrheit haben sie denselben sozialen Nährboden; sie verwenden gleiche Kampfmethoden und drängen, was am wichtigsten ist, die politische Entwicklung alle beide auf denselben reaktionären Weg ab.

W. I. Lenin betonte: „... In der Politik ist es nicht so wichtig, **wer** unmittelbar bestimmte Anschauungen vertritt. Wichtig ist, **wem** diese Anschauungen, diese Vorschläge, diese Maßnahmen **nützen**." Es ist nicht so wichtig, daß sich die Terroristen aus den „roten Brigaden" Revolutionäre nennen und in Worten gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung auftreten, während die Extremrechten ihre ideologische und politische Wahlverwandtschaft mit Hitler und Mussolini nicht verbergen und die bürgerliche Ordnung durch „starke Macht" festigen wollen. Wichtig ist etwas anderes. Der Extremismus der Ultralinken und der Terrorismus der Neofaschisten, all ihre „Maßnahmen" nützen der Reaktion, den Monopolherren, den „schwarzen Obristen" und Generalen, nützen letzlich den höchsten Schichten der bürgerlichen Gesellschaft, die, wie Prof. S. Lynd von der Yale University (USA) schreibt, „wollen, daß alles nach wie vor bleibt, ... und bereit sind, die Welt eher zu zerstören, als zuzulassen, daß sie sich ihrer Kontrolle entzieht".

Politischer Terrorismus war stets eine Handhabe der Bourgeoisie, nicht selten half er ihr direkt, ihre Diktatur aufrechtzuerhalten und zu stützen. In letzter Zeit vertieft sich die allgemeine, darunter auch die ideologisch-politische Krise des Kapitalismus. Sie erfaßt, wie auf dem XXV. Parteitag der KPdSU festgestellt wurde, „die Machtorgane, die bürgerlichen politischen Parteien und erschüttert die elementaren sittlichen Normen". Unter diesen Umständen wird der Terrorismus für die kapitalistische Gesellschaftsordnung immer notwendiger, ja sogar lebenswichtig, wie paradox das auch klingen mag.

Heutzutage hört man häufig, beim gegenwärtigen Zivilisationsniveau sei politischer Terrorismus ein Nonsens, eine soziale Anomalie. Das stimmt. Aber diese soziale Anomalie wird zu einer Realität der modernen bürgerlichen Gesellschaft und vergiftet ihren Organismus wie ein Rauschgift den Süchtigen. Es heißt zu Recht, daß die gegenwärtigen beispiellosen Ausmaße des politischen Terrorismus im Westen und seine blutigen Formen ein Beweis für die ausweglose Lage des Kapitalismus sind. Nur eine hoffnungslos kranke Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Zukunft kann versuchen, sich durch so unmenschliche und asoziale Mittel zu erhalten wie den politischen Terrorismus, der eine Form der von der Bourgeoisie praktizierten Strategie der Spannungen darstellt.

Zu dieser Strategie greifen die herrschenden Kreise im Westen jedesmal, wenn der bürgerlich-parlamentarische Machtmechanismus ins Stocken gerät, wenn er die Lage im Lande nicht zuverlässig kontrollieren, nicht den anwachsenden Widerstand der Werktätigen gegen die Innen- und Außenpolitik der Monopole brechen kann. Die Strategie der Spannungen hat den Zweck, durch außenparlamentarische, im Grunde kriminelle Mittel die westliche Öffentlichkeit, den westlichen Philister so zu schocken, daß sie erneut lenkbar werden und ihnen die bürgerliche Rechtsordnung im Vergleich zu den künstlich ausgelösten „Erschütterungen" ideal scheint. Die Strategie der Spannungen bedeutet somit, daß die Bourgeoisie den Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit sprengt, wenn auch nicht offen, sondern mittels des politischen Terrorismus von Linksextremisten und Neofaschisten.

Hierbei kommen Kommunisten und Progressisten um: Der linke und der neofaschistische Terrorismus ist ja vor allem gegen sie gerichtet. Doch kommen dabei auch Vertreter der herrschenden Kreise ums Leben, und zwar keineswegs obskure Angestellte. Die Terroristen ermordeten den BRD-Generalstaatsanwalt Buback, den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbands der Deutschen Industrie H.-M. Schleyer, den ehemaligen Ministerpräsidenten Italiens und Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei A. Moro... Aber die Bourgeoisklasse ist bereit, das hinzunehmen, nur um ihre Herrschaft, ihre Klassendiktatur aufrechtzuerhalten.

Buback, Schleyer und Moro wurden von Linksextremisten aus der westdeutschen RAF („Rote-Armee-Fraktion") und aus den italienischen „roten Brigaden" ermordet. In den 70er Jahren wurden die ultralinken Terroristen mit der Realisierung der Spannungsstrategie „beauftragt", obwohl natürlich auch die rechten Terroristen nicht müßig waren.

Der Terrorismus der Ultralinken war für die Bourgeoisie von großem Nutzen. Die 70er Jahre waren ja eine Zeit großer revolutionärer Wandlungen: der Sieg der „Nelkenrevolution" in Portugal, der Zusammenbruch der faschistischen Diktatur in Griechenland, die Entstehung Volksangolas, der Aufschwung der revolutionären Stimmungen in Lateinamerika.

Unter diesen Bedingungen ging es den imperialistischen Kreisen im Westen besonders darum, den sozialen Fortschritt zu hemmen und seine Triebkräfte, vor allem die Kommunisten, in Mißkredit zu bringen, die Revolutionäre und die Revolution als solche, ihre Rote Fahne zu verleumden. Die Bourgeoisie mußte in der Öffentlichkeit eine Abneigung gegen die wirklich linken, fortschrittlichen, demokratischen Kräfte hervorrufen, den Spießer nach altbewährter Methode mit dem „blutigen Gesicht der Revolution" und dem „Terrorismus der Roten" einschrecken. Sehr zupaß kamen ihr da die politischen Abenteurer aus allen möglichen pseudoroten und pseudorevolutionären Gruppen, und die imperialistische Propaganda stilisierte sie zu wirklich Roten, zu Kommunisten, zu Marxisten-Leninisten hoch.

Es gibt nicht wenig Zeugnisse davon, daß die „roten Brigadler" in Wirklichkeit Verbündete der schlimmsten Reaktion sind. Ende 1978 machten die spanische Zeitschrift „Triumfo" und die italienische Zeitschrift „Europeo" eine Geheiminstruktion des Pentagon und der CIA publik. Die Instruktion mit dem Code FM 30-31 handelte von der Einschleusung von Agenten in verschiedene radikale Organisationen. In „Europeo" lesen wir: „Anfang 1970 gehen die ersten ultralinken Gruppen in die Illegalität und nehmen internationale Kontakte auf. Da fassen USA-Sonderdienste den Beschluß, diese Gruppen zu unterwandern, um sie zu bewaffneten Aktionen zu provozieren."

Eine Woche nach Moros Entführung schrieb die französische „Humanité": „Weder Kommunisten noch Sozialisten noch Christdemokraten zweifeln an Einmischung und Rolle ausländischer Geheimdienste, ohne welche die Operation wie die Entführung Aldo Moros kaum mit solcher Professionalität zu konzipieren und zu realisieren gewesen wäre."

Schon damals wurden Vermutungen geäußert, daß die Terroristen aus den „roten Brigaden" ihre Informanten im Staatsapparat und in den höchsten Sphären der Sicherheitsorgane hatten. Im Frühjahr d. J. fanden diese Vermutungen unerwartet neue gewichtige Bestätigungen, nachdem die Polizei erfahren hatte, daß der Sohn Senator Donat-Cattins, des stellvertretenden politischen Sekretärs der Christlich-Demokratischen Partei, der linksterroristischen Organisation Prima linea angehört. Pikant ist natürlich, daß der Sproß eines Exponenten der größten bürgerlichen Partei Italiens, welcher der von den Ultralinken ermordete Moro vorgestanden hatte und deren Vertreter F. Cossiga heute Ministerpräsident ist, der Polizei entgehen konnte — wohl kaum ohne Dazutun des Herrn Papa und dessen Anhang.

Ein gewisser Durand, Inspektor der französischen Polizei, war, wie seine Kollegen jetzt eruiert haben, ein Verbindungsmann zwischen den Neofaschisten in Italien und denen in Frankreich und hatte mit der Explosion in Bologna zu tun.

Diese wenig respektablen Geschichten veranschaulichen die Heuchelei der herrschenden Kreise, die über den Terrorismus, besonders den „roten", den Bann aussprechen, ihn jedoch in Wirklichkeit beschützen. Keineswegs deshalb, weil die Bourgeoisie Angst davor hätte, ihre Mittäterschaft bei den blutigen Untaten der Terroristen zu verraten, sondern deshalb, weil der Terrorismus ihr eine „legitime Begründung" dafür liefert, härter durchzugreifen, die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Aktivierung der Linkskräfte zu bremsen, das Anwachsen der antiimperialistischen Stimmungen zu verhindern.

In der BRD beispielsweise bestätigte der Bundestag allein 1977 mehrere „Anti-Terror-Gesetze". „Der Stern" schreibt dazu: „Bedrohlich werden sie für den einzelnen Bürger, der, weit davon entfernt, mit den Terroristen gemeinsame Sache zu machen, sich eine unbequeme politische Überzeugung leistet." Gestützt auf besagte Gesetze, haben die Rechtskräfte und die Reaktion in der Bundesrepublik eine neue Offensive gegen die Kommunisten, wahren Demokraten, Friedenskämpfer und Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz gestartet. Forderungen wurden sogar laut, Heinrich Böll aus dem Lande zu „vertreiben" und die Bücher des antifaschistischen Dichters Fried zu verbrennen.

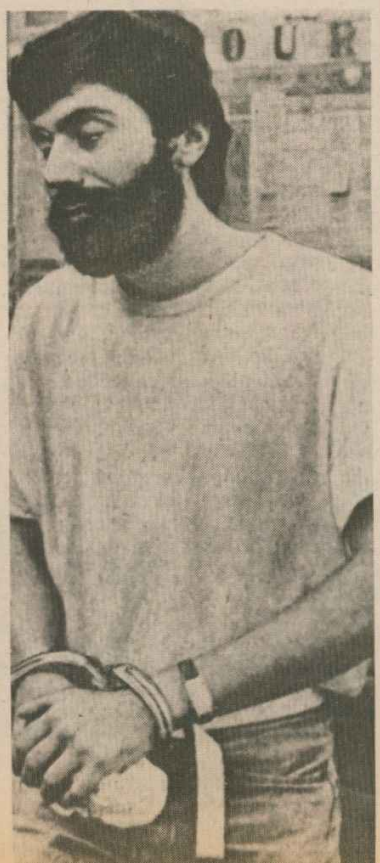
Die Woge des Linksextremismus in den 70er Jahren half und hilft den Rechten, den Neofaschisten zu Kräften zu kommen, ihre Reihen umzugruppieren, zahlenmäßig zu wachsen und sich nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen zusammenzuschließen. In der Erklärung B. Eçevits, des Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei der Türkei, vom 3. Juni d. J. wird darauf hingewiesen, daß die Rechtsextremisten im Lande mindestens 200 000 Mann unter den Waffen stehen haben. Nach Angaben des Bundesministeriums des Inneren hat sich die Mitgliederzahl der neofaschistischen Gruppen in der BRD zwischen 1976 und Frühjahr 1979 mehr als verdoppelt.

Verständlich: Die Bourgeoisie zieht den rechten, neofaschistischen Terrorismus vor, sie fühlt sich ihm beinahe blutsverwandt. An ihn knüpft sie letzten Endes ihre Spannungsstrategie. Sobald es die Umstände erlauben, treten die Rechten, die Neofaschisten sofort ins politische Rampenlicht. Heute übernehmen sie den blutigen Stafettenstab von den Ultralinken. Die dramatischen Ereignisse der letzten Wochen dürften ein hinreichender Beweis dafür sein.

Die Spannungsstrategie der imperialistischen Bourgeoisie hat nicht nur einen innen-, sondern auch einen außenpolitischen Aspekt. Der Neofaschismus erhielt an der Wende zu den 80er Jahren einen starken Impuls von außen, als die USA-Administration und die Regierungen einiger NATO-Länder die Prinzipien der Entspannung abzulehnen begannen und Kurs auf die Wiederbelebung des kalten Krieges und der militärischen Konfrontation mit der UdSSR und den anderen Warschauer Vertragsländern nahmen.

Der italienische Neofaschist Marco Affatigato, den die französische Bahnpolizei in Nizza mit dem Verdacht festnahm, an der Organisierung der Explosion auf dem Bahnhof in Bologna teilgenommen zu haben.

Aus: „L'Humanité"



Die Neofaschisten mit ihrem pathologischen Haß auf die UdSSR und dem Drang nach einer „Revanche", nach einer militärischen, nuklearen Lösung des historischen Streites zwischen Kapitalismus und Sozialismus werden in der Atmosphäre zunehmender internationaler Spannungen zu treuen Handlangern des Imperialismus.

Die Neofaschisten treibt es schon lange zum Kampf, sie schmähen die Entspannung und alles, was damit verbunden ist, fordern Washington und die NATO nicht erst seit gestern auf, die Kontakte mit Moskau abzubrechen und mit ihm nur „von der Position der Stärke" aus zu sprechen. Im Herbst 1977 z. B., als über die BRD im Zusammenhang mit der Entführung H.-M. Schleyers eine „antiterroristische" Hysteriewoge rollte, verlangten junge Neonazis aus der NPD auf ihrer Zusammenrottung in Osnabrück, mit der Entspannungspolitik Schluß zu machen, die Bundeswehr mit Kernwaffen auszurüsten und die Vereinbarungen von Helsinki zu boykottieren. Sie riefen auch dazu auf, die „deutschen Ostlande" zurückzuholen und die Nachkriegsgrenzen in Europa zu revidieren.

Der Kurs auf „Anti-Entspannung", den Washington und die NATO in den letzten Jahren eifrig steuern, hat die Neofaschisten ohne jeden Zweifel ermuntert. Aber auch der Imperialismus braucht bei seinem Kurs auf die Zuspitzung der internationalen Lage und auf eine weitere Runde im Wettrüsten immer mehr eine innenpolitische Unterstützung, eine soziale und politische Kraft, die in ihrem Drang, den Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit zu brechen, vor nichts haltmachen würde. Und so rechnen die Imperialisten — mit Grund — auf das antidemokratische Treiben der Neofaschisten, auch auf ihre blutigen Untaten.

Die amerikanische „International Herald Tribune" bemerkte einmal ohne Umschweife: „Seit 35 Jahren benutzte die USA-Regierung den Terrorismus regelmäßig als Instrument der Außenpolitik." Vom kalten Krieg über die blutige Aggression in Vietnam, die antikubanische Kampagne mit Anschlägen auf Fidel Castro, über die Einmischung in die chilenischen Angelegenheiten und den Mord an Präsident Allende bis zur jüngsten Banditenaktion gegen Iran, die zum Umsturz und zum Mord an Ajatollah Chomeini hätte führen sollen: Über Jahre und Länder zieht sich die Kette des außenpolitischen Terrorismus des größten imperialistischen Staates.

Dieser Terrorismus schließt sich unmittelbar mit dem innenpolitischen, hauptsächlich neofaschistischen zusammen und bestätigt die weisen und immer aktuellen Worte Lenins, daß der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium eine „Reaktion auf der ganzen Linie" erzeugt und hochpäppelt. ■

Rumänien im August

Von unserem Sonderberichterstatter Albert PIN

Es ist Morgen, noch nicht einmal 10 Uhr, aber in Bukarest ist es schon drückend heiß. In der schwülen Augustnacht scheint das Straßenpflaster überhaupt nicht abgekühlt zu sein.

An der Sonne glänzen die Säulen des schönen Ateneums, der nach George Enescu benannten Philharmonie. Die Bänke in der schattigen Anlage davor sind dicht mit Zeitungslesern und mit Rentnern besetzt, die gemächlich die Neuigkeiten austauschen. Nur wenige Passanten eilen, ohne zu trinken, an dem kleinen Brunnen vorbei, der an der Ecke der Anlage sprudelt.

Plus 30—35 Grad sind für die Bukarester nichts Besonderes. Die Stadt liegt am Rande der weiten Bărăgan-Steppe, deren im Sommer glutheißer und im Winter eisiger Atem hier ständig zu spüren ist. Die Anlagen, Parks und Gärten sind natürlich der beste Schutz vor der Hitze. Bukarest ist sehr grün. Der größte Park, der Herăstrău, liegt nur 3—4 Kilometer vom Zentrum entfernt.

Er befindet sich am nördlichen Stadtrand an einem See gleichen Namens, der, ebenso wie die anderen Seen in der Nähe, ein Stausee des Flüßchens Colentina ist. Das fließende Wasser ist klar. Anlegestellen, Sportplätze, Badestrände und Gaststätten grenzen an einen schönen Wald. Überall Rasen und gepflegte Blumenbeete.

Viele Verkehrsstraßen in diesem Stadtteil muten auch wie Parks an, z. B. die Fliegerallee, in der jedes Jahr am 23. August, dem rumänischen Nationalfeiertag, demonstriert wird. Oder die Kisseljow-Chaussee mit ihrem Triumphbogen und dem Denkmal der heroischen sowjetischen Soldaten, die dem rumänischen Volk im Sommer 1944 die ersehnte Freiheit brachten.

Die Niederwerfung der Nazitruppen durch die Sowjetarmee in der Operation Iaşi—Kischinjow war für Rumänien entscheidend. Dadurch entstanden äußerst günstige Voraussetzungen für das Gelingen des bewaffneten Volksaufstandes in Bukarest und für den Sturz der militärisch-faschistischen Diktatur.

Gerade als ich in Bukarest war, stellten Bauarbeiter auf der Fliegerallee nahe beim Herăstrăupark die Tribünen für den 23. August fertig. Das ganze Land rüstete zu dem großen Fest.

Die Schlüssel von Bukarest

Die Stadt erwacht früh. Um 6 Uhr 30 öffnen die Bäcker- und Milchläden, eine halbe Stunde später die Erfrischungshallen, Werkstätten und Frisiersalons. Um 8 beginnt der Arbeitstag in sämtlichen Büros, Ämtern und vielen Geschäften. In den Fabriken und auf den Baugeländen noch viel früher.

Frühjahr, Sommer und Herbst sind für die Bauarbeiter eine angespannte Zeit. Sie arbeiten dann nicht 8 Stunden wie alle, sondern 10 mit einem Ruhetag in der Woche, werden dementsprechend aber auch höher bezahlt.

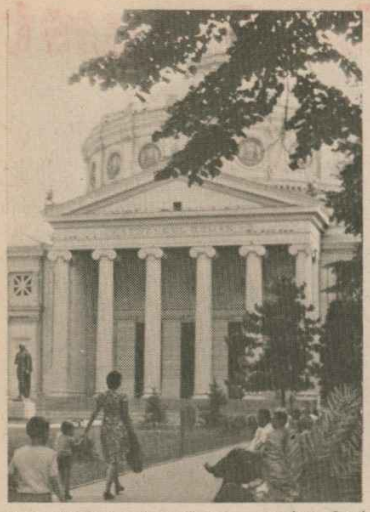
Baugerüste und -kräne gehören in Bukarest zum Straßenbild. Im Zentrum und in verschiedenen anderen Gegenden entstehen Neubauviertel anstelle der vor drei Jahren beim Erdbeben zerstörten.

„Die Folgen sind schon so gut wie behoben", sagte mir der Chefarchitekt von Bukarest, Alexandru Budişteanu.

Daß das nicht leicht war, ist klar. In schwerer Stunde leistete das Sowjetvolk seinen rumänischen Freunden uneigennützige Hilfe. Dieses Jahr werden z. B. 1000 Wohnungen

Frühmorgens in Bukarest





Das Ateneum. In seinem runden Saal traten viele bekannte Musiker auf

dank dem Hausbaukombinat „Freundschaft" schlüsselfertig, das eine sowjetische Schenkung ist.

Mit Budişteanu konnte ich mich ohne Dolmetscher unterhalten, er spricht fließend russisch, denn er hat an der Moskauer Architekturhochschule die Aspirantur und 1960 seinen Kandidaten der Wissenschaften gemacht. Sein Thema war der Ausbau von Großstädten am Beispiel Bukarests. Seinen Posten bekam er vor drei Jahren, kurz nach dem schweren Erdbeben.

Er erzählt weiter. Unter der Volksmacht wurden in Bukarest 400 000 Wohnungen gebaut. Jetzt haben 60% der Bukarester Einzelwohnungen. In den letzten Jahren ist der Wohnungsbau besonders beschleunigt worden. In dem jetzt laufenden Planjahrfünft sind schon 170 000 Familien in neue Wohnungen eingezogen. Dennoch träumen viele Bukarester noch immer von einem eigenen Wohnungsschlüssel. Im nächsten Planjahrfünft (1981 bis 1985) sollen 200 000 Wohnungen entstehen, dann wird jede Familie eine separate Wohnung mit allen Bequemlichkeiten haben.

Eine Eigentumswohnung zu kaufen ist in Bukarest schon jetzt kein Problem mehr. Wie mir Budişteanu sagte, wird die Hälfte der Wohnungen, die der Staat baut, gegen Zahlung abgegeben. Eine Zweizimmerwohnung mit 28—30 m² Zimmerfläche kostet 140 000 Lei (in der Bukarester Fabrik Electronica, in der ich war, verdient ein Arbeiter im Monatsdurchschnitt rund 2000 Lei). Die Kosten werden in 10—15 Jahren in Raten abgezahlt, die Anzahlung macht ein Drittel oder ein Viertel der Kosten aus. Familien mit mehr als 1500 Lei Monatseinkommen pro Person kaufen sich gewöhnlich eine Wohnung, während weniger bemittelte darauf rechnen können, vom Staat eine kostenlos zu bekommen, aber gewöhnlich nach einer Wartezeit.

Jetzt hat Bukarest 2 Millionen Einwohner. Das sind ca. 10% der Landesbevölkerung. In der Industrie Rumäniens spielt Bukarest wie früher die Hauptrolle. Dessen Betriebe liefern jetzt ein Mehrfaches der Warenmenge, die sie vor dem Krieg erzeugten. Auch bestehen ganz neue Branchen und Großbetriebe. Die Electronica-Fabrik, die Fernsehgeräte herstellt, beschäftigt mehrere tausend Personen. Dennoch entfallen auf die Haptstadt nicht mehr wie früher 25, sondern nur 15% des rumänischen Industriepotentials. Budişteanu erklärt das mit der Industrialisierung der früher unterentwickelten Landesgebiete, der mittelgroßen und kleinen Städte.

„Früher gingen junge Architekten und Städtebauer sehr ungern in die Provinz", sagt er. „Jetzt nicht mehr. Kreis- und andere Städte werden modern bebaut, das ist für Architekten eine anziehende Aufgabe."

Wo der Trotuş fließt

Ich bin in Gheorghiu-Dej angekommen. Vom Bahnhof aus zieht sich der Boulevard der Republik. Auf beiden Seiten zweigen grüne Straßen ab. Der Bus fährt auf einem großen Platz um einen Springbrunnen herum und hält nicht weit von einem modernen Hotelhochhaus und dem Palast der Gewerkschaften.

Das Hotel ist nach dem Trotuş, der am Stadtrand fließt, benannt. Bei einem Abendbummel stelle ich fest, daß die Stadt nicht nur am Trotuş, sondern auch an seinen hier mündenden Nebenflüssen Oituz und Caşin liegt. Ich stehe eine Weile am Caşin, sehe angelnden und badenden Kindern sowie Erwachsenen zu, die im seichten Wasser mit Seife und Waschpulver kleine Teppiche und Läufer schrubben und an den Steinböschungen zum Trocknen auslegen.

Eine anheimelnde Stadt. Die hellgestrichenen Häuser sind in den alten Vierteln größtenteils dreistöckig, die neuen dagegen neunstöckig. Straßen und Höfe verschwinden im Grün, überall Blumen, viel weiße und rote Rosen. Und noch ein charakteristisches Detail: An Straßenrändern parken fast lückenlos PKWs, die in Rumänien beliebten Dacias. Das Leben scheint seinen gemächlichen Lauf zu nehmen. Kein Gedränge in den Geschäften und auf dem Markt in der Nähe des Caşin. Im Freilichtcafé des Hotels Trotuş und in den Cafés in der Oituz-Allee aber findet man nicht so leicht einen freien Platz, und an der Kasse eines Kinos steht eine lange Schlange, denn es läuft ein neuer Film.

Die Stadt ist noch nicht einmal 30 Jahre alt. Sie ist sozusagen auf einem leeren Fleck bei einem uralten Dorf entstanden, hieß anfangs Oneşti, seit 1965 aber heißt sie nach dem Führer der rumänischen Arbeiterbewegung Gheorghe Gheorghiu-Dej. Sie hatte Zuzug aus allen Landesteilen. Die Stadt hatte 1954 nicht ganz 5000 Einwohner. Jetzt sind es 55 000. Von je 100 Familien haben 98 Kinder. Die erste Generation der Einwohnerschaft ist schon ins Arbeitsleben getreten. Die meisten arbeiten in dem nahen Petrolchemie-Kombinat, einem der größten rumänischen Betriebe, dem die Stadt ihr Entstehen verdankt.

Mit diesen und anderen Begebenheiten aus ihrer Geschichte hatte mich am Morgen vor meiner Reise hierher Toma Constantin, der Vizevorsitzende des Volksrats im Kreise Bacău und Sekretär der Kreisleitung der RKP, bekannt gemacht. Der Kreis, einer von den 39 Landkreisen Rumäniens, hat 720 000 Einwohner, 80 Dörfer und 7 Städte. Nach der Kreisstadt Bacău mit 150 000 Einwohnern ist Gheorghe Gheorghiu-Dej die zweitgrößte Stadt des Kreises, der vor kurzem noch ein Agrargebiet war und jetzt eine ansehnliche und mannigfaltige Industrie hat.



Bacău, eine Kreisstadt

Vom Hotel Trotuş bis zum Petrolchemiekomplex in der Trotuşniederung sind es mit dem Bus etwa 15 Minuten Fahrt. Wir gingen um 9 Uhr morgens los, waren aber erst nach einer Stunde da, denn die Autobusse verkehren nur in den Spitzenzeiten oft, sonst in Zeitabständen von ungefähr einer Stunde. In Rumänien wird sehr mit Treibstoff gespart. Die Zahl der Dienstwagen ist stark eingeschränkt worden, und

Autobesitzer müssen sich das Vergnügen versagen, jeden Sonntag ihren Wagen zu benutzen, das dürfen nur umschichtig Wagen mit geraden und Wagen mit ungeraden Zahlen auf den Nummernschildern.

Rumänien gewinnt bekanntlich etwa 14 Mio t Erdöl im Jahr und nimmt damit hinter der UdSSR den zweiten Platz in Europa ein. Wie man mir aber sagte, braucht die Wirtschaft Rumäniens ungefähr doppelt soviel. Es führt viel Öl ein. Seitdem das Öl aber auf dem Weltmarkt teurer geworden ist, hat es damit Schwierigkeiten. Deshalb muß man so sparen.

Das Kombinat in der Trotuşniederung verarbeitet hauptsächlich Erdöl, Steinsalz und Naturgas. Das Salz und ein Teil des Öls werden in der Gegend gewonnen, und das Gas kommt durch eine Rohrleitung. Das Kombinat, das nach dem nahen Dorf Borzeşti heißt, besteht aus drei Fabriken: einer Ölraffinerie, einem Chemie- und einem Bunabetrieb. Alle drei sind mit direkter technischer Hilfe der UdSSR gebaut worden.



Gheorghe Gheorghiu-Dej — Stadt der Chemiearbeiter

Fotos des Autors

In der Bunafabrik sprach ich mit Direktor Nicolae Tonoiu. Sie ist die jüngste in der Trotuşniederung. Das erste Buna — aus Butadien — wurde 1962 erzeugt, und 1976 wurde hier, ebenfalls mit sowjetischer Hilfe, die Erzeugung von Isoprenkautschuk in Gang gebracht, der dem höchsten Weltstandard entspricht. Gern erinnert man sich dort der sowjetischen Fachkräfte, die tüchtig mitgearbeitet und mit ihren Erfahrungen nicht hinter dem Berge gehalten haben. Der hiesige Buna dient zu Autoreifen, Schuhen und vielen anderen Erzeugnissen. Zum Teil geht das wertvolle Halbfabrikat auch nach den RGW-Ländern und nach dem Westen.

Das Kombinat wächst (es beschäftigt schon 14 000 Personen), und die junge Stadt Gheorghe Gheorghiu-Dej wird immer schöner und komfortabler. Neubauviertel sollen größtenteils an ihrem Südrand, hinter dem Hotel Trotuş, hinzukommen. Da steht schon eine lange mehrgeschossige Häuserzeile mit Geschäften, Cafés und Dienstleistungsbetrieben. Hier soll noch ein Park angelegt werden.

Die Stadt und das Kombinat haben aber auch ziemlich viele Probleme. Ein brennendes ist der Umweltschutz. Beim Projekt für das Kombinat wurde natürlich die Windrose nicht vergessen. Im Jahresdurchschnitt wird der Fabrikrauch nur 60 Tage in die Richtung der Wohnviertel geweht, und es ist kein Leichtes, zu erreichen, daß sie immer frische Luft haben. Aber auch davon hängt es ab, inwiefern die jetzigen und künftigen Einwohner ihrer Stadt treu bleiben werden.

Ein weiter Spannkreis

Die Beteiligung der UdSSR am Ausbau der rumänischen Petrolchemie ist nur ein Beispiel für die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit. Die UdSSR liefert Anlagen und Maschinen für Betriebe und andere Objekte der rumänischen Industrie. Viele rumänische Betriebe wiederum führen sowjetische Aufträge aus. Die wirtschaftlichen Verbindungen, namentlich die im Handel, haben einen weiten Spannkreis.

In Bukarest, beim Ministerium für Außenhandel und internationale Wirtschaftskooperation, sagte man mir folgendes: „Vor allem ist die UdSSR Rumäniens größter Handelspartner."

Constantin Stanca, der im Ministerium das Dezernat Handel mit den sozialistischen Ländern leitet, schilderte mir ausführlich den Stand der rumänisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen und ging auch auf ihre Perspektiven ein, namentlich auf Rumäniens Export nach der UdSSR, der ganz verschiedene Waren umfaßt, darunter Ausrüstungen für Hüttenwesen, Chemie und Petrolchemie, Trafos, Elektromotoren, Fluß- und Seeschiffe, Chemikalien, Möbel, Schuhe, Konfektion, Gemüse, Obst, Weine usw. Wichtig für Rumänien sind die sowjetischen Lieferungen an Land- und Straßenbaumaschinen, metallurgische, Bergbau- sowie elektrotechnische und energetische Ausrüstungen sowie Eisenerz, Erdgas, Ferrolegierungen und Asbest. Rumänien importiert aus der UdSSR auch einige andere Rohstoffe und Roheisen, Walzgut und Baumwolle. Ein langfristiges Abkommen (1976 bis 1980) sah vor, daß die gegenseitigen Lieferungen um gut 70% größer als im vorherigen Jahrfünft sein und 9 Md. Rubel ausmachen sollen. Das wird nicht nur erreicht, sondern sogar überboten. Stanca hebt hervor, daß Rumänien an einer noch größeren Zunahme des Handels zwischen unseren beiden Ländern im kommenden Planjahrfünft, an einem Ausbau der Zusammenarbeit in der Produktion in noch höheren Formen interessiert ist.

Diese Zusammenarbeit Rumäniens mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern wirkt schon günstig auf Industriezweige wie den Bau von Schiffen, Traktoren und anderen Landmaschinen, programmgesteuerten Maschinen, Meßapparaten, Dieselloks und Waggons.

Bekanntlich nimmt es sich Rumänien auch jetzt vor, mehr an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen. Eine vertiefte und gefestigte allseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit macht dieses Ziel erreichbar.

Es ist Zeit für mich, von Bukarest und dem heißen rumänischen Sommer Abschied zu nehmen.

Obwohl es schon spät ist, herrscht in den Straßen vor den Kinos noch reges Leben und Treiben. Die Bukarester stehen früh auf, haben es aber, besonders im Sommer, mit dem Schlafengehen nicht eilig. In den Cafés und Restaurants ist es voll, Gärten und Parks sind gut besucht. Bukarest spannt aus, um morgens wieder an die Arbeit zu gehen.

Bukarest—Moskau

„HOLDE EINTRACHT"

Jewgeni SAWELJEW

In jeder Rede behauptet Präsident Sadat, das Land der Pyramiden sei jetzt beinahe eine Oase der Stabilität und des sozialen Friedens im Nahen Osten, dort seien „allen Bürgern nie gekannte Rechte und Freiheiten" garantiert, sie seien eine einträchtige Familie und der Präsident ihr Vater.

In Wirklichkeit ist es ganz anders.

Sorgen des kleinen Mannes

Ein einfaches Essen in einer auf europäische Art geführten Gaststätte, wie sie in allen Bezirken Kairos immer zahlreicher werden, kostet 5 ägyptische Pfund. Ein Arbeiter in einem Großbetrieb von Heluan, einem Vorort Kairos, verdient im Monat 20 Pfund. Wie ernährt sich eine sechsköpfige Familie? Von Fladen aus grobem Mehl und einer Knochenbrühe mit Gemüseeinlage. Das gilt als durchaus erträglich. Die Leute haben ein Dach über dem Kopf, keiner verhungert, die Kinder gehen zur Schule. Aber selbst dieses zweifelhafte „Wohlergehen" ist ständig gefährdet.

Seit dem Frühjahr v. J. sind laut amtlicher Statistik die Lebenshaltungskosten um mehr als 20% gestiegen. Um sich im staatlichen Handel ein Kilo Gefrierfleisch zu kaufen, muß der Heluaner Arbeiter jetzt drei Tage schuften, während ihm voriges Jahr noch zwei Tage gereicht hätten. Die Preise für Gemüse, das Hauptnahrungsmittel der Ägypter, haben sich verdoppelt, ein Päckchen billigste ägyptische Zigaretten kostet soviel, wie ein kleiner Beamter in drei Stunden verdient.

Die Nahrungsmittel aus der Auslandshilfe, die im staatlichen Handel auf Marken mit Preisnachlaß verkauft werden, reichen nicht aus. Vor den Geschäften stehen kilometerlange Schlangen.

Neben der Ernährung hat der Durchschnittsägypter ständig noch andere Alltagssorgen. Autobusse, die längst ins alte Eisen gehören und außerdem schlecht bewirtschaftet werden; Straßenbahnen, die dem Ansturm der Fahrgäste nicht gewachsen sind und alle Augenblicke Pannen haben. Vor kurzem geriet ein Zug auf der Strecke Kairo—Alexandria in Brand. Die 250 Fahrgäste, darunter der ehemalige Ministerpräsident Mustapha Khalil, wurden wie durch ein Wunder gerettet. Bei Autobuskatastrophen sterben jeden Monat viele Menschen.

Nicht besser steht es mit der Wohnungsfrage. In einer einzigen Woche im Juli stürzten in Kairo zwei Hochhäuser ein. Das eine im Arbeiterviertel Sharabia begrub mindestens 25 Personen unter seinen Trümmern. Wie Beamte zugeben, übersteigt die Zahl der Opfer von Hauseinstürzen schon 100. Viele Leute sind obdachlos geworden und gezwungen, wie schon viele andere in Grüften auf dem Hauptfriedhof von Kairo zu hausen.

Für viele ist das Auswandern die einzige Rettung. Jetzt arbeiten im Ausland, größtenteils in den ölreichen arabischen Ländern, rund 2 Millionen Ägypter: tüchtige Facharbeiter, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, Anwälte, Wirtschaftsfachleute, Dozenten, kurz: die Blüte der Nation. Der Zeitung „Al Ahram" (14. Januar 1980) zufolge ist von den 50 000 in Ägypten eingetragenen Ärzten nur die Hälfte im eigenen Land tätig. Von den 820 ägyptischen Wissenschaftlern, die voriges Jahr im Ausland promovierten, ist nur der dritte Teil heimgekehrt. Aus verschiedenen, auch aus politischen Gründen ziehen es etwa zwei Fünftel aller ägyptischen Intellektuellen vor, im Ausland zu leben.

Die Zeit der offenen Türen für das Auslandskapital hat eine innere Emigration hervorgebracht. Fachkräfte, die studiert und in staatlichen Betrieben ein Praktikum gemacht haben, nehmen bei Zweigstellen ausländischer Firmen eine beliebige Arbeit an, auch wenn sie weder ihrer Ausbildung noch ihren Interessen entspricht. Eine Sekretärin und Stenotypistin verdient dort fünfmal soviel wie ein Diplomingenieur bei einem Ministerium oder in einem staatlichen Betrieb. Die Wirtschaftsapartheid, wie der französische „Monde" das treffend genannt hat, bringt den ohnehin krankenden gesellschaftseigenen Wirtschaftssektor zum Verbluten und verursacht noch größere soziale Reibungen.

Am schwersten haben es die 20% ärmsten Ägypter, auf die nach Angabe fortschrittlicher Wirtschaftsexperten nur 5% des Nationaleinkommens entfallen. Ein sehr knappes Auskommen haben auch die meisten Arbeiter, Angestellten und kleinen Intellektuellen, die nicht zu dieser Kategorie gezählt werden. Wer ißt also in den teuren Restaurants? Die äußerst dünne Schicht, die ein Viertel des Nationaleinkommens einsteckt.

Wem das Gesetz hilft

Durch die Politik der jetzigen Regierung, die allerlei zwielichtige „gemischte Gesellschaften" fördert und unlängst einen Zusatz zur Verfassung über den „Schutz legitimer Gewinne" angenommen hat, wird die soziale Umschichtung noch krasser. Mehr noch, diese Politik bringt täglich oder sogar stündlich Schmarotzer hervor, die sich an der Not des Volkes mästen: Schieber, die auf den Speichern Mehl versteckt halten, während Menschen kein Brot haben; Bauunternehmer, die Häuser ohne ausreichende Fundamente bauen, so daß Einwohner unter den Trümmern sterben; Staatsbeamte, die für ein entsprechendes Entgelt über die hanebüchenen Gaunereien und Schiebungen hinwegsehen.

„Es gibt Kreise, die sich auf Kosten des Volkes zu bereichern suchen" — so gelinde hat das am 11. Mai in El Arish Saad Mohammed Ahmed, der Minister für Beschäftigung und Berufsschulung (zugleich Vorsitzender des Ägyptischen Arbeitsbundes), in einer Rede ausgedrückt. Genauer handelt es sich um das Entstehen und Erstarken eines ganzen Klans neuer Bourgeois, der alles, was nicht niet- und nagelfest ist — Staatliches und Privates — mit beliebigen Methoden an sich bringt. Diese soziale Schicht fühlt sich als Herr im Land. Beweise? Hier ein Fall, von dem auf den Titelseiten der Kairoer Presse berichtet worden ist. An einer belebten Straßenkreuzung hielt ein Luxusauto, ein Herr stieg aus, zog eine Pistole und erschoß den Fahrer eines daneben haltenden ramponierten Taxis. Warum? Weil der ihm nicht Vorfahrt gegeben hatte. Nach dem Mord stieg er seelenruhig wieder in seinen Wagen und fuhr weg, ohne sich auch nur einmal umzusehen. Den Fall werden die Anwälte „bereinigen", der Mörder, Inhaber von Luxusgeschäften in mehreren ägyptischen Städten, kann sich ja teure Anwälte leisten.

Was das Recht betrifft, eine Meinung zu äußern, besonders eine solche, die der Politik der herrschenden Gruppierung nicht entspricht, so ist es durch Gesetze strikt abgezirkelt. Der Gesetze werden es immer mehr, die Volksversammlung, in der die Nationaldemokratische Regierungspartei 314 von den 392 Sitzen hat, verabschiedet sie wie am laufenden Band. Da gibt es z. B. das nach den Volksunruhen von Januar 1977 verabschiedete Gesetz Nr. 2, laut dem auf Streik und Teilnahme

an einer Protestdemonstration bis zu 25 Jahre stehen. Ein anderes — „über den Schutz der nationalen Einheit und des sozialen Friedens" — verbietet jede von den Behörden nicht eigens bewilligte oppositionelle Betätigung. Im Mai d. J. verbot Sadat jede politische Aktivität in den Universitäten und erließ zwei Verfügungen, die der nach „Verdächtigen" fahndenden Polizei zusätzliche Befugnisse erteilten. Streng verboten ist „jede Politik" in der Armee. Selbst für eine unvorsichtige kritische Äußerung droht einem Militär eine strenge Strafe. Die Behörden nehmen bei den hohen Chargen bis hinauf zu den Generalen andauernd „Säuberungen" vor und versetzen solche, die mit der Zeit — sei es auch nur rein theoretisch — der Kern einer oppositionellen Gruppierung werden könnten, in weltabgeschiedene Garnisonen.

Ende April bestätigte die Volksversammlung das sogenannte Antilastergesetz. Ihm zufolge bestehen jetzt „Sittengerichte", deren Kompetenzbereich sehr weit gesteckt ist. Sie können z. B. für ein Verbrechen bestrafen wie den „Aufruf zum Verstoß gegen das höchste himmlische Gesetz und gegen seine Bestimmungen, will sagen für den Aufruf zum Kommunismus, für das Aufhetzen der Jugend zur Abkehr von religiösen Begriffen, sowie für Publikationen und Schriften, die dem Land schaden können". Mit diesem Gesetz hat das Regime Sadats nach Ansicht der linken und rechten Opposition die Bildung eines politisch-juristischen Systems zum Abschluß gebracht, das den Grundsätzen der Demokratie direkt zuwiderläuft.

Fügsame und aufsässige Parteien

Sadat beliebt zu sagen, er habe, mehr oder weniger im Gegensatz zu Nasser, dem Volk viel Demokratie beschert. Seine Preissänger vom Schlage eines Ibrahim Saada aus der Redaktion der „Akhbar al Yom" hängen dem Regime ein demokratisches Mäntelchen um und rühmen die „parteiliche Pluralität", das „freie politische Kräftespiel" usw. Wie steht es aber in Wirklichkeit?

Zur Zeit bestehen in Ägypten vier Parteien legal. Wie schon gesagt, hat die Regierungspartei, die NDP, das Parlament ganz unter ihrer Kontrolle und kann dort beliebige den Machthabern erwünschte Beschlüsse durchbringen. Sie wird Sadats Privatpartei genannt, er ist ihr Vorsitzender. Eigentlich macht sie dasselbe wie der bürokratische Verwaltungsapparat.

Die Opposition besteht hauptsächlich aus zwei Parteien, die sich auf der Grundlage verschiedener „Programme" — eines linken und eines rechten — der aufgelösten Arabischen Sozialistischen Union gebildet haben, sowie der Sozialistischen Partei der Arbeit. Die linke Nationale Fortschrittspartei (NPP) erfaßt mehrere patriotische Kräfte: Marxisten, Nasseristen und Geistliche. Vier Jahre lang haben die Behörden in der gepriesenen „Mehrparteiendemokratie" mit Verfolgungen und Drohungen versucht, die NPP zu vernichten und in ihr Zwietracht zu stiften, ja sie haben sie daran gehindert, ihren Parteitag abzuhalten. Durch Fälschung der Wahlergebnisse hat das Regime ihr die Möglichkeit genommen, im Parlament vertreten zu sein. Erwürgen aber konnte es sie nicht. Im April d. J. hielt sie mit viel Erfolg ihren ersten Parteitag ab, nahm ihr Programm und ihre Satzung an und wählte ihre Zentralorgane unter Khaled Mohy ed-Din, einem angesehenen Teilnehmer der Bewegung „Freie Offiziere" und der Revolution von Juli 1952.

Einer anderen oppositionellen Partei — einer rechten — stehen die Behörden durchaus wohlwollend gegenüber. Die Sozialliberale Partei (LSP) ist im großen und ganzen für die Politik der Regierung. Ihr Führer, Mustafa Kamel Murad, begleitete Sadat auf der beschämenden Reise nach Jerusalem. Die LSP ist für eine noch entschlossenere Politik der „offenen Türen" und leistet einer Zersetzung und allmählichen Abwürgung des staatlichen Wirtschaftssektors Vorschub. Im Interesse der nationalen Großbourgeoisie fordert sie noch mehr freie Hand für das private Business.

Die jüngste, im Parlament aber am stärksten vertretene Oppositionspartei ist die Sozialistische Partei der Arbeit (SPA). Sie wurde von Ibrahim Shukry gegründet, der seinerzeit Sadats höchsten Segen dazu bekam. Dieser glaubte, mit einer folgsamen „Opposition" die Fassade seines Regimes schmücken zu können. Die SPA gab aber immer mehr die ihr angewiesenen Marionettenrolle auf. Infolge der zunehmenden inneren Spannungen und des Scheiterns der Politik Sadats im Sinne von Camp David ist sie dazu übergegangen, die Politik der herrschenden Kreise immer schärfer zu kritisieren. Sie fordert Aufhebung der antidemokratischen Gesetze und Erlasse, eine Sanierung der Wirtschaft, eine „ausgewogene" Außenpolitik und eine Abkehr vom Imperialismus der USA. Shukry ist entschieden gegen die kürzliche Verfassungsänderung aufgetreten, laut der die Amtsdauer des Präsidenten unbegrenzt ist. Die SPA ist gegen wie immer geartete Verhandlungen mit Israel, dafür, daß der Botschafter von dort abberufen und daß die Freundschaft mit den anderen arabischen Ländern wiederhergestellt wird. Am 12. August erklärte Shukry: „Während Israel durch die Abmachung von Camp David vom größten arabischen Land offiziell anerkannt worden ist, steht Ägypten in der arabischen Welt isoliert da und hat seine Handlungsweise der arabischen Einheit Abbruch getan."

Seit einiger Zeit sind die Behörden ernsthaft besorgt über die Betätigung der SPA, mit der fast die ganze Opposition in manchen Fragen solidarisch ist. In Kairo befürchtet man, daß sie das Schicksal der bürgerlich-liberalen Oppositionspartei Neue Wafd-Partei ereilen kann, die 1978 nur 100 Tage bestand. Tatsächlich bietet das jetzige „Gesetz über die Parteien" eine Handhabe zur Ausschaltung eines unliebsamen Politikers oder sogar einer ganzen Parteiführung aus dem politischen Leben, wie es der Neuen Wafd ergangen ist.

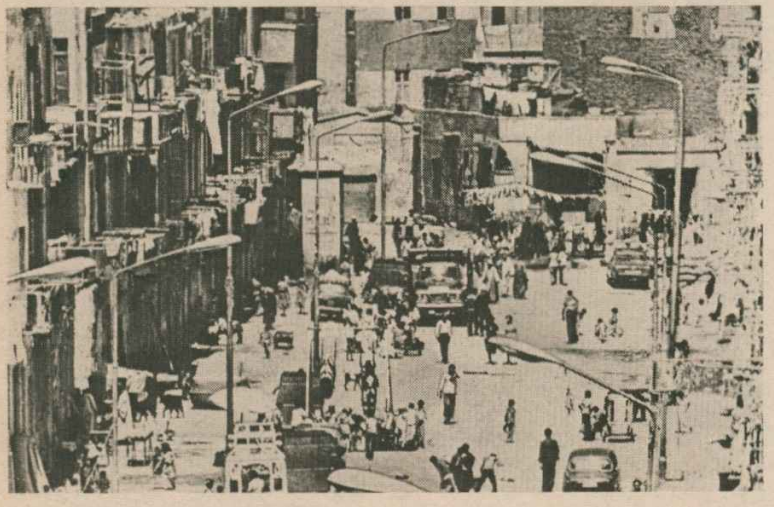
Außer auf die Parlaments-, die Parteiopposition muß Kairo immer mehr auf die nicht immer „angenehmen" Stellungnahmen von Gewerkschaften und religiösen Organisationen Rücksicht nehmen. Gelingt es dem Regime vorläufig noch, in den Arbeitergewerkschaften mit Druckmitteln und Abstimmungsfälschungen eine ihm hörige Führung aufrechtzuerhalten, so machen ihm die Journalisten- und Anwaltsverbände viel zu schaffen. Nicht von ungefähr schleuderte Sadat in seiner Rede vom 22. Juli mehrmals den Bannstrahl gegen eine Gruppe von Anwälten, die es auf der soeben in Rabat zum Abschluß gelangten internationalen Konferenz gewagt haben, das jetzige ägyptische Herrschaftssystem zu kritisieren.

Was den oppositionell eingestellten Journalistenverband betrifft, so wollte man ihn ursprünglich auflösen oder in einen harmlosen Diskussionsklub umwandeln. Die Behörden stießen jedoch auf entschiedenen Widerstand und nahmen eine Verfassungsänderung an, die die Presse zu einer „vierten Macht" erklärt. Ihr zufolge soll ein Hoher Rat für Presseangelegenheiten gebildet werden, dessen Mitglieder nicht wählbar sein, sondern vom Präsidenten selbst eingesetzt werden sollen. Er soll für alle organisatorischen Fragen zuständig sein, darunter auch für die Besetzung der leitenden Posten bei den Massenmedien. Im Grunde genommen hat man den „aufsässigen" Verband gegen eine durchaus gehorsame Körperschaft ausgewechselt.

Die Presse unter der Presse

Die offizielle Presse hat das Regime zu stützen und möglichst breite Schichten der gebildeten, politisch

aktiven Bevölkerung für dieses zu gewinnen. Seitdem viele namhafte Journalisten und Kulturschaffende nicht mehr in der Presse mitarbeiten wollen, lobt diese auf Weisung von oben in allen Tonarten Sadats „Demokratie" und posaunt aus, daß dank der Politik der „offenen Türen" das Land bald zur „Prosperität" gelangen werde. Außenpolitisch wird die gescheiterte „Friedensinitiative" und die Abmachung von Camp David „gerechtfertigt" und werden massive Verleumdungen über die arabischen Länder und die UdSSR in Umlauf gesetzt. Beim Bearbeiten der öffentlichen Meinung ist dem Antisowjetismus eine besondere Rolle angewiesen. Das ist allerdings ein undankbares Geschäft in einem Land, wo die langjährige, vielseitige und uneigennützige Hilfe der UdSSR unvergessen ist.



Ein Arbeiterviertel Kairos. Die ebenerdigen Häuser werden aufgestockt und an arme Leute vermietet. Solche Häuser stürzen am häufigsten ein und begraben zahlreiche Menschen unter ihren Trümmern *Foto: TASS*

Neben den antisowjetischen Verleumdungen im Dienste des Regimes preist die Presse den jetzigen wichtigsten Bundesgenossen Kairos, die USA. Auch das ist nicht leicht, wenn man bedenkt, daß das ägyptische Volk antiimperialistische Traditionen hat. Aber Befehl ist Befehl.

Unter diesen Umständen zeigt die Öffentlichkeit der ARÄ nicht von ungefähr Interesse für die oppositionelle Presse. Kein Zufall sind auch die Repressalien, die die herrschende Gruppierung gegen diese Presse losläßt. Schon im März 1977 wurde die fortschrittliche theoretische Zeitschrift „Al-Talia" verboten, die das Regime vor allem für die tragischen Geschehnisse vom Januar 1977 verantwortlich gemacht hatte. Die nächste war die Wochenschrift „Rose el-Youssef", deren Redaktion unter Abdel Sharkawi einen bürgerlich-liberalen, aber grundsätzlich patriotischen Standpunkt vertrat. Sharkawi mußte gehen, worauf sich das Blatt kraß umorientierte. Nur 40mal konnte die NPP ihre Wochenschrift „Al-Ahali" herausbringen. 14 Ausgaben wurden eingezogen, und das weitere Erscheinen wurde dem Blatt unmöglich gemacht.

Nicht zu bannen

Ziemlich einflußreiche religiöse Kreise unterwerfen die Regierungspolitik einer scharfen Kritik. Nur etwas mehr als der vierte Teil der 30 000 ägyptischen Moscheen ist bei Ämtern, d. h. beim Kultusministerium und bei der islamischen Al-Azhar-Universität, zuständig. In den anderen werden an den Freitagen öfter politische Predigten mit der Aufforderung gehalten, alle Beziehungen zu den zionistischen Aggressoren abzubrechen und der Sittenverderbnis der Neureichen einen Riegel vorzuschieben.

Indessen betätigen sich allerlei rechte und „linke" Sekten rege unter den Arbeitslosen, Lumpenproletariern und Kleinhändlern, die mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung ausmachen. Sie fassen auch unter den Studenten Fuß. Sadats Regime unterstützte seinerzeit die halblegale Wiederherstellung der unter Nasser verboten gewesenen Moslemsekten, die es gegen die Fortschrittskräfte vorschicken wollte, und beschwor damit einen Geist, den es jetzt nicht wieder bannen kann. Voriges Jahr schrieb „Paris Match": „Über die Unsittlichkeit der neureichen Schieber entrüstet, die nach Nassers Tode auf den Plan traten, über die unpassende Arbeit und geringe Besoldung enttäuscht und ohne jede Möglichkeit zu wirklicher politischer Selbstbestätigung, hören die Ägypter, besonders die jungen, immer mehr auf die religiösen Radikalen... Das ist erst der Anfang, wie aber die Vorgänge im Iran gezeigt haben, kann es vom Anfang bis zum Ende sehr schnell gehen."

Über diese Aussicht ist das Regime ernsthaft besorgt. In allen seinen jüngsten Reden ruft Sadat dazu auf, die Religion nicht mit Politik zu vermengen. Dabei läßt er sich öfter selbst von den traditionstreuesten mohammedanischen Rechtskreisen gängeln. Anders ist z. B. schwerlich die im vergangenen Frühjahr von den Behörden durchgedrückte Änderung an der Verfassung von 1971 zu werten, in der das Schariat (das Moslemrecht) zur „Hauptquelle" der ägyptischen Gesetzgebung erklärt worden ist. Darüber sind die 7 Millionen Kopten Ägyptens besonders empört.

Die christlichen Kopten bilden ein Sechstel der Landesbevölkerung (Gesamtzahl: 42 Mio). Sie fordern, daß ihre Religion und ihre Rechte unter Staatsschutz gestellt werden. Seit den diesjährigen Koptenpogromen in Asyut, Alexandria und anderen Städten ist das Verhältnis zwischen dem Regime und der Kirche sowie persönlich zwischen Sadat und dem Koptenpapst Shenouda III. äußerst gespannt. Nicht ohne Grund werfen die Kopten den Behörden Tatenlosigkeit wenn nicht sogar Vorschubleistung den Banditen gegenüber vor, die Geistliche ermorden und Kirchen ausrauben. Unter diesen Umständen können die demagogischen Appelle, Religion und Politik voneinander zu trennen, die akuten Probleme der Beziehungen zwischen den beiden Religionsgemeinden weder vertuschen noch erst recht bereinigen.

Das sind nur einige Wesenszüge der vielgepriesenen „Stabilität" und „sozialen Eintracht in der Familie", wie Sadat sein autoritäres Regime zu nennen beliebt. Die Fortschrittskräfte des Landes, denen der Grundsatz „Je schlimmer, desto besser" fernliegt, schlagen gangbare Auswege aus der Krise vor, die das ägyptische Volk schwer heimgesucht hat. Diese Wege führen über die Herstellung eines wirklich demokratischen Regierungssystems, über die Annullierung der Sondergesetze, die Befreiung der politischen Häftlinge und die Bildung einer Regierung der nationalen Wohlfahrt, an der alle Parteien und Strömungen beteiligt sein sollen. Natürlich ist schwer vorauszusehen, wie und wie schnell sich die Dinge im größten arabischen Land entwickeln werden. Klar ist eins: Trotz ihrer legendären Geduld erkennen die Ägypter immer mehr, daß radikale Wandlungen notwendig sind. ■

DROGEN UND WIND

Die Abschiedssalven über dem Olympia-Stadion in Moskau sind schon vor einiger Zeit verhallt, aber noch jetzt bringt die Weltpresse Berichte von Gästen und Teilnehmern der Olympischen Spiele, in denen sie die gastfreundliche Aufnahme und die vorzügliche Organisation des Sportfestes loben. Auf der abschließenden Pressekonferenz dankte Wladimir Popow, der erste Vizevorsitzende des Organisationskomitees der Spiele, den Journalisten dafür, daß sie Millionen und aber Millionen die Atmosphäre der Olympiade vermittelt haben. Sie hatten jeden Augenblick mit ihren Redaktionen in Verbindung gestanden und den Lesern, Hörern und Fernsehabonnenten Einzelheiten über die aufregenden Wettkämpfe mitgeteilt.

Es fanden sich aber auch Journalisten, die die Moskaur Olympiade in ein falsches Licht setzen und die Atmosphäre der Freundschaft vergiften wollten. Die Londoner „Financial Times" schrieb beispielsweise: „Die sowjetischen Behörden setzen Uniformierte und Geheimpolizei zu Tausenden ein... In der Theorie soll dies der Sicherheit und dem Schutz der Sportler und Gäste dienen... Der wirkliche Zweck besteht darin, auch die geringsten Kontakte zwischen Besuchern und einfachen Sowjetbürgern zu verhindern." Im selben Sinne äußerten sich auch andere bürgerliche Massenmedien. Diese „unabhängigen" Blätter vergaßen ihre Leser aber darüber zu informieren, daß die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen nach den tragischen Zwischenfällen von 1972 in München vom Internationalen Olympischen Komitee vorgeschrieben worden waren. Kein Wort lassen sie über die entsprechenden Maßnahmen in Montreal verlauten, wo sämtliche olympischen Objekte mit Minensuchgeräten abgesucht und die Mauern, Fußböden und alle Räume geröntgt wurden.

Nichts brachten sie auch darüber, was Bundesinnenminister Baum sagte, nämlich daß alle in Moskau getroffenen Maßnahmen den neuzeitlichen Begriffen über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei derart großen Veranstaltungen entsprochen haben. Die Schutzmaßnahmen störten auch die Bewohner des olympischen Dorfs in keiner Weise. Der finnische Fünfkämpfer Jussi Pelli sagte z. B.: „Die tadellose Ordnung gewährleistet trotz der bei allen Olympiaden herrschenden Hektik eine ruhige Atmosphäre. Zuvorkommenheit, Höflichkeit und Hilfsbereitschaft finde ich bei Sicherheitsbeamten, denen ich im Dorf und in den Sportanlagen, in den Eßsälen und an den Autobushaltestellen begegne. Das imponiert mir sehr."

Der Sicherheitsdienst ärgerte die sensationslüsternen bürgerlichen Journalisten gerade damit, daß er in der sowjetischen Hauptstadt, wie es sich ja gehört, für mustergültige Ordnung sorgte und Leute, die Abenteuer suchten, nicht zum Zuge kommen ließ wie z. B. den Italiener Franconi, der es sich einfallen ließ, auf dem allen sowjetischen Menschen heiligen Roten Platz eine anstößige Show abzuziehen. Solide Blätter sahen in dem Getue des Verfechters eines „freien Homosexualismus" natürlich nichts Sensationelles. Auch die amerikanische UPI machte nicht Furore, als sie verbreitete, fünf afghanische Sportler hätten bei der US-Botschaft in Moskau um politisches Asyl angesucht. Daß das eine Ente war, wurde sofort durchschaut.

Da die Verfechter des Boykotts außerhalb der Sportanlagen keinen brauchbaren Stoff für eine große politische Sensation auftreiben konnten, suchten sie sich welchen in den Stadien, Schwimm- und Turnhallen. Zu ihrer Zielscheibe machten sie in erster Linie die Schiedsrichter. Die Siege der sowjetischen Sportler lagen solchen Schreiberlingen schwer im Magen, und so behaupteten sie denn, die Schiedsrichter hätten gemogelt und die Goldmedaillen möglichst sowjetischen Sportlern zugespielt. Man kann nur lachen über eine Schlagzeile wie die folgende aus der bundesdeutschen „Bild-Zeitung": „Marathontor auf, damit die Speere weiter fliegen!" Das ist doch eine unmißverständliche Anspielung auf den Sieg des sowjetischen Speerwerfers Dainis Kula, dem ein im Stadion von Lushniki eigens hervorgerufener Zugwind geholfen haben soll. In der Tat, mit ihren Flunkereien überbietet die „Bild-Zeitung" alle einschlägigen Rekorde.

Die Schiedsrichter in Leichtathletik, im Turnen und im Wassersport bekamen auch ihr Fett weg. Alle ihre „Mogeleien" wollen von Hütern der Fairness gerade dann durchschaut worden sein, wenn sowjetische Olympioniken die oberste Stufe des Ehrenpodests besteigen durften. Herr Adrian Paulen, der Präsident des IAAF (Internationalen

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER JAPANS WURDE MASAYOSHI ITO



Geboren am 15. Dezember 1913 in der Präfektur Fukushima. Nach Abschluß des Jurastudiums an der Universität Tokio im Jahre 1936 im Land- und Forstwirtschaftsministerium tätig, dort 1961 bis 1963 Leiter des Ressorts Fischerei und ab 1963 Ministerstellvertreter.

Ab 1963 Parlamentsabgeordneter von der Liberal-Demokratischen Regierungspartei (LDP).

Von November 1979 an Generalsekretär des Kabinetts Ohira; nach dessen Ableben versah er vorübergehend die Obliegenheiten des Ministerpräsidenten.

Teilnahme an internationalen Verhandlungen über Landwirtschaft, Fischerei und Seerecht.

War der erste Vorsitzende der im Mai 1979 gegründeten Gesellschaft der LDP-Abgeordneten für japanisch-sowjetische Freundschaft.

Am 17. Juli Ernennung zum Außenminister.

Auf seiner ersten Pressekonferenz betonte Masayoshi Ito, die japanische Diplomatie werde nach wie vor auf den japanisch-amerikanischen Beziehungen beruhen, bezweifelte aber, daß Japan der Forderung der USA nachkommen könne, seine Wehrfähigkeit zu verstärken.

Hinsichtlich der sowjetisch-japanischen Beziehungen wiederholte Ito die Stellungnahme seiner Regierung zu den Vorgängen in Afghanistan und zu den Gebietsansprüchen an die UdSSR, erachtete es aber für notwending, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern „in der einen oder anderen Form zu verbessern".

Leichtathletikerverbandes), sagte auf der Pressekonferenz, er und die anderen Leiter des IAAF seien sehr verwundert über die Mitteilung einiger Massenmedien, in manche: Leichtathletiksparten seien die Schiedsrichter inkompetent gewesen. Die IAAF könne Schiedssprüche nur auf ordnungsmäßig eingereichte Proteste einer Revision unterziehen und nicht aufgrund subjektiver Beobachtungen, Vermutungen oder Aufnahmen von Bildberichterstattern. Die IAAF sei von den Leistungen der Schiedsrichter auf der XXII. Olympiade durchaus zufriedengestellt, sie habe nur zweimal Reklamationen erhalten und nicht 15 wie in Montreal und noch mehr bei anderen Spielen. Dieses Urteil über die Leistugen der Schiedsrichter gilt auch für das übrige olympische Programm. Leider haben die Kämpen des Boykotts Herrn Paulsens Beurteilung für sich behalten.

Auch von anderer Seite wurde versucht, die Olympiade in Moskau anzuschwärzen. Die „Frankfurter Allgemeine" versicherte z. B. ihren Lesern, daß die sowjetischen Turnerinnen wachstumshemmende Präparate einnehmen. Andere Blätter sagten den sowjetischen Leicht- und Schwerathleten ein Doping nach: ihre Leistungen seien unglaubwürdig. Hierzu sagte jedoch Prinz Alexander de Mérode, der Vorsitzende der medizinischen Kommission des IOC: „In puncto Doping gehörten diese Spiele zu den reinsten." Während der Spiele seien 1645 Proben genommen worden, die Analysen seien aber kein einziges Mal positiv ausgefallen.

Recht hatte der indische Journalist Masood Ali-Khan, als er de Mérode vorschlug, die Pressevertreter auf antiolympische Bazillen medizinisch untersuchen zu lassen. Da hätten positive Ergebnisse vorkommen können. Der Londoner Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung", Thilo Bode, schrieb ja: „Mehrere seriöse britische Korrespondenten, unter ihnen der Moskauer Vertreter der ‚Times', haben in ihren Zeitungen behauptet, daß andere britische Journalisten von ihren Redaktionen oder von den Besitzern der Zeitungen ‚instruiert' worden seien, ‚nur das Schlechte zu sehen und entsprechend zu berichten'." So sehr sich einzelne gewissenlose Journalisten aber auch anstrengten, die Moskauer Olympiade herunterzuspielen, die hiesigen Sommerspiele haben wohl das glänzendste Kapitel in die Annalen der modernen Olympischen Spiele eingetragen und waren, trotz des Geplärrs der bürgerlichen Presse, für die Moskauer und die Gäste der UdSSR ein wahres Fest.

J. JERSCHOW

Sonne und Lebensrhythmen

Jelena KNORRE

Eines Tages ist man mit dem linken Fuß aufgestanden. Noch am Vortag freute einen die Sonne oder der lustig sprühende Regen, heute aber ist einem alles zuwider, bei der Arbeit geht alles schief, und das betuliche Mitgefühl der lieben Nächsten bringt einen in Rage. Gesund ist man, ernste Unannehmlichkeiten gab es nicht, ohne ersichtlichen Grund ist man schlechter Laune. Wirklich ohne Grund?

Der Puls der Natur

Mit diesen und noch viel wichtigeren Problemen befassen sich jetzt sowjetische Wissenschaftler und ihre Kollegen aus anderen sozialistischen und aus nichtsozialistischen Ländern in enger Zusammenarbeit.

Heute zweifelt niemand mehr daran, daß jedes Lebewesen eine biologische Uhr in sich trägt. Bei Tausenden von Versuchen hat es sich erwiesen, daß sie alle Lebenserscheinungen bestimmt, angefangen vom Leuchten der Infusorien bis zur Körpertemperatur des Menschen. Begreiflich ist der Einfluß des strengen Rhythmus von Tag und Nacht, von Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Manche Vorgänge in der Natur bewegen sich aber in Zyklen von Jahren, andere von Stunden, Minuten oder sogar Sekunden. Warum sind z. B. die kanadischen Luchse, die Atlantiklachse, die Uhus und Falken durchschnittlich einmal in 9,6 Jahren besonders zahlreich? Und warum steigt die Zahl der Herzleiden ebenso periodisch bei Menschen verschiedener Erdgegenden?

Und was ist eine Woche? Hat der Mensch diesen Wechsel von Werk- und Ruhetagen nicht zu seiner Bequemlichkeit selbst festgelegt? Wie konnte diese „biblische" Zeiteinteilung dem Fortschritt und der Zivilisation standhalten und kann noch jetzt als die optimale gelten? Gewiß, man kann sich die Woche als ein Viertel der Zeit vorstellen, die der Mond zum Umlauf um die Erde braucht, der in vier Phasen — Neumond, zunehmender Mond, Vollmond und abnehmender Mond — verläuft. Aber kein Kalendermonat besteht nur aus ganzen Wochen, und in der Natur gibt es keine Wochenzyklen. Wie aber unlängst festgestellt worden ist, wechselt die Leistungsfähigkeit der Fabrikarbeiter merklich im Wochenrhythmus: Am Montag ist sie gewöhnlich geringer, am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag zu- und am Freitag und Sonnabend abnehmend. Ähnlich ist es bei den Schülern und Studenten. Die Empfehlung von Wissenschaftlern, die Belastung in der Wochenmitte zu steigern und gegen Wochenende zu verringern, ist wirtschaftlich und sozial sehr wichtig.

Die Woche soll im alten Babylon durch Beobachtung der mit bloßem Auge sichtbaren Planeten und der Himmelskörper des Tages und der Nacht entstanden sein. Der Montag ist der Tag des Mondes, der Dienstag des Mars, der Mittwoch des Merkurs, der Donnerstag des Jupiters, der Freitag der Venus, der Sonnabend des Saturns und der Sonntag der Sonne. Der bedeutende sowjetische Wissenschaftler Tschishewski meint, in alten Zeiten hätten es die Menschen viel besser als wir verstanden, die Naturerscheinungen zu beobachten und zu deuten. Jetzt wissen wir, daß die Einteilung in sechs Werktage und einen Ruhetag am besten dem Zeitmesser in uns, den inneren Rhythmen unseres Organismus, entspricht. Als erster bewies das der dänische Endokrinologe Hamburger, der 17 Jahre lang bei sich täglich die Menge der bei der Umwandlung der Steroide — dieser für viele Vorgänge im Organismus höchst wichtigen Hormone — entstehenden Produkte beobachtet und festgestellt hat, daß sie genau im Wochenrhythmus schwankt.

Jedes Lebewesen verspürt den Einfluß der Sonnenzyklen wie auch die Wirkung der Anziehungskraft des Mondes. Die Franzosen Liber und Chérine nehmen an, daß die „biologischen Gezeiten" des Mondes einen Stimmungswechsel und bei unausgeglichenen Personen sogar ernste Verhaltensstörungen verursachen können. Nicht nur bei den Frauen, sondern auch bei den Männern sind Schwankungen in der körperlichen Leistungsfähigkeit im Verlauf des Mondzyklus und periodische Veränderungen in der Tiefe des Schlafes festzustellen. Selbst bei Leichtathleten fallen die be-

sten Leistungen ins letzte Viertel der Mondphase, und sie gewinnen zu dieser Zeit am leichtesten neue sportliche Eignungen.

Es heißt, daß Blutungen bei Kranken im letzten Mondviertel am stärksten sind. Zwar haben wir noch keine genauen Beweise für eine so unmittelbare Abhängigkeit der Lebensvorgänge vom Mond, Chirurgen vermeiden aber möglichst Operationen an „Unglückstagen".

„Ihre persönlichen Tage"

Es ist jetzt große Mode, „seinen Tag" herauszufinden. Den Anstoß dazu gaben Beobachtungen des deutschen Mediziners Fliß von Ende des vorigen Jahrhunderts, daß asthmatische und andere Anfälle gewöhnlich in Abständen von 28, in einzelnen Fällen von 23 Tagen auftreten. Fliß nahm an, daß die Stimmungen und die Körperverfassung des Menschen von zwei bei seiner Geburt einsetzenden Zyklen abhängen: vom 23tägigen „männlichen Faktor" der Stärke, Standhaftigkeit und Kühnheit und vom 28tägigen „weiblichen Gemütsfaktor" der Empfindsamkeit, Liebe und Eingebung. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts bemerkte der österreichische Ingenieur Telscher, daß die Aufnahmefähigkeit der Studenten zyklisch alle 33 Tage schwankt. Aufgrund dieser Beobachtungen entstand die Triade der „ichgebundenen Tage" mit drei Zyklen, die unabhängig voneinander verlaufen und positive sowie negative Phasen haben. Als kritisch sollen Tage gelten, an denen einer dieser Rhythmen den Nullpunkt durchläuft und aus der positiven in die negative Phase übergeht oder umgekehrt. Wird der Nullpunkt zweier Rhythmen gleichzeitig durchlaufen, dann ist so ein Tag doppelt kritisch, und wenn gar bei allen dreien, dann ist das ein ausgesprochener „Unglückstag". Zum Beweis hat man sogar errechnet, daß Marylin Monroe gerade an ihrem Unglückstag Selbstmord begangen und der amerikanische Schwimmer Mark Spitz gerade am besten Tag seines physischen und emotionellen Rhythmus sieben olympische Rekorde hintereinander aufgestellt haben soll.

Sind solche Berechnungen glaubhaft? Oder spekuliert man, wie in der kapitalistischen Welt so oft, auch damit auf die ungenügenden Kenntnisse der breiten Massen?

Ohne jeden Zweifel ist der menschliche Organismus streng feststehenden Rhythmen unterworfen — genauer vielen unterscheidbaren Rhythmen: des Herzens und Kreislaufs, der Leber, der inneren Sekretion, elektrischer Erscheinungen im Gehirn, der Phasen Schlafen—Wachen und Tätigkeit—Ruhe. Es fragt sich aber, ob nur die Triade für „unsere Tage" bestimmend ist.

Die natürlichsten Rhythmen sind der Tag—Nacht- (Sonnen-) und der Monats-(Mond-)Rhythmus. Jeder Mensch wird abends etwas anders, als er morgens war. Das beweisen nicht nur persönliche Beobachtungen, sondern auch objektive Daten. Im Laufe des Tages verändern sich die Körpertemperatur vom Minimum zum Maximum, die Schnelligkeit der Blutzirkulation, der Blutdruck, der elektrische Widerstand der Haut, die Elastizität der Muskeln und sogar der Wuchs. Der polnische Professor Drozdowski hat z. B. bemerkt, daß der Wuchs des Menschen zum Abend hin abnimmt, u. zw. mit einer Intensität, die von der körperlichen Konstitution abhängt. Die Bewegungen sind morgens weniger präzise als abends, und die größte nervliche Anregbarkeit bei Sportlern sowie die Fähigkeit, lange den Atem anzuhalten, tritt zwischen 11 und 12 Uhr mittags und zwischen 16 und 18 Uhr nachmittags ein. Ein Rückgang ist um 8, 10 und 14 Uhr festgestellt worden. Das zu wissen, ist nicht nur für Sportler und Trainer wichtig. Eine Störung des inneren Tagesrhythmus beeinträchtigt vorübergehend die geistigen und körperlichen Fähigkeiten. Wir haben ein unangenehmes Gefühl, wenn wir mehrere Zeitzonen durchfliegen oder auch nur morgens um ein paar Stunden früher als gewöhnlich aufstehen müssen. Piloten, die Transatlantikflüge machen, büßen schließlich ihren Schlafrhythmus ein und werden so nervös, daß ihnen die Ärzte das Fliegen untersagen müssen.

Der Zeitmesser im Menschen erlaubt es ihm nicht, die Länge seines Tages willkürlich und ungestraft zu verändern. Vor einigen Jahren versuchten es sieben sowjetische Forscher, gesunde, kräftige Männer, auch nur zwei Wochen im Tagesrhythmus von 16 statt 24 Stunden zu leben, als ob sie auf dem Neptun wären. Sie schliefen 5 und wachten 11 Stunden, d. h. der gewohnte Durchschnitt war unverändert, nur der Rhythmus war anders. Mit jedem Tag fiel es ihnen schwerer. Sie waren schlechter Stimmung, fühlten sich nicht wohl, waren andauernd müde, schliefen aber unruhig. Noch unerträglicher war ein 48stündiger Tageszyklus. Die vier Männer, die dieses Experiment machten, konnten ihren Körperchronometer beim besten Willen nicht überlisten.

Manchmal heißt es, auf den interplanetaren Raumflügen der Zukunft sollte man die Tageslänge an Bord je nach der anfallenden Arbeit variieren. Von der Praxis her ist das ja zweckmäßig, Spezialisten warnen aber, besonders vorsichtig damit zu sein. Berücksichtigt man nicht, wie sich die Empfindlichkeit des Menschen zeitlich verändert, dann kann man, statt zu nützen, Schaden anrichten. Die Chronobiologen halten es selbst in unserer alltäglichen Praxis auf Erden für sehr unratsam, bei Schichtarbeit oft die Schichten zu wechseln. Eine „gerechte" Zeiteinteilung — heute Tag-, dafür morgen Nachtarbeit — ist in Wirklichkeit schädlich.

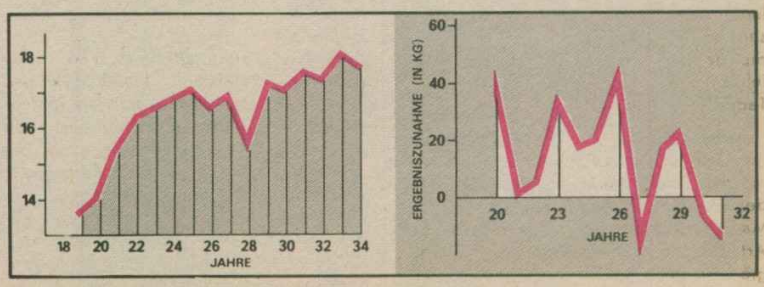
Chronobiologen als Detektive

Obwohl noch jung, weiß die Chronobiologie schon viel davon, wie sich unser Ich in der Zeit verändert. Schon zur Zeit der Borgias sollen einmal zwei Männer in einer Taverne zusammen eine Flasche Wein getrunken haben, und der eine soll nach einigen Stunden gestorben sein. In beiden Bechern fand sich in der Neige Gift, und der Überlebende wurde des Mordes verdächtigt. Beweisen konnte man ihm nichts, sie hatten zusammen denselben Wein getrunken. Nur hatte er vor dem Vorfall zwei Wochen lang nicht nachts, sondern tagsüber geschlafen. Sein Verhalten war sonderbar, deutete aber auf kein Verschulden hin. Heute würden ihm die Gutachter seine Schuld beweisen. Die Chronobiologie untersucht die Gesetze der Regulierungen und die Rolle der Rhythmen bei den Lebensvorgängen im Organismus sowie ihre Anpassung an die Umwelt. Viele erzielte Resultate werden in der UdSSR schon in der Therapie und Prophylaxe ausgewertet. Im menschlichen Organismus vollziehen sich über 150 rhythmisch wechselnde physio-

---

Wie sich Galina Sybinas Leistungen im Kugelstoßen im Zusammenhang mit mehrjährigen zyklischen Schwankungen der inneren Rhythmen ihres Organismus veränderten.

Zunahme der sportlichen Leistungen im Dreikampf bei Leonid Shabotinski im Einklang mit dem gleichen Zyklus, nur wie er für den männlichen Organismus charakteristisch ist. Bei den Männern ist die erste Phase positiv, bei den Frauen negativ usw.



logische und biochemische Prozesse. Bei Krankheiten und unter der Wirkung starker Chemikalien, Gifte oder Medikamente können sich diese Körperrhythmen wesentlich verändern, in ihrer Phase verschieben oder sogar aussetzen.

Viele Experimente haben z. B. ergeben, daß Tiere verschieden empfindlich für tödliche Dosen mancher Stoffe sind, je nachdem, zu welcher Tageszeit sie ihnen zugeführt werden. Es ist nachgeprüft worden, daß die folgenden Stoffe zu einer Tageszeit tödlich, zu einer anderen aber harmlos sein können: Bakterien- und Virusgifte, die Hormone Adrenalin und Insulin, die Medikamente Elenium und Zyklophosphan, Äthylalkohol, ferner Sauerstoffmangel und ionisierende Strahlung. Auch hat es sich herausgestellt, daß die gefährliche Zeit, in der der Organismus die geringste Widerstandsfähigkeit besitzt, bei den verschiedenen Stoffen nicht die gleiche ist.

Die Untersuchung von Heilpräparaten im Laboratorium des chronobiologischen Forschungszentrums beim 2. Moskauer Medizinischen Institut hat ergeben, daß Insulin zwischen 8 und 14 Uhr am stärksten wirkt. Zur gleichen Zeit erhöht Adrenalin den arteriellen Druck mehr als sonst, während der menschliche Organismus abends und nachts am stärksten auf Penicillin reagiert, woraus hervorgeht, wie sehr allergische Erkrankungen von den Gesetzen der Chronobiologie abhängen. Nach Angaben von mancher Seite ist die Empfindlichkeit für so häufige Allergene wie gewöhnlicher Staub und Blütenstaub ebenfalls abends am größten, die Widerstandsfähigkeit gegen sie aber am späten Vormittag.

Mit anderen Worten müssen Medikamente zu Tageszeiten eingegeben werden, wenn sie die gewünschte Wirkung haben, und man muß diese Zeiten wissen, besonders bei den Hormonpräparaten. Die Ärzte sagen: Jedes Hormon hat seine Zeit. Morgens scheidet die Nebennierenrinde mehr Corticosteroidhormone aus. Zu dieser Zeit nahmen die sowjetischen Ärzte Tabolin, Weltistschew und Ardamatski im Einklang mit dem Körperchronometer ihre Behandlungen vor. Sie hatten bei ihren Patienten viel weniger Komplikationen, und die Heilung trat wesentlich schneller ein. In einem strengen Rhythmus funktionieren auch die Verdauungsdrüsen, am stärksten in der Mitte der Zeit, die der Mensch wacht. Deshalb empfehlen die Physiologen, 50—60% der Tagesration vor 16 Uhr einzunehmen.

Aufschlußreiches haben die Professoren Schewrygin und Tschesnokow berichtet, die die Funktionen der Mandeln bei Kindern im Normalzustand und bei Mandelentzündungen verschiedener Art vom Standpunkt der Chronobiologie untersucht haben. Die beste Abwehrreaktion hatten gesunde Mandeln um 12 Uhr mittags — 55% —, um 16 Uhr nur 5%, und um 20 Uhr hörte sie ganz auf. Bei chronischer Mandelentzündung ist der Körperrhythmus sehr abgeschwächt.

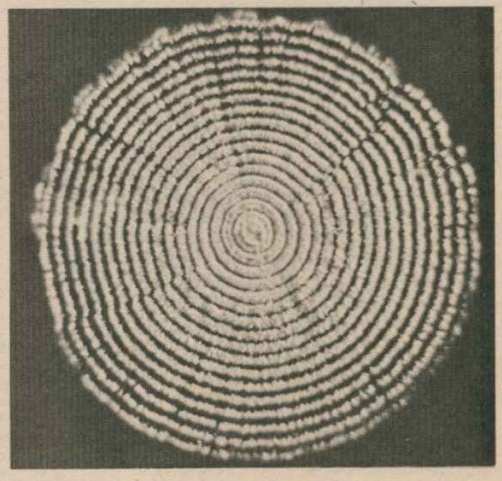
Moleküle „bevorzugen Mozart"

Zwei junge Biophysiker, Dr. habil. sc. biol. Schnol und Kandidat der physikalisch-mathematischen Wissenschaften Samjatnin vom Biophysikalischen Institut der AdW der UdSSR, große Verehrer der Musik, beschlossen einmal, in die Geheimnisse des Kunstschaffens mit biophysikalischen Methoden hineinzuleuchten. Sie dachten etwa so: Jedes Kunstwerk hat zwei Bestandteile, einen informativen — Worte, Melodie, Dargestelltes und einen rhythmischen, der in Musik und Tanz am ausgeprägtesten, aber offenbar auch in Malerei, Architektur und Grafik vorhanden ist. Gerade dieser Rhythmus eines Werks erleichtere das Verständnis der Idee, die darin ausgedrückt ist. Nachdem sie die Impulse aufgezeichnet und klassifiziert hatten, stellten sie eine zeitliche Dreiteilung fest. Zur ersten Klasse zählen sie die Zeitintervalle zwischen 0,1 und 10 Sekunden. So lange hört man in der Musik eine Note, in der Dichtkunst ein Wort oder eine Zeile, sieht man im Tanz einige wenige Bewegungselemente oder dauert beim Betrachten eines Bildes oder einer Skulptur ein Wandern der Augen. Zur zweiten Klasse gehören Zeitabschnitte zwischen 10 Sekunden und mehreren Minuten. Sie erfaßt also teilweise eine Sonate oder Sinfonie, eine Strophe oder ein kurzes Gedicht. Die dritte Klasse erfaßt große Werke. Sie dauert von mehreren Minuten bis zu Stunden oder sogar Tagen (Intervalle von tausend bis zu Hunderttausenden Sekunden). Hierher gehört auch die gefühlsmäßige Nachwirkung eines Werkes.

Bei der Untersuchung der Rhythmen in diesen drei Zeitklassen ergab sich ganz von selbst ein neues Problem. Woher kommen eigentlich diese Perioden? Die Biophysiker suchten die Antwort beim lebenden Organismus. Sie fragten sich, ob es da nicht zeitlich ähnliche Gesetze und Vorgänge wie die strengen Rhythmen bei den Kunstwerken gibt. Sie haben folgendes festgestellt.

Wird ein lebender Organismus einem äußeren Reiz ausgesetzt, bei dem er sofort seine Kräfte aufbieten muß, dann vollzieht sich in ihm eine Synthese der sogenannten Tätigkeitshormone. Das sind die bekannten Stoffe Azetylcholin und Adrenalin. Ihre Synthese dauert beim ersten raschen Reagieren des Organismus zwischen 0,1 und 10 Sekunden.

Wirkt der äußere Reiz lange und mehrmals, dann hört der Organismus nach einiger Zeit auf, so stark zu reagieren, er gewöhnt oder adaptiert sich, wie die Mediziner sagen. Die „Tätigkeitshormone" sind nicht mehr ausschlaggebend. Es setzen andere Mechanismen ein. Das Nervensystem wird mobilgemacht. Das Tempo der Blutzirkulation wird anders, ebenso der Glukosespiegel im Blut — der Organismus



Der Pilz Aktinomyces levoris, dargestellt am Biophysikalischen Institut der AdW der UdSSR in Pustschino. Im Wachsen bildet er besonders deutlich erkennbare Sporenringe, die den Rhythmus der Zellteilung wiedergeben. Er hängt von der Jahres- und Tageszeit ab. Beeinflußt wird er durch Magnetstürme und die Sonneaktivität. Der Pilz aus Pustschino wurde bei den sowjetisch-amerikanischen Experimenten Biorhythmus und Zonenbildende Pilze während des gemeinsamen Raumfahrtprogramms Sojus—Apollo verwendet.

reagiert als Ganzes. Diese Veränderungen vollziehen sich im Laufe von 10 bis 1000 Sekunden.

Die dritte Zeitklasse deckt sich mit langwährenden Vorgängen, mit der sogenannten Synthese der Steroidhormone der Nebennierenrinde. Das dauert Stunden und wirkt bis zu 24 Stunden. Von diesen Hormonen kommen „langanhaltende" Stimmungen, und sie geben an, ob das Frohsinn oder Trübsal ist.

Wissenschaftler haben vom Standpunkt der Biophysik zu klären versucht, auf welche Weise jeder Organismus Kunstwerke aufnimmt. Die inneren

Rhythmen der Hormonsynthese sind ja bei jedem Lebewesen streng individuell.

Vorläufig war nur von der Aufnahme die Rede. In den Rhythmen, die in Kunstwerken Gestalt annehmen, drückt sich doch aber die Individualität des Künstlers aus.

Prof. Fölz aus der DDR hat die Rhythmen von Werken großer Komponisten analysiert und herausgefunden, daß bei Tschaikowski die Themen alle drei Sekunden wechseln, bei Beethoven alle fünf und bei Mozart alle sieben. Bei einem Vergleich dieser Zahlen mit dem Gedächtnis und den Körperrhythmen gelangte der Wissenschaftler auch zu dem Schluß, daß uns Melodien, deren Rhythmus dem unseren entspricht, gefallen und daß wir sie uns leicht merken.

Diese Schlüsse haben aber bedeutend größere praktische Bedeutung. So z. B. kann man nicht jede Arbeit zu verschiedener Tageszeit gleich gut machen. Energiequellen im Organismus sind nicht nur die von der Leber gespeicherten Glykogene und Fette, sondern auch andere Stoffe, die die Muskeln stark machen können. Mit dem Grad der Belastung nehmen sie einen ganz bestimmten Platz in der Rangordnung ein. Ein Schwerathlet braucht beim Gewichtheben in Sekundenbruchteilen einen Energiezustrom. So schnell oxydiert nur ein Stoff, der den Muskeln augenblicklich Energie spendet. Ein Sprinter auf der 100-m-Strecke braucht dagegen ganze 10 Sekunden eine verstärkte Energiezufuhr. Diese kann ihm nur das Kreatinphosphat bieten.

Je mehr Reserven aufgeboten werden, desto langsamer geht das vor sich. Morgens, wenn der Organismus einen Mindestgehalt an Glykogen und einen Höchstgehalt an Fetten hat, sind wir zu schweren Arbeiten mit intensiven Bewegungen fähig. Die Fette oxydieren langsam, sie können für einen Marathonlauf ausreichen. Gegen Abend, wenn sie in Glykogen übergehen, muß man tief atmen, soll sich aber nicht so intensiv bewegen.

Und noch eins. Bei jeder Betätigung muß man unbedingt berücksichtigen, wie empfindlich der betreffende Mensch zum gegebenen Zeitpunkt für äußere Einflüsse ist. Die Umstellung des Organismus auf eine andere Zeiteinteilung nimmt etwa zwei Wochen in Anspruch. Deshalb hätten die Chronobiologen den italienischen Trinker aus dem Mittelalter, von dem vorhin die Rede war, des Mordes bezichtigt, denn genau zwei Wochen hatte er tagsüber geschlafen, so daß seine Empfindlichkeit für das Gift gegenüber der zur Nachtzeit am Tage minimal war.

Die Rolle der Sonne

Der unsichtbare Zeitmesser tickt also in uns und gibt jeder Körperzelle an, wann sie zu funktionieren hat. Wo steckt er, und wovon hängt sein Rhythmus ab? Bis 1967 wußte man das nicht. Damals liefen im Zentrum für biologische Forschungen in Pustschino a. d. Oka Experimente mit den Energievorgängen in den Zellen an. Sie ergaben, daß es im System der energiespendenden Reaktionen zyklische Routen gibt, auf denen sich die Stoffe verwandeln. Einfacher gesagt: Beim Kohlehydratstoffwechsel z. B. verwandelt sich Glykogen in Piroweinsäure, wobei Energie ausgeschieden wird, während sich die Säure in Glykogen verwandelt und Energie absorbiert. Die Wissenschaftler forschten nach, wie sich diese Vorgänge regulieren, wer sie „ein- und ausschaltet". Ein regulierender Mechanismus ist nicht vorhanden, die Natur hat es ganz einfach eingerichtet. Die Gegenreaktion setzt erst ein, wenn ein Stoff seine Höchstkonzentration erreicht hat. Von selbst. Wie auf einer Einbahnstrecke, auf der der Zug nur hin- oder nur zurückgeht. Die Umschaltungen im Glykogen-Hauptzyklus synchronisieren wie Zeitzeichen den Verlauf der anderen biochemischen Reaktionen. Dr. Selkow, Kandidat der physikalisch-mathematischen Wissenschaften, sagt: „Wir hoffen, den Weg zur Erkenntnis dessen gefunden zu haben, wie der Körperzeitmesser funktioniert, wenn auch noch vieles unklar ist."

Jedes Lebewesen trägt einen biologischen Zeitmesser in sich. Er hilft ihm, seine Lebensvorgänge in erster Linie der Sonne und ihrer Aktivität — dem Auftreten von Flecken und Protuberanzen sowie den Schwankungen im Magnetfeld — anzupassen. Den Einfluß der Sonnenaktivität auf die irdischen Lebewesen hat als erster Alexander Tschishewski erforscht. Seine Abhandlungen waren in den 20er und 30er Jahren dermaßen neuartig, daß man sie nicht nach Gebühr zu würdigen verstand. Schon 30 Jahre vor dem Entstehen der Chronobiologie stellte er den Zusammenhang zwischen der zyklischen Sonnenaktivität und Massenerkrankungen vor. Pflanzen und Tieren sowie Epidemien bei den Menschen fest.

Die Sonnenaktivität hat mehrere Perioden. Die erste von 27 Tagen ist die Zeit einer Umdrehung der Sonne um ihre Achse. Bekannt sind bei den Aktivitätsschwankungen Zyklen von 5—6, 11, 22 und 100 Jahren.

Wir wissen schon, daß die mehrjährigen Zyklen von Grippeepidemien begleitet sind. Noch merkwürdiger scheint es zu sein, daß die Zahl der Piloten in der Zivilluftfahrt, denen die Ärzte das Fliegen untersagen müssen, einige Tage, bevor eine Störung des Magnetfelds der Erde durch die Sonne ihren Höhepunkt erreicht, stark ansteigt.

Wie Sonnenstürme und -eruptionen die Vorgänge auf Erden beeinflussen können, das hat der italienische Forscher Piccardi nachgewiesen. Unter dem Einfluß der Sonne verändern sich gleichzeitig an verschiedenen Stellen der Erde komplizierte Molekularstreuungen, die in der Wissenschaft kolloidale genannt werden. Die biologische Feuchtigkeit im menschlichen Organismus besteht aber auch aus kolloidalen Streuungen, nur daß sie noch komplizierter sind. Besonders empfindlich für die Sonnenaktivität ist z. B. das Blut, was die von Prof. Takata (Universität Tokio) entdeckte Eiweißsenkungsreaktion beweist. Bei „schlechter Laune" der Sonne beschleunigt sie sich sehr.

Dr. N. Schulz (UdSSR) hat 300 000 Blutanalysen aus der UdSSR, aus Italien, Frankreich, Belgien, England u. a. daraufhin untersucht, wie die Zahl der weißen Blutkörperchen Ende der 50er Jahre mit der Zunahme der Eruptionen auf der Sonne schwankte. Mit deren Zunahme sinkt die Zahl je mm^3. Galten am Ende des 19. Jahrhunderts bei minimalen Eruptionen 10 000—14 000 je mm^3 bei Erwachsenen als normal, so in diesem Jahrhundert 6000—10 000; sie betrugen Ende der 50er Jahre bei Gesunden nur 3000—4000, und selbst bei Blinddarmentzündung stieg die Zahl nicht. Bei starker magnetischer Aktivität häufen sich die Herzinfarkte und Kreislaufstörungen.

Soll das heißen, daß die Rhythmen der Lebewesen unmittelbar von denen des Magnetfelds der Erde, von der Sonnenaktivität und von kosmischen Einflüssen bestimmt werden? Prof. Tschishewski und andere Wissenschaftler verneinen das. Obwohl lebende Systeme manchmal krankhaft auf starke Schwankungen des Barometers, der Magnetfelder und der Ionisierung reagieren, haben sie an ihren angeborenen Zeitmessern, den Körperrhythmen, die sich mit der Zeit herausgebildet haben und die die zyklischen Vorgänge in unserem Inneren bestimmen, einen zuverlässigen Schutz vor einer Störung der Balance.

Die noch ganz junge Chronobiologie kommt erst zu Kräften. Sie hat vorläufig noch mehr Fragen als Antworten, und für uns alle ausnehmend wichtige Antworten hängen, wie aus den angeführten Beispielen hervorgeht, unmittelbar vom Umfang und von der Intensität der einschlägigen internationalen Zusammenarbeit ab. Das sehen alle ein. Es ist also begreiflich, warum sich amerikanische Wissenschaftler, obwohl sie von der jetzigen US-Regierung unter starken Druck gesetzt werden, dagegen auflehnen, daß die Zusammenarbeit auf so wichtigen und humanen Wissensgebieten gedrosselt werden soll.

Die Menschheit braucht, sie erwartet Resultate. Wer weiß, vielleicht werden Erkenntnisse über den Zeitmesser in unserem Inneren neue Wege zur geistigen Perfektion und körperlichen Gesundheit der Menschen bahnen. ■

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die „Neue Zeit" wirft uns oft eine neokolonialistische Politik vor. Mit Recht! Früher mag Ursache zu solchen Anschuldigungen gewesen sein. Jetzt aber sind wir bestrebt, unsere reichen industriellen Erfahrungen z. B. an Lateinamerika weiterzugeben, und liefern ihm Lizenzen, Patente sowie technische Unterlagen, d. h. alles, was man moderne Technologie nennt. Und das soll Neokolonialismus sein!

Henry McKAY
Chikago, USA



Es diskutiert der NZ-Kommentator Alexander BARYSCHEW

Tatsächlich, Mr. McKay, der technologische Export der USA nach Lateinamerika ist ziemlich groß. Wahrscheinlich ist das direkt auf die Absicht der dortigen Länder zurückzuführen, ihre Wirtschaft nach den neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik zu fördern, um möglichst bald die vorgeschrittenen Staaten einholen zu können.

Wir leugnen gar nicht, daß die einschlägigen Erfahrungen der USA sowohl den lateinamerikanischen als auch anderen Entwicklungsländern nützen können. Aber auch nur eine flüchtige Betrachtung dessen, zu welchen Bedingungen die US-Konzerne ihre technologischen Geheimnisse mit Partnern in Lateinamerika teilen, bringt einen zu der festen Überzeugung, daß die USA damit ganz bestimmte politische und wirtschaftliche Absichten verfolgen, die man nur neokolonialistisch nennen kann.

Erstens bekommen die Lateinamerikaner, wie Fidel Castro in der 34. UNO-Vollversammlung feststellte, meistens das Know-how für eine Industrie, „die technisch niedriges Niveau und eine geringe Produktivität hat und bei der die Gefahr der Umweltverschmutzung groß ist". Die Betriebe, die es anwenden, stechen durch besonders arbeitsaufwendige Verfahren oder durch einen übermäßigen Verbrauch von unersetzbaren Ressourcen hervor.

Als zweites kommt die Auswahl der Branchen. Die Lieferanten aus den USA fördern gewöhnlich viel lieber zweitrangige Industrien als z. B. die Energiewirtschaft und die Schwerindustrie, die den Kern der Volkswirtschaft bilden.

In Brasilien machten die Kontrakte über das Know-how für die Getränkeerzeugung 20% solcher Abschlüsse aus, diejenigen für den Traktoren- und Landmaschinenbau, den das Land so nötig hat, aber nur 13%. Auf den Automobilbau (dessen kostspielige Erzeugnisse größtenteils von reichen Leuten gekauft werden) kommt mehr als die Hälfte aller Zahlungen für den technologischen Import, auf das Hüttenwesen dagegen, von dem weitgehend der industrielle Fortschritt abhängt, nur 4%.

Das alles ist natürlich kein Zufall, sondern eine ganz bewußte Politik der US-Konzerne, die damit die industrielle Entwicklung der Länder Lateinamerikas abbremsen wollen, so daß sie von den kapitalistischen Staaten abhängig bleiben.

Drittens wird modernes Know-how immer zu überhöhten Preisen abgegeben, was sehr einträglich ist. Auf einer internationalen Konferenz wurde gesagt, daß „beim Verkauf von Technologien der Lieferant auf Höchstgewinne aus ist. Er benutzt die unzureichende Kompetenz des Käufers und seinen völligen Mangel an eigenen Fachkräften, überhöht wissentlich die Preise oder betrügt einfach." Ausländische Experten schätzen, daß die Verkäufer von Technologien schon zu Anfang der 70er Jahre aus Lateinamerika jährlich zwischen 800 und 1000 Mio Dollar einkassierten. Nach Angaben der UNCTAD nehmen die Zahlungen für diese „Dienste" alljährlich um etwa 20% zu.

Diese lasten schwer auf den Zahlungsbilanzen der Länder Lateinamerikas und erschweren deren ohnehin prekäre Wirtschaftslage.

Und noch ein sehr schwerwiegendes Moment hängt mit allerlei Beschränkungen und diskriminierenden Bedingungen zusammen, die an die Übergabe von Technologien an ein Land geknüpft werden. Ich meine die vielen Klauseln, die die Rechte des Käufers einengen. Den einen zufolge ist ihnen der Export von Waren, die nach nordamerikanischem Know-how erzeugt werden, nach Drittländern streng verboten. Andere enthalten teilweise Einschränkungen, z. B. im Hinblick auf die sozialistischen Staaten. Dritte verpflichten zum Ankauf von Maschinen, Ausrüstungen, Ersatzteilen und Halbfabrikaten nur beim Lieferanten der Technologien, ferner die Verwendung seiner Fachkräfte sowie die Kooperierung mit ganz bestimmten dritten Firmen. Oft müssen die Lateinamerikaner nach solchen Klauseln Waren kaufen, die sie selbst fabrizieren. Natürlich hindert sie das alles daran, den Handel mit Fertigerzeugnissen auszudehnen, sie haben weniger Möglichkeiten, Devisen zu bekommen. Es verschlechtert die Zahlungsbilanzen und behindert die Wirtschaftsintegration der lateinamerikanischen Länder.

Die Tatsachen zeigen also, daß die Technologie den US-Konzernen eine Handhabe dafür ist, ihre Positionen in den Entwicklungsländern zu verstärken. Es ist eine Form der Wirtschaftsexpansion, d. h. des Neokolonialismus, dessen Vorhandensein Sie nicht zugeben wollen.



In Aufsätzen über China finde ich zuweilen den Ausdruck „vier Modernisierungen". Was bedeutet er?

M. KOLESSOW
Nowosibirsk, RSFSR

Gemeint ist das letzthin von Peking ausposaunte Programm dafür, die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zurückgebliebenheit Chinas zu überwinden und es bis zur Jahrhundertwende in eine „Supermacht" zu verwandeln, die imstande wäre, Pekings Hegemonie- und Expansionspläne in Asien und in der übrigen Welt auszuführen. Konkret meint man die technische Neuausrüstung und Fortentwicklung der durch den „großen Sprung" und die „große Kulturrevolution" zurückgeworfenen Industrie und Landwirtschaft, ferner der Armee, der Wissenschaft und der Technik.

Diese vier „Modernisierungen" sind eigentlich alle auf das oberste Ziel abgestellt, China neu aufzurüsten, eine mächtige Rüstungsindustrie aufzubauen und sämtliche Waffengattungen mit moderner Kriegstechnik (einschließlich Atomraketen) zu versehen. Zum gleichen Zweck sucht Peking, bei den USA, bei Japan und bei den kapitalistischen Staaten Westeuropas Waffen, Kriegstechnik und modernste Technologien zu bekommen.

PS

Die ersten Schwalben

Ende Juli bekam Mrs. Iris de la Cruz, die dem Verband der New-Yorker Berufsprostituierten vorsteht, von der Sittenpolizei folgende Anfrage: „Wir beobachten immer mehr Mädchen auf den Straßen und immer mehr Gesichter, die wir nicht kennen. Was ist los?" Die Antwort lautete: „Am 11. August beginnt der Parteitag der Demokratischen Partei. Deshalb sind wir in Kontakt und haben vereinbart, daß wir während des Parteitags unsere Preise um 40% erhöhen. Politiker aller Parteien sind nicht nur außergewöhnlich liebesbedürftig, sondern auch außergewöhnlich großzügig." — „Und woher kommen die Frauen?" erkundigte sich die Polizei. Die Auskunft lautete: „Vom Parteitag der Republikaner."

Altertümer zu haben



„Mein Heim ist meine Burg", heißt es, und wer sich eine zulegen will, der kann es. Für Militärs werden Kasernen offeriert, für Gläubige Pfarrhäuser und für Leute, die gern im Luxus leben, Fabrikantenvillen. Das sind alles Geschichtsdenkmäler. Das älteste stammt aus dem Jahr 1448, das jüngste von 1857. Das Angebot erschien im Namen des Stuttgarter Regierungspräsidiums zur Erhaltung von Kulturdenkmälern. Die Instandhaltung dieser Bauten ist dem Amt nämlich unerschwinglich, und es muß sie entweder abreißen lassen oder verkaufen. Man hat sogar einen ausführlichen Katalog mit Fotos, Beschreibungen und Preisangaben herausgebracht.

Jugendfreunde



Ian Grobbelaar, Leiter der Öffentlichkeitsabteilung bei der Polizei der RSA (so eins gibt es!) hat bekanntgegeben, daß vier Polizeireviere „probeweise" Peitschen zum Auseinanderjagen von Jugenddemonstrationen bekommen, damit — „möglichst wenig Gewalt gegen Kinder angewandt wird". Die Knüppel und das Tränengas behielt man aber bei, und beide gelten nach wie vor als „sanfteste Gewaltmittel".

Kinder — ein Segen?

Die bundesdeutschen Hausbesitzer vermieten gewöhnlich nicht an kinderreiche Familien, weil sich andere Wohnungsanwärter abgeschreckt fühlen könnten — Kinder brächten ja Unruhe ins Haus. Daraufhin schrieb ein Ehepaar an die „Main-Post" (Würzburg): „Die Deutschen sterben aus! Wir brauchen eine vernünftige Familienpolitik! Wir können dieses Wehklagen und solche Forderungen nicht mehr hören. Wir brauchen niemand, der über den Staat jammert, sondern jemand, der uns ein Haus vermietet. Wir sind Eltern und vier Kinder (12, 10, 8, 7), die langsam begreifen, warum niemand Kinder haben will."

Erziehung zur Frömmigkeit

Um die Jugend in die Kirche zu locken, hat der Pfarrer des französischen Dorfes Graissesac, Jean Giral, jungen Leuten aus dem Dorf erlaubt, in seinem Garten ein paar Cannabis-Pflanzen zu setzen. Aus Cannabis macht man bekanntlich Haschisch. Es geht aber auch einfacher: Beim Rauchen der an der Sonne getrockneten Blätter wird eine narkotische Wirkung erzielt. Abbé Jean hatte darauf oft jungen Besuch, und er redete ihm gut zu, in die Kirche zu gehen. Vielleicht hätte er es geschafft, wenn die Gendarmerie nicht eingegriffen hätte. Gegen den Pfarrer ist Klage eingereicht worden.

Bleibt die Luft

Die ägyptischen Fellachen haben, der Zeitschrift „Rose el-Youssef" zufolge, zu erwarten, daß eine jetzt in Vorbereitung befindliche Gesetzesvorlage angenommen wird, laut der sie das Nilwasser zum Bewässern ihrer Felder zu bezahlen haben werden. Der Preis werde annehmbar sein. Die Ägypter wissen aber schon, daß sich in ihrem Land annehmbare sehr schnell in unannehmbare Preise verwandeln. Der einzige Trost für die Fellachen ist vorläufig, daß die Luft nichts kostet.

Kurioses von Anzeigenseiten



„Sonderangebot: Biete 1000 Pfund Sterling Ersparnisse für lohnendste Arbeitsstelle. Habe soeben Universität absolviert. Begabt. Männlich. Erfahrung im Reisen. Gute Aussprache. Ernst. Fleißig. Hoffe auf Karriere." Diese Anzeige rückte der 23jährige Andrew Leslaw, Absolvent der Universität Essex, nach 20 erfolglosen Versuchen, Arbeit zu finden, in der Londoner „Times" ein.

* * *

In Wien wurde ein Plakat für eine Jubiläumsausstellung von Bildnissen der 1780 verstorbenen Kaiserin Maria-Theresia herausgebracht. Es stellt diese in großer Gala dar, nur statt



ihres Gesichts ist das der 70jährigen Wissenschaftsministerin, Frau Hertha Firnberg, einmontiert, die übrigens die Ausstellung zu veranstalten hatte. Das Plakat gefiel ihr derart, daß sie es, dem „Spiegel" zufolge in ihrem Amtszimmer anbringen ließ.

* * *

Eine Ausverkaufsanzeige von einem Warenhaus in Marlowe (England) lautete: „Wir verkaufen mindestens um 100% unter den üblichen Ladenpreisen." Dazu bemerkt die „Times" sarkastisch, ob das Warenhaus den Kunden nicht noch etwas zuzahlen möchte.

* * *

In der „Berliner Morgenpost" lasen wir folgende Anzeige: „Wollen Sie in die Unsterblichkeit eingehen? Bekannter Berliner Schriftsteller widmet Ihnen sein neues Buch. Geringfügige Gegenleistung: Vermietung einer 3-Zimmer-Altbauwohnung mit Heizung und Bad."

Zeichnungen: W. Rosanzew

NEUE ZEIT НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ

DIE SCHWARZMEERREEDEREI OFFERIERT FOLGENDEN CONTAINERSERVICE

ODESSA OCEAN LINE

AUS HÄFEN DES MITTELMEERRAUMS IN HÄFEN SÜDOSTASIENS (UND ZURÜCK)

ZWEIMAL MONATLICH LAUFEN UNSERE SCHIFFE AUS DIESEN HÄFEN AUS:

Iljitschowsk	Djidda
Ravenna	Singapur
Genua	Penang/Klang
Livorno	Bangkok
Marseille	Haiphong

Die Linie wird von Schiffen der Typen „Nikolai Shukow" und „Geroi Panfilowzy" bedient.

Alle Auskünfte bei der

SCHWARZMEERREEDEREI

Adresse: UdSSR, 270026 Odessa, ul. Lastotschkina 1
Telegrammanschrift: Morflot Odessa
Telex: 232711, 323712, 323813, 232814, 232815.

14159-34 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77



Singapur heißt sowohl die Insel am äußersten Südzipfel des eurasischen Festlands als auch die dort gelegene Stadt und Republik, die am 9. August ihr 15jähriges Bestehen gefeiert hat.

Das kleine Land, das man in einer knappen Stunde mit dem Wagen durchqueren kann, hat 2,4 Millionen Einwohner, von denen 75% chinesischer, 15% malaiischer und ca. 7% hindustanischer Abstammung sind. Es entwickelt sich dynamisch.

Früher hatte Singapur wegen seiner Lage zwischen Indik und Pazifik nur strategische Bedeutung. Noch jetzt ist sein Hafen, einer von den größten der Welt, ein wichtiger Umschlagsplatz für Warentransporte von Ost nach West und von West nach Ost.



Das Parlamentsgebäude

Seit es unabhängig ist, entwickelt es sich aber immer mehr zu einem wichtigen Devisen- und Finanzzentrum Südostasiens (dort bestehen mindestens 100 Banken). Schnell wächst das vor allem auf den Export orientierte Industriepotential. Wesentlich vorangekommen sind Erdöl- und Kautschukverarbeitung, Elektronik, Elektrotechnik, Schiffbau und verschiedene Branchen der Leichtindustrie. Von den größten Betrieben gehören allerdings die meisten ausländischem Kapital, vor allem amerikanischem, japanischem und englischem.

Seit 1968 steht die UdSSR in diplomatischen Beziehungen zu Singapur und in einem regen Handels- und Geschäftsverkehr. Es bestehen die gemischten Gesellschaften Sinsov (Service für sowjetische Schiffe) und Morissco (Fischverarbeitung und -absatz)

Außenpolitisch beurteilen die UdSSR und Singapur einige weltpolitische Probleme verschieden, darunter auch die jetzige Situation in Südostasien.

Die typische Chinatown





Die primitiven Fischerboote sind ebenso heutiges Singapur wie die Wolkenkratzer

Kleinhändler erwarten einlaufende Schiffe



Eine Sehenswürdigkeit: Der Tigerbal - samgarten



Keine Kundschaft



Die in Singapur umgebaute „Wladiwostok" [UdSSR]

Fotos: R. Denissow und TASS